

Rafael Behr

**Polizei
im
gesellschaftlichen Umbruch**

Ergebnisse der teilnehmenden Beobach-
tung bei der Schutzpolizei in Thüringen

6
Empirische
Polizei-
forschung



FELIX

Rafael Behr:

POLIZEI IM GESELLSCHAFTLICHEN UMBRUCH -

Ergebnisse der teilnehmenden Beobachtung

bei der Schutzpolizei in Thüringen

EMPIRISCHE POLIZEIFORSCHUNG

Herausgegeben von

Thomas Feltes

Hans-Jürgen Kerner

Erich Rebscher

Band 6

POLIZEI IM GESELLSCHAFTLICHEN UMBRUCH

**Ergebnisse der teilnehmenden Beobachtung
bei der Schutzpolizei in Thüringen**

Rafael Behr



1993

FELIX VERLAG · HOLZKIRCHEN/OBB.

Behr, Rafael:
Polizei im gesellschaftlichen Umbruch:
Ergebnisse der teilnehmenden Beobachtung
bei der Schutzpolizei in Thüringen/ Rafael Behr
Holzkirchen/Obb.: Felix, 1993.
(Empirische Polizeiforschung; Bd. 6)
ISBN 3-927983-06-3

8 1993 by Felix-Verlag GbR, Eschenstr.9, D-83687 Holzkirchen/Obb.
Alle Rechte vorbehalten
Gesamtherstellung: WB-Druck GmbH & Co Buchproduktions-KG, Rieden
Printed in Germany 1993
ISBN 3-927983-06-3

Gedruckt auf chlorfrei gebleichtem Papier

Inhalt

Einleitung 3

1. Begründung einer handlungstheoretischen Polizeiforschung 5

2. Teilnehmende Beobachtung bei der Polizei 8

2.1 Vorverständnis und Ausgangsfragen 8

2.2 Zugang zum Untersuchungsfeld und spezifische Probleme von Forschung in der Polizei 9

2.3 Der Forscher als "Kollege" 10

2.4 Abgrenzung 13

3. Methodologie 14

3.1 Qualitative Sozialforschung 15

3.2 Teilnehmende Beobachtung 17

3.3 Unstrukturierte teilnehmende Beobachtung 21

3.4 Einige Merkmale der Forschungspraxis 22

3.4.1 Vertrauensgewinnung 25

3.4.2 Rollenkonflikte 27

3.4.3 Assimilation und Initiation 28

3.4.3.1 Initiationsverfahren 29

3.4.3.2 Verwertungsängste und das Problem des Verrats 31

4. Suche nach neuem Selbstverständnis 32

4.1 Neuorientierung und Aufbruch 32

4.1.1 Neue Unsicherheit 35

4.2 Gesellschaftlicher Wandel und Identitätskrisen 36

4.2.1 Zur Frage einer DDR-spezifischen Identität 38

5. Bewältigung der Gegenwart 42

5.1 Umfassendes Lernen 42

5.2 Chancen und Risiken 43

5.3 Kommunikation 47

5.3.1 Polizei-Mythen und berufliche Identität 47

5.3.2 Zur Bedeutung von 'Geschichten' 49

5.3.2.1 Abenteuer-Geschichten 50

5.3.2.1.1 Sieger-Geschichten 51

5.3.2.1.2 Stärke-Geschichten 52

5.3.2.2 Moral-Geschichten 55

- 5.3.3 Flur-Kommunikation 56
- 5.3.4 Schlüsselrolle des Vorgesetzten 57

6. Bewältigungsstrategien 59

- 6.1 Universaler Kern der Polizeiarbeit 60
- 6.2 Rückzug 64
- 6.3 Verschwörung gegen das Volk 66
- 6.4 Exkurs: Partizipation in offenen und geschlossenen Gesellschaften und die Funktion der Polizei 68
- 6.5 Sicherheit und Verlust 69
- 6.6 Exkurs: Zur Bedeutung des Geldes für die Polizisten 70
- 6.7 Neubeginn in "alter Hülle" 73

7. Handeln unter komplexer Unsicherheit 77

- 7.1 Statusängste 77
 - 7.1.1 Subjektive Statusängste 79
 - 7.1.2 Objektive Statusbedrohung 80
- 7.2 Die Bedeutung des sozialen Nahraums 82
- 7.3 Der Berater 84

8. Zum Problem der Transformation staatlicher Institutionen 87

- 8.1 Alte und neue Qualifikationen 87
- 8.2 Selbsterhaltung durch Verweigerung 91
- 8.3 Zum Verhältnis Polizei und Bevölkerung 93
 - 8.3.1. Situationsdefinition und Situationsverlauf 93
 - 8.3.2 Polarisierung versus Integration 97

9. Abschließende Thesen 101

- 9.1 Psychische Organisation 101
- 9.2 Beziehungen zur Bevölkerung 102
- 9.3 Die Institution Polizei 104
- 9.4 Anforderungen an Organisationsentwicklung 104
- 9.5 Implikationen einer Modernisierung der Polizei 106
- 9.6 Schluß 107

An Stelle eines Nachwortes 109

Literatur 114

Einleitung

Spätestens seit dem Jahr 1989 war eine Beschäftigung mit Phänomenen sozialen Wandels ohne die Begleiterscheinungen und Folgen der 'Fusion beider deutscher Staaten' nicht mehr zu denken. Unter diesem Eindruck wollte ich untersuchen, wie Mitarbeiter einer Polizeiorganisation unter den Bedingungen radikalen sozialen Umbruchs arbeiten. Meine Fragestellung verbindet Elemente gesellschaftlichen Umbruchs mit der Suche nach einem neuen Selbstverständnis der Polizei. Sie versucht durch die Beobachtung des Berufsalltags von Schutzpolizisten den Konnex zwischen individuellen Berufsvorstellungen der Polizisten und Prozessen sozialen Wandels herzustellen. Gerade Organisationen, die substantiell mit der Aufrechterhaltung einer staatlichen Ordnung betraut sind, eröffnen den Blick für soziale Widersprüche, die sich (nicht nur, aber besonders deutlich) in Phasen tiefgreifenden Umbruchs zeigen. Konflikte zwischen den Aufgaben und Zielen der Organisation auf der einen und den individuellen Bedürfnissen der in ihr arbeitenden Menschen auf der anderen Seite scheinen bei der Polizei besonders krass hervorzutreten: einerseits der organisationelle Anspruch, in bestimmtem Umfang Sicherheit und Ordnung einer Gesellschaft zu garantieren, andererseits die vielfältigen Formen von Unsicherheit für die Polizisten innerhalb und außerhalb ihrer Berufsrolle. Über die Antinomie von individuellen Bedürfnissen und institutionellen Zielen hinaus stehen Polizeibeamte der neuen Bundesländer zusätzlich vor dem Problem, daß sie heute für eine staatliche Ordnung eintreten sollen, die noch vor relativ kurzer Zeit als Inbegriff des Bösen gegolten hatte und vor der das 'sozialistische Vaterland' zu schützen höchste Verpflichtung der Mitglieder aller bewaffneten Organe war. In einer Studie des Ministeriums des Innern der DDR vom September 1990 wurde festgestellt: "Gesellschaftsverständnis und Selbstbild der Polizei in den neuen Bundesländern sind seit dem letzten Herbst Erschütterungen und Umwertungen ausgesetzt gewesen wie nie zuvor. Zugleich hat wohl keine andere Institution in der ehemaligen DDR ihre Tätigkeit so kontinuierlich und 'unbeschadet' fortgesetzt wie die Polizei"¹. Wie können Umbewertung und Neuanfang auf der einen und Kontinuität auf der anderen Seite gleichzeitig gedacht werden? Welche Werte oder Berufsinhalte konnten von der Volkspolizei (VP) der DDR unbeschadet mitgenommen werden in eine sich demokratisch legitimierende Polizei?

¹ Wanderer/Thieme 1990, 1

Nach der 'Vereinigung' waren die rechtlichen, logistischen und anderen technischen Voraussetzungen auf den Weg gebracht worden, um die Polizeien der neuen Bundesländer möglichst schnell auf westdeutsches 'Niveau' zu bringen. Nicht im gewünschten Tempo wurde jedoch erreicht, die Handlungsmuster der Polizisten zu ändern. Vor kurzer Zeit noch "eingeschworen auf den 'Klassenauftrag zum Schutz der Arbeiter- und Bauernmacht' und sicher auch in der festen Überzeugung, einer guten Sache zu dienen, wurde das Weltbild vieler Polizisten völlig erschüttert. Traditionelle Denkmuster und vermeindlich (!) festgefügte Werte brachen zusammen"². Die Suche nach einem neuen beruflichen und persönlichen Selbstverständnis der Polizisten und Polizistinnen in den neuen Bundesländern kristallisierte sich im Verlauf der Forschung als zentrales Anliegen heraus. Alle anderen Probleme schienen sich um die Frage zu gruppieren, wie man in Zeiten umfassender gesellschaftlicher Transformation einigermaßen 'mit sich im Einklang', bleiben, d.h. seine personale und soziale Identität erhalten könne. Damit stehen Fragen des persönlichen und institutionellen Scheiterns, der Suche nach einer neuen Identität, des individuellen und kollektiven Lernens unter dem Eindruck umfassenden gesellschaftlichen Wandels sowie Möglichkeiten der Wahrnehmung neuer Chancen im Zentrum dieser Arbeit. Sie hat einen explizit handlungstheoretischen Bezugsrahmen und begreift sich erst aus diesem Verständnis heraus als Beitrag zu einer Soziologie der Polizei. Gleichwohl wird darin die Organisation "Polizei" insoweit berücksichtigt, als die handelnden Individuen sie wahrnehmen bzw. deren Struktur konkrete Auswirkungen auf individuelles Handeln hat. Ich entwickle zwar keine organisationssoziologische, kriminalsoziologische oder explizit herrschaftskritische Perspektive, jedoch bietet die Arbeit m.E. ausreichendes Material für eine Diskussion im Rahmen der Forschung über Herrschaft und/oder staatliche Sozialkontrolle an. Ich gehe in weiten Teilen im Sinne einer 'ethnographischen Methode' vor. Mit ihr wollte ich die drastischen Veränderungen im Erlebens-Alltag von Polizisten in der Stadt eines neuen Bundeslandes erfassen und darstellen. Dazu habe ich im Spätsommer 1991 mehrere Wochen am Schichtrhythmus einer Dienstgruppe der Schutzpolizei in einem der neuen Bundesländer als Beobachter teilgenommen. Wenn ich im folgenden von "der Polizei" spreche, so meine ich damit generell die "Schutzpolizei"; über andere Zweige, wie z.B. die Kriminalpolizei oder die Bereitschaftspolizei muß gesondert gearbeitet werden.

² Wanderer/Thieme aaO.

1. Begründung einer handlungstheoretischen Polizeiforschung

Jede Auseinandersetzung, auch eine sozialwissenschaftliche, mit der Polizei und ihrer Funktion bei der Regulierung gesellschaftlichen Lebens und der Bearbeitung sozialer Konflikte ist mehr oder minder interessengeleitet. Die hier vorliegende Konzeptualisierung setzt zwei grundsätzliche (möglicherweise triviale) Annahmen voraus: 1. gesellschaftliche Konflikte sind auch in den Strukturen der Polizei repräsentiert, zugespitzt gesagt: die Polizei ist als Organisation selbst Ort einer Vielzahl von psychischen und sozialen Konflikten (die psycho-sozialen Konflikte, die durch MitarbeiterInnen in Polizeiorganisationen zu bewältigen sind und die in direktem oder indirektem Zusammenhang mit ihrer Berufsausübung stehen, sind meines Wissens für die Bundesrepublik sozialwissenschaftlich noch nicht systematisch bearbeitet worden)

2. die Polizei bearbeitet durch ihre strukturellen und historischen Rahmenbedingungen, ihren organisatorischen und logistischen Apparat, ihre rechtliche Bindung, vor allem aber wegen ihrer Verflechtung mit anderen "Produzenten öffentlichen Interesses" nur ganz bestimmte soziale Konflikte und wirkt damit selbst an der Herstellung des Etiketts "Kriminalität" mit.

Handlungstheorien gehen vom sinnorientierten, zielgerichteten und aktiven Handeln des sozialisierten Individuums aus, das begriffen wird als eine "Persönlichkeit, die mittels gemeinsamer symbolischer Orientierungssysteme mit anderen interagiert". Insgesamt bewegen sie sich in der Trias Person - Handlung - Handlungsobjekt. Der Mensch wird aufgefaßt als ein moralisches Subjekt, das in Übereinstimmung mit normativen Rahmenbedingungen zu leben gelernt hat. Die Entwicklung von Moralität und personaler Identität geschieht im Sozialisationsprozeß, innerhalb dessen die Übernahme von Rollen vermittelt wird. Das Internalisieren von Rollenerwartungen erfolgt wiederum durch Referenzpersonen und/oder -gruppen. Traditionell spielt sich sozialwissenschaftliche Forschung, die sich mit der Polizei beschäftigt, ohne deren Handlungsstrategien optimieren zu wollen, also Polizeiforschung im engeren, im distanziert-kritischen Sinne, auf der Ebene makrosoziologischer Theorienbildung ab. Sie sucht gerade hinter dem Handeln der Akteure (die "ausführenden Organe" will man eigentlich gar nicht persönlich treffen)

Hartfiel/Hillmann 1982, 288 f.

vgl. Reimann et al 1985, 122 f.

Vgl. zum Begriff der Polizeiforschung und deren Stellenwert in der Bunderepublik u.a. Behr 1989, 1990, Busch et al 1988, Feltes 1990, Funk 1990, Kaiser et al 1988.

Bedingungen ausfindig zu machen, die Strukturen des Systems "Polizei" erklären. Soweit Polizeiforschung nicht von der Polizei selbst betrieben wird, liegt ihre kritische Intention im wesentlichen in der Kontrolle bzw. im Herstellen von Transparenz polizeilichen Handelns. Weniger intensiv wird das individuelle Handeln der Polizisten bearbeitet. Die Untersuchungen von Feest, Blankenburg und Lautmann können als die ersten empirischen Befunde für die Bundesrepublik angesehen werden, die sich - mindestens bei Feest/Blankenburg - unter Verwendung qualitativer Methoden mit dem "Alltagsleben" und der "Innenwelt" der Polizei beschäftigten. Diese 'Klassiker' werden heute nach wie vor zitiert, obwohl sich die Datenbasis in den letzten zwanzig Jahren erheblich gewandelt hat (immerhin stammt das Erhebungsmaterial vom Ende der sechziger Jahre bis höchstens 1971). Für die damalige Zeit befinden sie, durchaus mit Evidenz: "Die weitaus meisten Polizeibeamten stammen aus bäuerlichen oder Arbeiterfamilien, verfügen über Volksschulbildung und haben handwerkliche Berufe erlernt". Ein Blick in die Fußnoten verdeutlicht, daß sich diese Daten auf eine Untersuchung Anfang der sechziger Jahre in Baden-Württemberg beziehen; ebenfalls im Fußnotenbereich angesiedelt findet sich die Information, daß schon 1970 45% der Berufsanfänger Mittlere Reife hatten oder noch besser qualifiziert waren. Der Trend zur Höherqualifizierung war also schon damals zu beobachten. Im Einstellungsjahr 1989 hatten bei der Hessischen Polizei gerade noch 1,4% Berufsanfängerinnen und 5,2% Berufsanfänger Hauptschulabschluß und Beruf; 53% der Frauen und 46% der Männer hatten Mittlere Reife und 32% der Männer sowie 35% der Frauen kamen mit Abitur/Fachhochschulreife zur Hessischen Polizei. Daß hin und wieder einzelne Polizeiforscher ihr Interesse jenseits der "high-lights" auch auf die Routinen der Polizisten richteten, gehörte bislang eher zu der die Regel

Dieses Anliegen vertritt insbesondere der Informationsdienst Bürgerrechte und Polizei (CILIP), der seit 1978 die gesetzlichen, organisatorischen und taktischen Veränderungen innerer Sicherheitspolitik in der Bundesrepublik systematisch dokumentiert und analysiert (Klappentext in CILIP 30, Nr. 2/1988).

Vgl. Steffen 1990

Blankenburg/Feest 1972 und Feest/Lautmann 1971

Blankenburg/Feest 1972, 22

Aus: Jahresbericht der Hessischen Polizeischule 1989, 48.

bestätigende Ausnahme: so hat Roland Girtler wie weiland Johannes Feest - über einen längeren Zeitraum als teilnehmender Beobachter bei der Polizei zugebracht, auch Schneekloth hat das Alltagshandeln von Polizisten auf dem Gebiet des polizeilichen Jugendschutzes durch teilnehmende Beobachtung beschrieben. Die relative Seltenheit soziologische Arbeiten, die psychische und soziale Probleme von Polizisten zum Gegenstand haben, ist möglicherweise auch auf das nicht immer spannungsfreie Verhältnis von Soziologie bzw. SoziologInnen und Polizei zurückzuführen. In jüngster Zeit scheinen sich allerdings Projekte zu mehren, die explizit das polizeiliche Alltagshandeln bearbeiten. Systematisch geschieht dies z.B. bei Thomas Feltes, dessen Auswertung polizeilicher Einsätze im Zusammenhang mit dem Polizei-Notruf in verschiedenen deutschen Großstädten die Annahme belegt haben, daß die Schutzpolizei in sehr viel stärkerem Maße die Funktion von unspezifischen 'Problemlösern' bei Streitigkeiten unter der Bevölkerung erfüllt, als das gemeinhin bekannt ist. Im übrigen hat sie in weiten Arbeitsbereichen 'Dienstleistungsfunktion', die 'klassische' Verbrechensbekämpfung hat wesentlich geringere Bedeutung, als das Öffentlichkeit und Polizisten vermuten. Eine Studie mit explizit gruppenpsychoanalytischen Schwerpunkt und beschränkt auf Bereitschaftspolizisten, ist die von Birgit Volmerg (1986). Auch Heinz Steinert (1991) geht auf die Perspektive der praktisch handelnden Polizisten ein, wobei er sich besonders für die 'routinisierten Wissensbestände' stark macht sowie den Ausbau von Fähigkeiten fordert, die helfen, Konflikte der Klientel gerade so weit zu bearbeiten, daß diese sie selbst wieder 'in den Griff' bekommen oder mindestens mit ihnen weiter leben können. Ähnlich wie meine später noch zu entfaltenden Vorschläge konzentriert sich sein Zugang jedoch auf den Bereich sozialer Konflikte, in deren Verlauf die Polizisten als hinzugerufene "Streitschlichter" auftreten - das macht jedoch lediglich ein Teil des Aufgabenspektrums der Polizisten aus. Für eine soziologische Konzeptualisierung von Fragen, die sich mit den polizeilichen Akteuren, deren Relevanzstrukturen sowie den "Innenwelten" der Polizei befassen, besteht - wie diese Arbeit auch zu zeigen

Girtler 1980

Schneekloth 1986

Zur 'großen Selbsttäuschung' vieler SchutzpolizistInnen, die sich tendenziell als 'crime-fighter' attribuieren, vgl. Behr 1990, 67 und Feltes 1988, 125 ff.

Der Ausdruck "Innenwelt" hat hier eine doppelte Bedeutung: einmal soll er das innere Gefüge der Organisation Polizei beschreiben (in diesem Sinne ist er stark mit dem Begriff der informellen Struktur konnotiert), zum anderen bezeichnet er

beabsichtigt - erheblicher Nachholbedarf. Während für die meisten Untersuchungen auf dem Gebiet der Polizeiforschung gelten kann, daß sie über die Bearbeitung politischer und struktureller Aspekte die Innenwelt der Polizei vernachlässigen, wollte ich ausdrücklich diesen "Mikrokosmos" der handelnden Personen beleuchten, dafür kommen makrosoziologische Aspekte nur am Rande zur Geltung. Eine Reform der Polizei wird solange nicht gelingen, wie das Alltagshandeln und -erleben der Akteure, deren Perzeption von Wirklichkeit sowie die subjektiven Konstruktionen beruflichen Selbstverständnisses tendenziell ausgeblendet bleiben.

2. Teilnehmende Beobachtung bei der Polizei

2.1 Vorverständnis und Ausgangsfragen

Folgende Fragen gaben eine erste Orientierung:

- **Wie bildet sich gesellschaftlicher Wandel in der Organisation ab (Wahrnehmung, Reaktion, Auswirkungen auf formale und informelle Strukturen)?**
- **Welche Auswirkungen hat eine von außen initiierte Änderung von Zielen auf das Selbstverständnis der Organisation und auf die Menschen, die in ihr arbeiten?**
- **Welche Ängste und Hoffnungen können von Menschen in der Organisation geäußert werden und welche sind (u.U. als institutionelles Unbewußtes) tabuisiert?**
- **Wie wird über soziale und/oder psychische Konflikte gesprochen?**
- **Wie nehmen die Menschen den sozialen Umbruch selbst wahr? Zeigen sich Identitätsbrüche, Verdrängungen, Rationalisierungen, Kompensationen oder Verschiebungen?**
- **Wie lassen sich Vorstellungen von Gesellschaft bei den ehemaligen Volkspolizisten beschreiben?**
- **Was hat sich aus der Sicht der Betroffenen im Vergleich zu früher verändert,**

aber auch unterschiedliche Persönlichkeitsanteile im Individuum und liegt begrifflich in der Nähe von Karl Otto Hondrichs (1987) Beschreibung personaler "Unterwelten".

Bis ca. 1985 beschäftigte sich 'kritische Polizeiwissenschaft' hauptsächlich mit den Prozessen und Strukturen polizeilicher Organisation, die in einen weiteren gesellschaftlichen Kontext gestellt werden sollten (Kaiser et al (Hrsg.), 1985, 337).

- wo empfinden sie Kontinuität?
- **Wie hält eine Organisation in Zeiten radikalen Umbruchs ihre Systemgrenzen aufrecht und wie hält sie ihre Mitglieder von Abwanderung ab?**
 - **Wie wird das Leben in der früheren DDR von den Betroffenen beschrieben?**
 - **Gibt es Anzeichen dafür, daß bei der Neuorganisation der Polizei auch Reformvorstellungen (z.B. Formen demokratischer Kontrolle der Polizei) einfließen oder handelt es sich lediglich um die Kopie von Modellen der alten Bundesländer?**
 - **Welche Qualifikationen mußten die 'neuen' Polizisten nachweisen, um ihren Beruf weiter ausüben zu können bzw. welche müssen sie neu erwerben?**

Diesem Fragenkatalog lagen einige Vorannahmen zugrunde, von denen sich die wichtigsten folgendermaßen beschreiben lassen:

1. **Der Prozeß der Demokratisierung wird von den Polizisten in erster Linie als Verunsicherung und Beschränkung ihrer früheren Handlungsmöglichkeiten erlebt; der Verlust von früheren Handlungssicherheiten macht tendenziell anfällig für autoritäre Entscheidungen**
2. **Der plötzliche Verlust von internalisierten Werten und dem sich daraus ableitenden Normengeflecht führt zu existentiellen Identitätskrisen. Diese können zwei unterschiedliche Folgen haben: einmal können sie zu verschiedenen Formen der Überanpassung führen, wenn die bisher gültigen Werte pauschal verworfen und die Menschen von den nunmehr geltenden (westlichen) Standards so weitreichend affiziert sind, daß sie die Auseinandersetzung mit der eigenen Vergangenheit und der Verantwortung für sie vermeiden; zum anderen wäre aber auch daran zu denken, daß die Menschen nach einer Phase der Irritation auf vertraute Handlungsmuster zurückgreifen, da neue Chancen auch an Kompetenzen geknüpft sind, deren Erwerb bislang nicht eingeübt werden konnte.**
3. **Elemente autoritären Denkens sind also keineswegs beseitigt; subjektiv existieren möglicherweise 'alte Werte' weiter.**
4. **Dem Willen zum Handeln nach rechtsstaatlichen Grundsätzen steht ein subjektives Defizit zu solchem Handeln gegenüber (z.B. fehlende Lösungsskompetenzen).**

2.2 Zugang zum Untersuchungsfeld und spezifische Probleme von Forschung in der Polizei

Als erste Hürde war die Polizeiabteilung im Innenministerium zu nehmen: wo ich jedoch mit Verschlossenheit, Mißtrauen und Ablehnung, mit schwierigen Verhandlungen und mühsamen Kompromissen gerechnet hatte, traf ich auf uneingeschränktes Entgegenkommen. Auch der Vertreter des örtlichen Polizeichefs zeigte sich meinem Anliegen gegenüber sehr aufgeschlossen, fast hatte ich den Eindruck, als seien die Verantwortlichen froh, daß sich ein Außenstehender mit den Problemen der Polizei befaßt. Der Dienststellenleiter der Polizeiinspektion, die ich beforschen wollte, hatte keinen 'Entscheidungsspielraum' mehr: er mußte mich nehmen, so war es von der vorgesetzten Dienststelle mittlerweile angeordnet worden; er hätte mir den Aufenthalt jedoch nach Kräften erschweren können; aber auch hier hatte ich einen durchaus positiven Ersteindruck: der dritte Polizist aus der Führungsebene, der mir unerwartet freundlich begegnete - ich wurde endgültig stutzig. Hier hatte ich Mißtrauen erwartet und stattdessen auffälliges Entgegenkommen erfahren.

Die Polizeidienststelle, die ich untersucht habe, beschäftigte zu DDR-Zeiten annähernd vierhundert Polizeibedienstete (dazu gehörten z.B. die Feuerwehr, Bedienstete im Paß- und Meldewesen, die Finanzverwaltung, der Betriebsschutz etc.; einige Dienststellen waren mittlerweile komplett verlegt, andere sind in den zivilen Bereich der allgemeinen Polizeibehörde überführt worden). Zum Zeitpunkt meiner Anwesenheit ist der Mitarbeiterbestand auf 130 Personen gesunken, in dieser Größenordnung wird es zukünftig in etwa auch bleiben. Die Polizeidienststelle betreut als Kerngebiet den eigentlichen Stadtbereich, in dem etwa 55.000 Menschen leben. Außerdem gehört zum Dienstbezirk das umliegende ländliche Einzugsgebiet mit nochmals etwa 60.000 Einwohnern. Der Arbeitsschwerpunkt der Polizei lag eindeutig im städtischen Einzugsbereich. Für Sofort-Einsätze waren bei einer durchschnittlichen Dienststärke von drei Führungskräften und vierzehn Streifenbeamten etwa acht bis zehn Polizisten verfügbar. In der Regel fuhren feste Streifenteams zusammen, die nicht ohne Grund getrennt wurden.

2.3 Der Forscher als "Kollege"

Von Beginn meines Aufenthalts an wurde ich als 'ein Kollege aus dem Westen' bezeichnet der jetzt gerade studiere und nicht etwa als Student, der ehemals Polizist gewesen war. Sicher hat diese Attribuierung den Zugang zu der Organisation wesentlich erleichtert, wenn nicht erst ermöglicht. Andererseits entstanden gleichzeitig Statusunsicherheiten, von welchen noch zu berichten sein wird. Die

Gruppe nahm die Information eher reserviert auf und mich genauso zur Kenntnis, wie man eben gewohnt war, andere Störungen der Routinen auch zu 'ertragen': zumindest nach außen mit relativer Gelassenheit. Hatte ich von meinen Kontakten mit den leitenden Polizisten noch den Eindruck, als könnten sie gesagt haben "gut, daß Sie endlich da sind", so wurde mir in dieser Situation eher unverblümt als getarnt das Gefühl vermittelt: "Du hast uns gerade noch gefehlt". Allerdings konnte ich eine erste Informationsfahrt durch den Bezirk mit dem dienstältesten Streifenpolizisten arrangieren (der mir gleichzeitig den größten informellen Einfluß in der Gruppe zu haben schien) und dieser Erstkontakt war dann auch der Beginn einer Kette kleinerer und größerer "Initiationsrituale", durch welche ich sukzessive (d.h. in diesem Zusammenhang: langsam, aber sicher) immer engeren Kontakt zur Gruppe gefunden habe. Der Dienstgruppenleiter (DGL) verdeutlichte mir in einem der ersten Nachtdienste explizit seine Bedenken und Ängste hinsichtlich meines Aufenthalts; er reagierte nach seinen Worten auf die Ankündigung meines Vorhabens vorsichtig, zurückhaltend und skeptisch. Das verstärkte noch einmal die Frage danach, was die Führungsbeamten veranlaßt haben könnte, mich genau mit dieser Dienstgruppe zu verbinden. Ich vermutete zunehmend stärker, daß sie sich vielleicht von mir Aufklärung über die 'Stimmung' dieser Dienstgruppe und ihres DGL's erhofft haben könnten. Der DGL dachte ähnlich und hielt sich dementsprechend bedeckt (mit ihm im übrigen die gesamte Dienstgruppe). Eine solche Reaktion hielt ich einerseits für durchaus verständlich und normal, andererseits führte das auch zu einer Krise meines Selbstverständnisses; immerhin hatte ich ein Forschungsprojekt im Hinterkopf, das wesentlich davon abhing, daß ich etwas vom Alltag der Menschen mitbekam. Diejenigen, mit denen ich in den nächsten Wochen zusammensein wollte, verweigerten sich, während die anderen, mit denen ich eigentlich nicht so engen Kontakt pflegen wollte (die Führungskräfte) quasi dazu einluden, mich mit ihnen mehr zu beschäftigen. Diese 'Verkehrung' sorgte bei mir für erhebliche Spannungen, die sich erst einige Zeit später auflösten. Die Art der Aufnahme durch die Gruppe hat nun einmal entscheidenden Anteil am Erfolg oder Mißerfolg einer teilnehmenden Beobachtung. In der Literatur wird diese Frage auch dementsprechend intensiv diskutiert. Die Polizei gehört wohl nach wie vor zu denjenigen Organisationen, die ohne formelle Zugangsberechtigung überhaupt nicht ihr Innenleben 'preisgeben' und die sich darüber hinaus auch nur ausnahmsweise einem solchen Anliegen öffnen. Ich war darauf vorbereitet, daß die eigentlich von meiner Forschung Betroffenen wenig Einfluß auf ihre Situation haben würden. Schließlich

Vgl. Lamnek 1989, 278-286 und Girtler 1988, 61-93

wurde die Dienstgruppe, bei der ich mich aufhalten sollte, vom Direktionsleiter bestimmt, seine Anordnung wurde dem Dienststellenleiter durchgegeben, der wiederum den Dienstgruppenleiter davon nur noch in Kenntnis setzte. Daß ein fremder Polizist aus einem alten Bundesland bei der täglichen Arbeit zuschauen wollte - und zwar mit Genehmigung der Dienststellenleitung - löste grundsätzliches Unbehagen aus, zumal sich als sofortige Assoziation die Figur eines weiteren 'Beraters' geradezu aufdrängte. Nun gehören Interessengegensätze von Führungs- und Ausführungsebene zu den 'normalen' Konfliktlinien jeder Organisation. In diesem Fall verschärften sich die Konfliktpotentiale aber noch um das Thema "Vergangenheitsbewältigung": "Führung" implizierte einmal die Dominanz derjenigen, die als die eigentlichen 'neuen Herren' apostrophiert wurden (in der Regel projiziert auf die Gestalt des Beraters), zum anderen die Rolle der früheren VP-Offiziere, die jetzt wiederum Vorgesetztenpositionen einnahmen. Das eine wurde von den Polizisten der unteren Dienstränge als tendenziell entmündigend empfunden, das andere mit Verbitterung zur Kenntnis genommen. Auf das Ausmaß an Spannung war ich letztlich jedoch nicht ausreichend gefaßt: zwar vermutete ich, daß das Mißtrauen nicht gegen mich, sondern gegen die Organisationsleitung oder den Berater gerichtet war, jedoch schien ich zunächst in die Rolle des Delegierten der Dienststellenleitung gedrängt zu werden, was (auf beiden Seiten) erhebliche Unsicherheit auslöste. Natürlich hatte ich auch zu bedenken, daß die Offenheit und Kooperationsfreudigkeit der Organisationsleitung eine 'instrumentalisierte' sein könnte, daß sie etwas verbergen, etwas bezwecken sollte oder gar, daß sie eine lediglich vorgetäuschte war. Diese Überlegungen mußte ich jedoch nicht vertiefen, da meine Arbeit nicht über die Motivlage der Führungskräfte oder das Verhältnis Führungs- und Ausführungsebene in der Polizei handeln sollte. In dem Augenblick, in dem ich freien Zugang zu meinem eigentlichen Forschungsgegenstand bekommen hatte, konnte ich weitgehend unbehelligt von den Interessen anderer Instanzen forschen und mich möglichen Verwertungsabsichten, die nicht mit meiner Arbeit zu vereinbaren gewesen wären, entziehen (in der Tat wurde ich in keiner Weise in meiner Bewegungsfreiheit eingeschränkt). Insofern war auch die Festlegung der Dienstgruppe nur von marginaler Bedeutung, weil niemand exakt wissen konnte, was mich eigentlich interessierte. In den Gesprächen mit der Dienststellenleitung habe ich den Eindruck gewonnen, als ginge es ihnen darum, die Organisation möglichst gut 'darzustellen' (was ich als legitim empfand) - ich mußte dieses Ansinnen jedoch nicht im intendierten Sinne unmittelbar verwerten. Anfangs war ich sehr offensiv bestrebt, durch beständiges Offenlegen meiner Absichten, durch uneingeschränktes Anerkennen der Kompetenz der Polizisten und durch den

affirmativen Mitvollzug ihres Lebens das 'Eis' zu schmelzen, was - wenn auch langsam - schließlich zu gelingen schien. Dabei war von Vorteil, daß ich mich in aller Solidarität mit der Alltagswelt meiner neuen Kollegen identifizieren konnte, aber nicht an ihrer Angst vor ihren Vorgesetzten beteiligte (es wurde in der Dienstgruppe viel 'gemurrt', jedoch war die Haltung bei direkten Kontakten mit der Dienststellenleitung oder dem Berater gegenüber tendenziell defensiv).

2.4 Abgrenzung

Gegenüber der Dienstgruppe bekannte ich mich zu meinem früheren Beruf als Polizist in der Form, als ich weiß, wie Polizeiarbeit aussehen kann jedoch nicht in der Weise, daß ich wüßte, wie Polizeiarbeit generell auszusehen habe und entsprechende "Beratung" zu geben befugt wäre. Im Gegenteil: in meinem Forschungsansatz sprach ich den Polizisten gerade die Kompetenz zu, ihr konkretes Praxishandeln zu beherrschen und sinnhaft zu gestalten (schließlich habe ich den Beruf auch deshalb aufgegeben, weil ich andere Perspektiven, die Arbeit der Polizei zu betrachten, entwickeln wollte). Ich sah mich also einer 'Expertengruppe' gegenüber, die von ihrem Beruf eine bestimmte Vorstellung hatte und die mir darin Einblick gewähren sollte. Eine Besonderheit, die schließlich in das Zentrum dieser Arbeit rückte, lag allerdings darin, daß die Gruppe eben nicht über eine ungebrochene Berufstradition verfügte, sondern in der gerade Tradition und Berufsethik in Frage gestellt waren. Die Tatsache, daß ich das 'Polizei-Handwerk' aus eigener Erfahrung kannte, hatte Vorteile (insbesondere erleichterte es den Zugang zur Gruppe), sie sorgte aber methodologisch für Komplikationen: es handelt sich dabei um die Gefahr, daß meine beruflichen Sozialisation und die damit verbundene Gewöhnung an viele spezifische Phänomene dazu geführt haben könnte, daß ich einige Aspekte gar nicht mehr als außergewöhnlich oder mindestens beachtenswert registrierte. Girtler beschreibt diesen Umstand als Gefahr, "daß viele Handlungsstrategien vom Beobachter einfach als 'gewöhnlich' angesehen werden und ihnen daher nicht die nötige Beobachtung geschenkt wird (einer Gefahr, die der Sozialanthropologe bei einem 'fremden' Stamm begreiflicherweise nicht ausgesetzt ist)".

Beispiel 1

Vielleicht ist es an dieser Stelle angebracht, dieses biographische Detail nachzutragen: ich war seit 1975 Angehöriger der Hessischen Polizei, habe die kasernierte Grundausbildung und zahlreiche Einsätze in geschlossenen Verbänden an mir erfahren, Streifendienst bei der Frankfurter Schutzpolizei absolviert, Fachober- und Fachhochschulausbildung durchlaufen und war zuletzt Dienstgruppenleiter beim 1. Polizeirevier in Frankfurt am Main, bevor ich mich 1989 für längere Zeit beurlauben ließ, um 'ordentlich' Soziologie studieren zu können. Schließlich bin ich 1992 'offiziell' aus dem Polizeidienst ausgeschieden.

Girtler 1980, 141

Im Verlauf meines Aufenthalts war es üblich geworden, daß ich kleinere Hilfsdienste in der Gruppe übernahm. So begleitete ich des öfteren einen Kollegen oder eine Kollegin zu den Haftzellen, wenn von den dort untergebrachte Personen ein Klingelzeichen kam oder ihr Zustand routinemäßig überprüft werden mußte. Die Zellen befanden sich im Keller des Gebäudes; von der Polizei festgenommene Personen wurden dort untergebracht, bis über ihr weiteres Schicksal entschieden war. Gleichzeitig dienten diese Räume auch als 'Ausnüchterungszellen'. Ihrem Zweck entsprechend war die Ausstattung der Zellen spärlich, sie beschränkte sich auf eine Schlafpritsche und eine Decke. Solche Räume kannte ich zur Genüge aus eigener früherer Praxis und dementsprechend wenig Aufmerksamkeit habe ich ihnen gewidmet, bis mir klar wurde, daß Menschen, die diese Situation als 'Betroffene' - vielleicht zum ersten Mal - erlebten, die Räume und vor allem die Polizisten, die sie dann sahen, völlig anders wahrnehmen mußten, als ich das aus der 'Polizistenperspektive' zu denken gewohnt war; gerade in solchen Situation haben Polizisten stark expressive Macht (mindestens die, den Schlüssel abzuziehen und wegzugehen, während der oder die andere zurückbleiben muß); in der Regel sind sie sich der Wirkung ihrer Macht in einer solchen Atmosphäre nicht bewußt: wenn der Betroffene den Inhalt seiner Taschen ausleeren, Gürtel und Schnürsenkel abliefern muß und noch nicht einmal seine Zigaretten behalten darf, dann ist das für die Beamten ein 'ganz normaler' Bestandteil der Sicherheitsbestimmungen; daß dies gleichzeitig als persönliche Demütigung bis hin zur realen Traumatisierung erfahren werden kann, entzog sich dem Bewußtsein der meisten Kollegen, die mit mir darüber gesprochen haben.

3. Methodologie

Da ich so gut wie nichts von dem Forschungsfeld wußte, wollte ich mich nicht auf eine bestimmte theoretische Vorgabe festlegen, um mich perspektivisch nicht von vornherein zu binden (während ich beispielsweise zu Beginn stärkeres Gewicht auf die subjektiven Bedeutungen von Handlungen gelegt hatte, verschob ich die Interpretationsebene gegen Ende immer mehr auf die unbewußten Anteile am Handeln der Polizisten). Ich habe die Rücksicht auf exakte Abgrenzung unterschiedlicher Ansätze innerhalb der qualitativen Sozialforschung vernachlässigt und mich lediglich in der Weise festgelegt, daß ich die Form der unstrukturierten teilnehmenden Beobachtung gewählt habe, auch wenn ich damit Gefahr lief, mit dem wohlbekanntem Vorwurf konfrontiert zu werden, in selbstherrlicher Weise

unterschiedliche Ansätze ohne innere Stringenz miteinander zu verknüpfen (in bestimmten Kreisen auch als "Eklektizismus" gebrandmarkt).

3.1 Qualitative Sozialforschung

Qualitative Sozialforschung gewinnt spätestens zu einem Zeitpunkt an größerer Bedeutung, zu dem die Entstehungszusammenhänge und Determinanten menschlicher Erkenntnis problematisiert werden und Max Webers Postulat, daß "Deuten" und "Verstehen" von "sozialem Handeln" elementare Bestandteile der Sozialwissenschaft seien, auf breiter Ebene angenommen wird. Louis White schreibt im Vorwort zur englischen Ausgabe von Karl Mannheims "Ideologie und Utopie" zur Begründung einer subjektiv beeinflussten Praxis der Sozialwissenschaften: "Daher kann Einsicht als das Herzstück der Sozialwissenschaften betrachtet werden. Sie wird gewonnen, indem man sich innerhalb des Phänomens, das zu beobachten ist, bewegt oder, wie Charles A. Cooley formulierte, durch 'sympathetische Introspektion'. Es ist die Partizipation an einer Tätigkeit, die Interesse, Zweck, Standpunkt, Wert, Sinn, Einsichtigkeit so gut wie Vorurteil erzeugt. Wenn also die Sozialwissenschaft sich mit Gegenständen befaßt, die einen Sinn und einen Wert besitzen, dann muß der Beobachter, der sie zu verstehen strebt, dies notwendig mittels Kategorien tun, die ihrerseits von seinen eigenen Werten und Sinngewebungen abhängen."

Qualitative Forschung geht damit generell 'induktiv' vor, also vom konkreten Beobachtungsdatum aus nach einer Regel oder Theorie suchend, statt vorher aufgestellte Theorien in der Praxis zu testen und so empirische Daten zu deduzieren, wie es Merkmal quantitativer Ansätze ist. Als wesentlicher Vorteil der qualitativen Sozialforschung gilt die Offenheit und die Dynamik, da der zu erforschende Bereich durch theoretische Fixierung nicht schon vorher strukturiert wird. Qualitative Sozialforschung läßt sich mit größerer Konsequenz auf die vorfindbaren Tatsachen im Forschungsfeld ein und entwickelt in ihm sukzessive erst den theoretischen Rahmen (in der Forschungspraxis kann diese Chance den Forscher, insbesondere den nicht routinierten, allerdings auch sehr verwirren; in Momenten diffuser szenischer Abläufe oder anhaltender Reizüberflutung wünschte ich mir manches Mal einen Leitfaden oder ein anderes stabiles 'Rüstzeug'). Die besondere Produktivität dieser Forschungsrichtung liegt m.E. in ihrer perspektivischen Weite und der Vielfalt von Zugangsmöglichkeiten. In der Offenheit ist aber auch ein

Mannheim (1952: XVIII)

Moment der Verunsicherung und Orientierungslosigkeit enthalten: man stößt häufig an Grenzen, bei denen unklar bleibt, ob die Wahrnehmungsfähigkeit erschöpft oder das Beobachtungsinstrumentarium zu wenig elaboriert ist. Eine Methode die eine soziale Situation möglichst wenig strukturieren will, lebt geradezu von diesem Spannungsfeld: ich habe mir beispielsweise angewöhnt, meine emotionale Verstrickung in die Szene als Beobachtungsdatum eigener Art zu betrachten und zu fragen, was meine Emotionen mit der konkreten Szene zu tun haben könnten.

Beispiel 2

Aus der Stadt heraus führte eine mehrspurige Ausfallstraße, die von vielen Autofahrern als 'Rennstrecke' benutzt wurde (auch einige Polizisten erzählten, daß sie auf dem Heimweg vom Nachtdienst im Wettbewerb mit Kollegen dort die Stärken ihrer Fahrzeuge testeten). Diese Straße führte in weiten Kurven zu einer Bergkuppe und fiel von dort relativ flach und kurvenlos ab. Während eines Nachtdienstes bezog eine Streifenwagenbesatzung auf dieser Kuppe verdeckt Stellung 'blitzte' mittels einer sehr starken Halogen-Handweitleuchte aus dem Streifenwagen heraus den vorbeifahrenden Pkw's hinterher. Dabei sparten sie keinesfalls diejenigen Fahrzeuge aus, die offensichtlich nicht zu schnell fuhren; es wurde alles 'geblitzt', was vorbeikam. Ich erinnere mich, daß ich ungewöhnlich aggressiv wurde, da ich weder eine verkehrserzieherische Intention noch eine Verhältnismäßigkeitsabwägung diese Maßnahme erkannte. In ähnlicher Weise, wie die Beamten eine Art von 'Verkehrsmoral' vorgaben, urteilte ich dabei moralisch über sie, konnte mich aber nicht von meiner Wut befreien. Später machte ich auch meine Wut zum Gegenstand der Reflexion und vermutete, daß ich mich in dieser Lage mit den von dieser 'Blitzaktion' betroffenen Autofahrern identifizierte: sie wurden schockartig auf ein (mögliches) Fehlverhalten aufmerksam gemacht und mit einer Ahndung konfrontiert, die sich aber als 'Bluff' herausstellte (daß es ein solcher war, wußten aber nur wir im Streifenwagen, nicht die jeweiligen Fahrer und Fahrerinnen). Ich fühlte mich stellvertretend für die Verkehrsteilnehmer betrogen und ohnmächtig. Es war die Macht, andere Menschen extrem zu erschrecken, ohne sich dazu bekennen zu müssen, die mich so wütend gemacht hatte. Zuerst wollte ich mir dieses Erlebnis gar nicht behalten und aufschreiben, weil es mich noch eine ganze Zeit daran hinderte, diesen Polizisten mit aufrichtiger Freundlichkeit zu begegnen; schließlich habe ich es notiert, weil es mich so lange beschäftigte. Nachdem ich meine emotionalen Anteile erkannt und bearbeitet hatte, konnte ich eine andere Deutung geben: es war wahrscheinlich nicht die Macht und auch nicht 'Boshaftigkeit', sondern Kompensation der eigenen Ohnmacht, nicht wirklich wirkungsvoll (z.B.

durch Radargerät, das nicht zur Verfügung stand) verhindern zu können, daß sich Verkehrsteilnehmer über die Geschwindigkeitsbegrenzung hinwegsetzten und dabei z.T. auch selbst gefährdeten, möglicherweise geschah auf diese Weise auch eine Bearbeitung von Gefühlen der Minderwertigkeit gegenüber den 'stärkeren Männern' in den schnelleren Autos.

3.2 Teilnehmende Beobachtung

Innerhalb der qualitativen Sozialforschung steht die teilnehmende Beobachtung als "participant observation" historisch und methodologisch in unmittelbarer Nähe zur "Chicagoer Schule". In der Ethnologie und der Kulturanthropologie gehörte sie schon immer zum klassischen Explorationsinstrument. Obwohl sie im Bereich der Subkulturforschung erfolgreich praktiziert wurde (und wird), muß sie sich bis heute mit dem Vorwurf auseinandersetzen, unwissenschaftlich zu sein bzw. tendenziell journalistischen Charakter zu haben. Von ihrem Selbstverständnis her ist teilnehmende Beobachtung ein Prozeß andauernder Interaktion: der Forscher und die beobachteten Menschen sind gleichermaßen in Bewegung und beide Parteien wirken auf das Handeln der anderen bewußt oder unbewußt ein. Diese Art der Interaktion und der Interdependenz macht das Besondere einer Forschungskonzeption aus, die den Beobachter als Teilnehmer in die sozialen Wirklichkeit einbezieht. Das stärkste Argument der teilnehmenden Beobachtung als Forschungsmethode scheint ihr direkter Kontakt zur natürlichen Lebenswelt der Untersuchungspersonen zu sein. Teilnehmen am Alltagsleben ermöglicht das Beobachten von Interaktionsmustern oder Wertvorstellungen.

Alfred Schütz weist in einem anderen Zusammenhang treffend darauf hin, daß das 'normale' Mitglied einer Gruppe über einen bestimmten Vorrat von 'vertrauenswürdigen Rezepten' verfügt, die ihm im Alltag ein "Denken-wie-üblich" ermöglichen; die 'Rezepte' liefern "typische Lösungen für typische Probleme (und sind) jedem typisch Handelnden zugänglich..."; sie ermöglichen in vielen Lebensbereichen ein Maß an Vertrautheit, das man als 'impliziten Wissenstypus'

Der Begriff wurde wohl von Lindemann (1924) geprägt.

Vgl. Grüner 1974, 22

Vgl. Lamnek 1989, 234

Schütz 1972, 65

(bei Schütz wäre das das "Bekanntheitswissen" bezeichnen könnte. Der qualitative Sozialforscher ist dagegen eher mit dem von Schütz beschriebenen 'Fremden' zu identifizieren, der gerade die den Gruppenmitgliedern vertrauten Bereiche mit hoher Aufmerksamkeit belegt, weil er von den Erfahrungen ihrer Vergangenheit ausgeschlossen, und in diesem Sinne, vom Standpunkt der Gruppe aus, "ein Mensch ohne Geschichte" ist. Dem hohen Aufmerksamkeitsgrad ist es wiederum zu verdanken, daß er sich von vielen Begebenheiten, die den Mitgliedern vertraut oder bekannt, jedenfalls fast immer 'halbbewußt' oder unbewußt sind, ein 'explizites Wissen' aneignet, weil er alle Vertrautheiten der Gruppe subjektiv als Fremdheit erfaßt. Problematischer ist es allerdings m.E., das Fremdheitspostulat auf verwandte oder vertraute Kulturbereiche anzuwenden. Gerade in der Subkulturforschung, der Randgruppenbeobachtung oder der Arbeit mit bestimmten Berufsgruppen unterliegt der Forscher leichter als der Kulturanthropologe der Gefahr, die eigenen früheren Kulturerfahrungen als Maßstab für die Beobachtung zu nehmen; das kann dazu führen, daß sehr vertraute Merkmale nicht mehr beobachtet werden, weil sie nicht auffällig genug sind, um in das Bewußtsein des Forschers vorzudringen. Das bedeutet - und hier gehe ich etwas weiter als Girtler -, daß man nicht nur sein Vorverständnis modifizieren, sondern noch mehr Energie darauf verwenden muß, sich die eigenen psychischen Reaktionen auf den Forschungsverlauf bewußt zu machen und zu bearbeiten. Dies scheint mir gleichen Stellenwert zu haben, wie die Beobachtung der Außenwelt. Schließlich macht sich der Forscher, der in ein Feld 'eintaucht', unweigerlich zum Bestandteil der dort stattfindenden Wirklichkeit, er wird - wie alle anderen Akteure an der sozialen Situation - zu einem Teil der Realität im Raum. Seine Empfindungen sind dann nicht nur 'lästiges Beiwerk', das vom objektiven Erfassen der Wirklichkeit abhält, sondern geradezu der Schlüssel zum Erschließen der Wirklichkeit und damit wichtiges Wahrnehmungs- und Analyseinstrument. Eine 'Standortveränderung' des Forschers kann den Blick von den unmittelbaren Handlungen der Beobachtungspersonen auf die Wirkung ihres Handelns erweitern. Diese zusätzliche Perspektive dient nicht nur als weitere Facette, aus der die Wirklichkeit zu rekonstruieren ist, sondern macht zugleich auf mögliche Widersprüche aufmerksam. Im späteren Forschungsverlauf entwickelte ich eigene Hypothesen zum 'Unterschied von Gesagtem und Getanem' sowie zum Einfordern

Schütz 1972, 56

Schütz 1972, 60

So beispielsweise Matthes 1985, Schütze 1973, 433 ff., aber auch Girtler 1980, 1988

von 'Unterwerfungsgesten'; dazu hat mich eine kleine Szene angeregt, deren Augenzeuge ich eher zufällig wurde:

Beispiel 3

Das Zentrum der beobachteten Stadt bildete ein Komplex aus einer Parkanlage, der Stadthalle, dem Polizeirevier, einer Fußgängerzone mit einer Vielzahl kleinerer Geschäfte sowie einem Großkaufhaus in der Mitte des Fußgängerbereichs. Unterhalb dieses Kaufhauses befand sich ein großzügig angelegter Busbahnhof sowie eine Freifläche für Marktbuden. Rund um das Kaufhaus herrschte während der Geschäftszeit regelmäßig starker Publikumsverkehr. Das Gelände um die Bushaltestellen war für den Fahrzeugverkehr gesperrt, so daß lediglich Busse, Fahrräder und Polizeifahrzeuge diese Straße befuhren. Ich ging zu Beginn meines Aufenthalts häufig in diesem Bereich spazieren, schon weil sich dort das urbane Leben der Stadt sehr konzentriert zeigte. An der dem Kaufhaus unmittelbar zugewandten Bushaltestelle sowie in der Fußgängerzone oberhalb des Kaufhauses verkauften regelmäßig fliegende Händler asiatischer Herkunft (normalerweise Vietnamesen) aus Plastiktüten oder auf einer Obstkiste provisorisch ausgestellt, Zigaretten. Da die Zigarettenverkäufer etwas nervös schienen, schaute ich ihnen eine Weile zu, bis ich verstand, was da vor sich ging. Die Händler plazierten von mehreren Zigarettenmarken je ein Päckchen auf einer Obstkiste (der Verkaufspreis lag, je nach Marke um ein Drittel bis zur Hälfte unterhalb des offiziellen Preises). Kam nun ein potentieller Kunde auf sie zu, öffneten sie eine mitgeführte Plastiktüte, holten von der verlangten Sorte eine komplette Stange hervor und übergaben sie dem Käufer. Dieser Vorgang dauerte maximal eine Minute und wurde mit größter Diskretion durchgeführt (natürlich hatte diese Transaktion einen Haken: die Zigaretten waren unverzollt, ihr Verkauf ein Verstoß gegen das Steuergesetz und erfüllte damit einen Straftatbestand). An einem meiner ersten Aufenthaltstage bemerkte ich, wie einer dieser Händler plötzlich in großer Hast seine ausgestellten Zigarettenpäckchen in die Plastiktüte warf, die Obstkiste stehen ließ und in der Menschenmenge verschwand. In diesem Moment kam auch schon die Erklärung der hastigen Flucht in Form eines Polizeifahrzeugs, das langsam zu der Stelle fuhr, die kurz zuvor noch 'Handelsplatz' war; der Streifenwagen blieb stehen, aus dem Fahrzeug schauten die Polizisten suchend in die Menschenmenge, dann fuhren sie weiter, worauf sofort auch der Zigarettenhändler wieder auftauchte und weiter seinen Geschäften nachging. Dieses Ritual beobachtete ich im Verlauf des Aufenthalts aus dem Streifenwagen heraus noch häufig; dabei war festzustellen, daß sich das Handeln der Zigarettenverkäufer 'routinisierte' und unmittelbar mit dem Handeln der

Polizeistreifen korrespondierte: am Ende der Beobachtungszeit 'flitzten' die Händler keineswegs schon lange vor Eintreffen des Streifenwagens weg, sondern bewegten sich erst mehr oder weniger gelangweilt, wenn die Blicke der Polizisten sich schon fest auf sie geheftet hatten. Ich habe keine Besatzung erlebt, die einmal ausgestiegen wäre, um etwas zu unternehmen. Sie bestanden jedoch darauf, daß der Händler tat, was sie es von ihm verlangten, nämlich durch den 'symbolischen Fluchtversuch' die Autorität der Polizisten anzuerkennen (manchmal hatte ich den Eindruck, der Mensch sei nur noch weggegangen, um den Polizisten einen Gefallen zu tun). Der Unterschied zwischen Gesagtem und Getanem: Auf der Dienststelle wurden solche Rituale bis zum Schluß mit der Metapher erzählt: "Heute haben wir wieder Fidschies gejagt." (Fidschies ist der Spitzname für Vietnamesen). So kämpferisch das im Kollegenkreis auch geklungen hat, so wenig konnte in Wirklichkeit von "jagen" gesprochen werden, vielmehr haben die Polizisten immer wieder 'Unterwerfungsgesten' eingefordert, die zum Ausdruck bringen sollten, daß es ein Machtgefälle Polizei - Zigarettenhändler gab und das letztere die Autorität der Polizisten ausdrücklich anzuerkennen bereit waren. Die Händler hatten jedoch relativ schnell erkannt, daß ihnen die Polizisten im Streifenwagen gar nicht so gefährlich wurden, wie es aussah und haben in zunehmendem Maße die symbolische Anerkennung der Polizeiautorität verweigert. Das hat bei den Streifenwagenbesatzungen stets Beschimpfungen ausgelöst, die aber außer mir niemand gehört hat. Die Unterwerfungsgesten schienen für die Beamten wichtig zu sein, um sich zu vergewissern, daß ihre Autorität nach wie vor anerkannt wurde (wenn auch von einer Personengruppe, die schon zu DDR-Zeiten den untersten sozialen Rang innehatte). Die Tatsache, daß es sich bei den Zigarettenhändlern um Ausländer mit der denkbar geringsten Beschwerdemacht handelte, könnte darauf hinweisen, daß sie bevorzugte Ziele polizeilicher Interessen waren; dem stand allerdings gegenüber, daß die Polizisten fast nie gegen die Vietnamesen vorgegangen sind und zudem viele Beamte von diesen Ausländern sprachen als den "armen Schweinen, die für irgendwelche großen Fische im Hintergrund den Kopf hinhalten müssen". An diesem kleinen Beispiel läßt sich ein bekanntes Phänomen verdeutlichen, daß nämlich das Sanktionsverhalten der Schutzpolizei grundsätzlich in reziprokem Verhältnis zur Beschwerdemacht ihrer Klientel steht, d.h., je geringer der vermutete Widerstand, desto geradliniger die polizeiliche Intervention. Das bedeutet bei weitem nicht, daß alle oder gar nur diejenigen, die sich nicht wehren können, von der Polizei verfolgt werden. Es heißt aber sehr wohl, daß Polizisten in ihrem dienstlichen Umgang eine Affinität gegenüber denjenigen Personen haben, von denen sie annehmen, sie sprächen "ihre Sprache". Wäre nicht dieses erste Erlebnis gewesen,

hätte ich den Aspekt möglicherweise nicht oder nur aus dem Polizeifahrzeug heraus wahrgenommen.

Fokus der teilnehmenden Beobachtung ist in allen Varianten soziales Handeln: "Individuelles wie kollektives soziales Handeln und Verhalten tritt immer im Kontext gesellschaftlich definierter Situationen auf. Sein Ablauf ist sowohl durch die Situation wie durch deren subjektive Deutung und die Intention der Handelnden bestimmt. Beobachtung richtet sich also immer auf ein Verhalten, dem sowohl subjektiver Sinn, wie eine objektive soziale Bedeutung zukommt. Deshalb gehört zum Beobachten notwendigerweise das Verständnis oder die zutreffende Interpretation des subjektiven Sinns und der sozialen Bedeutung einer bestimmten Handlung oder Verhaltenssequenz' ". Der Objektivitätscharakter sozialwissenschaftlicher Erkenntnis besteht in dieser Sicht darin, "den Sinn sozialer Handlungen bzw. das 'Alltagswissen', vor dem gehandelt wird und welches sich nach der jeweiligen sozialen Situation richtet, darzustellen und zu deuten". Als objektiv ist demnach zu bezeichnen, was für die am sozialen Prozeß beteiligten Menschen handlungsrelevant ist.

3.3 Unstrukturierte teilnehmende Beobachtung

"Manche Autoren meinen, bei der 'unstrukturierten teilnehmenden Beobachtung' und anderen qualitativen Verfahren wäre die Validitäts- und Zuverlässigkeitskontrolle gar nicht möglich (...). Dabei wird der unstrukturierten teilnehmenden Beobachtung bzw. anderen Methoden der qualitativen Sozialforschung latent so etwas wie Unwissenschaftlichkeit vorgeworfen, was falsch ist, ganz im Gegenteil: es ist entscheidend für die Gültigkeit - und folglich auch für die Zuverlässigkeit -, daß man versucht, die empirische soziale Welt so darzustellen, wie sie für den Untersuchten (!) tatsächlich existiert. und nicht so, wie der Forscher sie sich vorstellt". In der unstrukturierten Form der teilnehmenden Beobachtung verdichten sich gleichzeitig Nachteile und Vorzüge, wobei auffällt, daß Gegner und Befürworter auf unterschiedlichen Ebenen argumentieren. Hauptargument der Gegner dieser Beobachtungsform ist die Willkür der Beobachtungsinhalte und ihre Unüberprüfbarkeit. Auf diesen Vorwurf gehen die Befürworter in der Regel nicht

Mayntz et al 1974, 87, zitiert in Lamnek 1989, 235

Girtler 1988, 35

Filstead, 1979, 33; Girtler 1988, 30

ein, sondern argumentieren, daß diese Form der Beobachtung die einzig authentische Erfassung von Lebenswirklichkeit der beobachteten Personen sei. Konsens besteht bei allen Positionsunterschieden darin, daß bei der unstrukturierten teilnehmenden Beobachtung das einzige Kontrollmittel der Forscher selbst ist, "dessen Sorgfalt ihn daran hindern soll, vermeidbare Verzerrungen anzunehmen". Welche Verzerrungen aber vermeidbar sind und welche nicht, wird wiederum allein vom Forscher wahrgenommen und bestimmt. Die unstrukturierte Form der teilnehmenden Beobachtung bietet sich m.E. am ehesten dort an, wo wenige oder gar keine Informationen über das Untersuchungsfeld vorliegen, nicht zuletzt deshalb wird diese Methode besonders in der Ethnologie verwendet. Es ist durchaus einzusehen, daß eine Methode, die vor Forschungsbeginn noch keine Struktur hat und auf Hypothesen verzichtet, flexibler auf das tatsächlich Vorgefundene reagieren kann, als eine Methode, die vorher schon die relevanten theoretischen Begriffe operationalisiert, um im Feldaufenthalt die Hypothesen testen zu können. Trotzdem ich mir diese Methode selbst zu eigen gemacht habe und nach wie vor überzeugt bin von ihrer Produktivität, erkenne ich eine entscheidende Schwäche der unstrukturierten teilnehmenden Beobachtung in ihrem quasi 'esoterischen' Charakter, der zur Gefahr für die gesamte Methode werden kann: der Forscher alleine ist es, der dem Untersuchungsgegenstand (vielleicht unbewußt) seine eigenen, persönlichen und wissenschaftlichen Kategorien quasi präsumtiv überstülpt und das Ergebnis seiner Interpretationen als 'bessere' Wirklichkeit (gegenüber den standardisiert-quantitativen Verfahren) mißversteht, ohne daß es dafür ein echtes Korrektiv gäbe. Der nicht hinwegzudiskutierende "Schwachpunkt" einer Forschung mit dieser Methode scheint die alleinige persönliche Integrität des Forschers zu sein. Schließlich liegt es nur an ihm, welche Daten und Sinneseindrücke erhoben und interpretiert, und welche unterdrückt werden. Vertreter dieser qualitativen Methode weisen auf bestehende Kontrollmöglichkeiten hin, die allerdings alle jenseits der Entscheidungssituation liegen, was zu beobachten sei.

3.4 Einige Merkmale der Forschungspraxis

Girtler 1988, 46

Vgl. Lamnek 1989, 307

Vgl. Girtler 1988, 125. In dieser Arbeit begründet er ausführlich sein Programm der unstandardisierten teilnehmenden Beobachtung und grenzt sich vehement und umfassend von standardisierten Verfahren ab.

Einige Besonderheiten und deren methodologische Konsequenzen gaben meinem Projekt einen eigenen Rahmen: zum einen hing das mit meinen eigenen Berufserfahrungen zusammen, zum anderen bezog es sich auf vorfindbare Eigenschaften des Forschungsfeldes. Schließlich werde ich drittens noch auf methodische Aspekte eingehen, die m.E. verallgemeinerungsfähig sind und eine Forschungspraxis erst konstituieren. Die Entscheidung zu einer offenen unstrukturierten teilnehmenden Beobachtung stellte mich immer aufs neue vor das Problem von Nähe und Distanz zwischen mir und der Gruppe: ich war emotional den Polizisten sehr nahe in der Form, als ich die meisten ihrer Tätigkeiten auch selbst schon gemacht habe bzw. hätte tun können und ihr Handeln mit eigenen Erlebnissen zu verknüpfen in der Lage war, zum Teil auch nur deshalb verstehen konnte. Andererseits war ich ihnen gleichzeitig sehr fern, insofern ich als 'ziviler' Forscher im Streifenwagen saß und gerade keinen Kollegenstatus hatte, weil ich mich in ihre Vorgehensweise und in deren Begründung nicht einmischte (was mir zum Teil schwerfiel). Im weiteren Verlauf meines Aufenthaltes habe ich diese Abstinenz öfter durchbrochen und diverse Hilfsfunktionen übernommen, über die ich noch berichten werde. Wenn ich auch keinen festen geographischen Platz in der Gruppe hatte, so hatte ich immerhin nach einiger Zeit einen definierten 'sozialen Ort': die Spät- und Frühdienste verbrachte ich in der Regel auf der Dienststelle, im Nachtdienst fuhr ich mit verschiedenen Besatzungen Streife. In den fortgeschrittenen Nachtstunden hielt ich mich gerne mit denjenigen, die nicht auf Streifenfahrt waren, in einem großen Arbeitszimmer auf (von dieser Regel gab es allerdings zahlreiche Ausnahmen). Als Folge der regelmäßigen Teilnahme am Arbeitsalltag dachte und fühlte ich bald ähnlich wie die Polizisten, verwendete annähernd die gleichen Stereotypen wie sie, entwickelte ähnliche Verdachtsphantasien wie sie, lachte über die meisten ihrer Witze in der gleichen derben Form etc. Ich mußte mich in den 'dienstfreien Tagen' immer wieder darauf befragen, was in der realen Situation genau passiert war und wie das mit anderen als alltagsweltlichen oder den polizei-typischen Deutungsmustern zu bearbeiten sein könnte (zu dieser 'Transzendenz' war ich normalerweise nur in 'polizeifreien' Räumen und Zeiten in der Lage). Die 'Kollegen' lohnten mir die Anstrengungen (besonders diejenige, morgens um fünf Uhr aufzustehen, um rechtzeitig zum Frühdienst zu erscheinen) mit zunehmender Offenheit und mit einer sukzessiven Aufnahme in die Gruppe. Das 'Privileg', zum Frühdienst etwas später zu kommen, habe ich deshalb schnell aufgegeben, weil damit verbunden war, daß ich mich von den Polizisten - die nicht selbst entscheiden konnten, wann sie zum Dienst kamen - distanzierte; erst als ich, genauso müde wie sie, an den

morgendlichen Dienstbesprechungen teilnahm, fühlte ich mich etwas mehr integriert. Mit dem Bemühen um möglichst vollständige Verringerung von emotionaler und kognitiver Distanzen waren jedoch auch perspektivische Verzerrungen zu riskieren, die ich (in Ermangelung einer besseren Terminologie) bezeichnen möchte als Gefahr einer selbstreferentiellen Gruppen-Wirklichkeit. Mit diesem Begriff will ich das Phänomen kennzeichnen, daß in Abhängigkeit gruppeninterner Wahrnehmungs- bzw. Kommunikationsmuster Wirklichkeitsdefinitionen zustandekommen, die mit der 'objektiven' Realität keinesfalls identisch sind.

Beispiel 4

Während eines Nachtdienstes informierte eine Anruferin die Dienststelle daß sich in einem freistehenden Einfamilienhaus zwei Männer aufhielten, "die da nicht hingehören". Diese laienhafte Beschreibung wurde vom Beamten am Notruftelefon verdichtet zu dem polizeitaktischen Begriff der 'Hausbesetzung' und so an den DGL weitergegeben. Erst einmal in die Welt gesetzt, benutzten alle Beteiligten den Begriff weiter. Unsere Streifenwagenbesatzung wurde über Funk aufgefordert, ein anderes Team, das schon vor diesem Haus wartete, bei der angeordneten Räumung zu unterstützen. Ohne zu wissen, wie dieser Begriff zustande kam, reproduzierte ich Szenen aus früheren Erlebnissen im Zusammenhang mit Hausbesetzungen (genauer gesagt: deren Beendigung, denn ich stand stets auf der 'anderen Seite'). Vorbereitung und Durchführung der Polizeiaktion richtete sich bei den Polizisten nach der Vorstellung, daß sie 'etwas Außergewöhnliches' erwarte. Es waren insgesamt sieben Beamte an der Aktion beteiligt. Die Personen, die wir vorzufinden gedachten, waren in unserem Bewußtsein a priori 'Hausbesetzer', mit allen damit verbundenen Zuschreibungen. Schließlich fanden wir auch zwei Männer, die jedoch in keiner Weise diesen Vorstellungen gerecht wurden. Es handelte sich um zwei Obdachlose, die einen eher mitleiderregenden Eindruck hinterließen. Bezeichnenderweise wurde das Label 'Hausbesetzer' auch sofort von den Polizisten fallengelassen, die Angelegenheit 'heruntergekocht' und beide Männer ohne weitere Konsequenzen des Hauses verwiesen (freilich auch ohne auf deren nun folgendes lebenspraktisches Problem erneuter Obdachlosigkeit einzugehen; der Umgang mit dieser Art von 'Problem' beschränkte sich für die Polizisten auf die sporadische Überprüfung einer Bushaltestelle, die den Männern für diese Nacht als Schlafplatz diente). In diesem Beispiel wird m.E. neben der Gefahr, sich durch gemeinsame Verfolgung von Stereotypen von der Realität zu entfernen auch deren Korrektiv deutlich: die Polizisten des Streifendienstes verfügen über eine außerordentlich hoch entwickelte

Fähigkeit zum "pragmatischen Umgang mit der Wirklichkeit". Der Pragmatismus zeichnet sich aus durch die schnelle Anpassung vorhandener Verdachtsphantasien an die tatsächlich vorgefundene Realität. Natürlich handelten sie auch aus individuellen Routinen heraus (so werden beispielsweise Verdachtsmerkmale aus der Zeit der VP weiter perpetuiert), gleichzeitig zeigten sie aber eine hohe Flexibilität im Umgang mit aktuellen Wirklichkeitsdefinitionen. Anders könnte es sich dagegen bei solchen Beamten verhalten, die auf eine bestimmte Erscheinungsform von Kriminalität spezialisiert sind und zu deren Qualifikationsmerkmalen es gehört, bestimmte Tathandlungen zu kategorisieren - mit diesem Bemühen sind nicht geringe Gefahren verbunden, auf die hier nicht näher eingegangen werden kann. Es bietet sich hier an, einmal auf die Unterscheidung zwischen dem alltagsbezogenen, praktischen Umgang mit der Wirklichkeit und dem paradigmatischen Charakter von Berufsmythen hinzuweisen: so scheint es für die Polizisten in der Regel möglich zu sein, ihr Alltagshandeln den praktischen 'Erfordernissen' durchaus anzupassen, ohne daß ihre handlungsleitenden Ideologien ihres Berufs dadurch abgeschwächt würden. Der Begriff 'Hausbesetzung' war (und blieb) im Bewußtsein der Polizisten affektiv hoch besetzt, obwohl es Wohnraum-Konflikte in der DDR nicht gab. Später habe ich einige rudimentäre Erklärungen für diese Vorstellung gefunden: die Kenntnis von Hausbesetzungen hatten die Polizisten vor allem aus dem Fernsehen, wobei die Berichterstattung über "Straßenschlachten" in Berlin-Kreuzberg und Berichte über die Situation in der Hamburger Hafenstraße ausschlaggebend für die Assoziationen waren. Hausbesetzung wurde mit Anarchie und Chaos, mit nicht mehr zu kontrollierender Anomie konnotiert. "Wenn wir das erst mal einreißen lassen", sagte ein Polizist, als wir uns später über Hausbesetzungen und die Rolle der Polizei in diesem Konflikt unterhielten, "dann tanzen die uns in einem Jahr auf der Nase herum, daß uns Hören und Sehen vergeht." Beschrieben werden sollte in diesem Beispiel u.a. die Anfälligkeit des Forschers zur Übernahme stereotyper Attribuierungen. Nun hatte ich immer wieder Gelegenheit, mich aus dem aktuell Erlebten herauszunehmen und die Szenen zu reflektieren. Das konnten die Polizisten in der Regel schon deshalb nicht, weil sie in einen zeitlich relativ dichten Arbeitsrythmus eingebunden waren.

3.4.1 Vertrauensgewinnung

Feldforschung in Subkulturen ist genauso spannend wie schwierig; das ist zumindest der Tenor der gängigen Literatur zu diesem Genre der Sozialforschung. Der 'Klassiker' der unstrukturierten teilnehmenden Beobachtung, William F. Whyte, hatte zu Beginn seiner Forschung erhebliche Zugangsprobleme zur "Street corner society"

und verbrachte lange Zeit ausschließlich mit dem Ausschöpfen von Möglichkeiten zur Vertrauensbildung. Girtler berichtet ebenfalls von langen und schwierigen Annäherungsprozessen bei seinen Forschungen mit Kriminellen und Zuhältern, aber eben auch mit Polizisten in Wien. Insoweit glaubte ich mich durch Literaturstudium auf die eigene Ungeduld in diesem Stadium des Forschungsprozesses vorbereitet zu haben. Die Praxis zeigte sich aber in dieser Hinsicht schwieriger als vermutet. Nach meiner Einschätzung unterscheidet sich heute noch qualitative Sozialforschung in Gesellschaften mit 'westlich-liberaler' Tradition von der in einem ehemals 'real-sozialistischen' Land mindestens in einem wesentlichen Merkmal: Mißtrauen und Unsicherheit, Abschottung und Subversion, Tarnung und Enttarnung, Bespitzelung und Geheimniskrämerei, 'öffentliche' und 'private' Identität der Menschen sind im ersten Fall möglicherweise Kennzeichen einzelner Subkulturen, im zweiten Fall waren es strukturelle Bestimmungsgrößen einer ganzen Gesellschaft (K.O. Hondrich faßt dieses zusammen als das "Strukturprinzip Falschheit"). Während es bei der Subkulturforschung in westlichen Ländern mindestens noch eine 'Außenwelt' um die erforschte Gruppe herum gibt, die mittels normativer Standards die Minorität erst 'produziert' (stets jedoch definiert), fehlte diese 'normative Umwelt' in der DDR-Gesellschaft völlig. Aus der Sicht der Akteure heißt das: Mitglieder von Subkulturen haben in der Regel ein - wenn auch vielleicht unklares - Bewußtsein davon, daß sie 'anders' sind als der Rest der Gesellschaft. In der DDR war es diese Gesellschaft, also die Majorität, die diesen Zwängen unterlag, und es konnte sich diesen Zwängen niemand ganz - wenigstens nicht legal - entziehen. Das Phänomen der 'vollkommenen Teilung des Lebensalltags' in eine öffentliche und eine private Haltung, hatte wahrscheinlich den weitaus größten Teil der Bevölkerung der DDR erfaßt und wurde quasi 'staatstragendes' Prinzip. Nach meiner Ansicht haben sich auch die Anpassungsmechanismen in gleichem Maße mitentwickelt, so daß es unrealistisch wäre zu denken, innerhalb relativ kurzer Zeit könnten die Menschen die erworbenen Anpassungs-Techniken einfach ablegen. Immerhin handelte es sich dabei um Adaptionen von Individuen an ein gesellschaftliches Prinzip. Und in dieser Sicht hat die DDR-Bevölkerung etwas ganz verständliches getan, nämlich, sich mit den herrschenden Verhältnissen arrangiert und sich den erwarteten Anforderungen angepasst (gleiches geschieht im übrigen im Moment wieder, lediglich unter anderen Vorzeichen und durch die Tatsache erschwert, daß Neu-Lernen nicht langsam eingeübt werden kann, sondern ohne

Girtler 1988, 97 ff.

Hondrich 1991

Rücksicht auf individuelle Unterschiede geschieht. Der sichere Eindruck aus vielen Gesprächen (nicht nur mit Polizisten) wird praktisch durch die gesamte dazu erschienene Literatur bestätigt. Viele der früheren Restriktionen und Zwänge sind zwar seit der 'Wende' entfallen, jedoch scheinen sich die lebenslangen Erfahrungen habituell so stark verfestigt zu haben, daß eine differenzierte Auseinandersetzung mit den Vorzügen, aber auch den individuellen Risiken größerer sozialer, ökonomischer, psychischer und schließlich intellektueller Bewegungsfreiheit nur sehr langsam und mit vielen Hemmnissen verbunden ist. Auf diese Erfahrungen stützt sich folgende methodische Modifikation: Teilnehmende Beobachtung in ehemals geschlossenen Gesellschaften muß ein deutlich stärkeres Gewicht (d.h. forschungspraktisch: mehr Zeit) auf das Herstellen einer angstfreien Atmosphäre legen, als das von 'offenen' Gesellschaften angenommen wird. Für sie mag gelten, daß es recht schnell gelingt, die Neugier der Beobachtungspersonen zu erwecken. In meinem Untersuchungsfeld war eine solche Neugier lange Zeit überhaupt nicht zu spüren, was allerdings angesichts der umfassenden Orientierungsschwierigkeiten verständlich ist. Ich lebte während des Fortgangs des Projekts andauernd in der Gefahr, daß das mit einigem emotionalem Aufwand zurückgedrängte Mißtrauen wieder aufbricht, ein Umstand, der - wie auch Girtler bestätigt - während der gesamten Untersuchung nicht verschwand.

Eine weitere unbequeme Begleiterscheinung zeigte sich in der ständigen Antizipation möglicher Grenzüberschreitungen oder Mißtrauen erweckenden Verhaltens, was meine Unbefangenheit gerade am Anfang der Forschung nicht unerheblich einschränkte.

3.4.2 Rollenkonflikte

Unter dem Begriff 'Rollenkonflikt' sind im allgemeinen Anpassungsprobleme einer Person in einer Rollenbeziehung zu verstehen, "in der ihr die Erfüllung logisch und/oder moralisch unvereinbarer Erwartungen hinsichtlich ihres Verhaltens abverlangt wird". Erweitert wird dieses Verständnis um den Aspekt wider-

Vgl. hierzu insbesondere Anonymus (1989); Bialas (1991); Büchner (1991); Diestel (1990); Fabricius (1991); Hammann/Strohmeyer (1991); Harnischmacher (1990); Keupp/Wirth (1991); Maatz (1990, 1991); Metkemeyer (1991); Misselwitz (1991); Mitter/Wolle (1989); Moser (1991); Niethammer (1988); Schwandt (1990); Schriftenreihe der Polizeiführungsakademie (1991); Zimmerling (1989).

Girtler 1988, 98

Fuchs et al 1978, 655

streitender intrapersonaler Gefühle (möglicherweise als Folge der vollständigen Internalisierung von fremden Rollenerwartungen): Während meiner Beobachtungszeit habe ich einige Situationen miterlebt, die in mir stark ambivalente Reaktionen erzeugten (regelmäßig handelte es sich um Szenen, in denen Menschen schwer verletzt bzw. getötet wurden). Einerseits war da meine 'wissenschaftliche Neugier': ich wollte erfahren wie solche Szenen von den Polizisten verarbeitet werden, wie sie in der konkreten Situation handeln etc., andererseits war ich von der konkreten Szene auch unmittelbar persönlich betroffen und wollte 'etwas tun', um das Erlebte nicht passiv über mich ergehen lassen zu müssen. Die Forderung nach Selbstreflexivität war in solchen Momenten extrem schwer einzulösen. Nach meiner Überzeugung tut der Beobachter, der im Forschungsverlauf mit solchen Extremsituationen konfrontiert wird, gut daran, für kurze Zeit seine kognitive Distanz aufzugeben und sich ohne künstliche Zurückhaltung mit der aktuellen Szene auch emotional auseinanderzusetzen (Alfred Schütz rät dazu, daß der Beobachtende zumindest zeitweise seine wissenschaftliche Stellung aufgeben soll, um seinen Kontakt mit der untersuchten Gruppe als "ein Mensch unter Mitmenschen" zu verwirklichen. Er kann das nach meinem Dafürhalten tun, weil er nichts anderes erlebt, fühlt und denkt als die anderen Beteiligten auch. Es sollte ihm lediglich gelingen, nach dem unmittelbar sinnlichen Erleben einen reflexiven Raum herzustellen, um das, was da passiert ist, noch einmal 'in Ruhe' durchzugehen. Nach meinem Verständnis gehört es zu den Vorzügen der Methode einer unmittelbaren Anteilnahme am Alltagserleben der Menschen, daß man in derselben Szene auch eine ähnliche emotionalen Verstrickung mit dem Erlebten zuläßt und anschließend, quasi als Delegierter der anderen Beteiligten versucht, das Erlebte hermeneutisch zu rekonstruieren und 'offen' (also unchiffriert) zu beschreiben.

Beispiel 5

In einem Nachtdienst wurde die Streifenwagenbesatzung zu einem Verkehrsunfall zwischen einem Pkw- und Mopedfahrer gerufen. An der Unfallstelle eingetroffen sahen wir, daß ein Mensch auf der Straße lag, der offensichtlich verletzt, aber noch bei Bewußtsein war. Ich hätte zwar einerseits gerne beobachtet, wie die beiden Polizisten mit der gesamten Situation umgehen, dazu hätte ich mich allerdings an den Straßenrand stellen und distanziert zusehen müssen. In dieser Szene habe ich mich aber gedrängt gefühlt, meine professionelle Rolle aufzugeben und selbst zu agieren. So habe ich mich mit dem auf der Straße liegenden Mann beschäftigt, wäh-

rend meine zwei 'Kollegen' Verkehrsregelung und Beweissicherung übernahmen. Diese informelle Arbeitsteilung ergab sich übrigens ohne ausdrückliche Absprache. Gleichwohl hatte ich den Eindruck, die Polizisten seien froh gewesen, daß sich jemand um den Verletzten kümmerte. Diese Aufgabe ist denkbar ungemütlich, weil sie ungeschminkt die eigene Ohnmacht offen legt: es gibt keine Möglichkeit, irgend etwas zu tun (der Mensch hatte eine offene Oberschenkelfraktur, die nur durch professionelle Helfer behandelt werden konnte, mir blieb nichts anderes, als bei ihm zu sein). Wir verarbeiteten anschließend im Streifenwagen das Erlebte durch wiederholtes Reproduzieren einzelner Details und vor der übrigen Dienstgruppe erzählten wir in dieser Nacht 'unsere' gemeinsame Story.

3.4.3 Assimilation und Initiation

Innerhalb der Feldforschung werden üblicherweise mehrere Phasen beschrieben, die der Forscher in der Auseinandersetzung mit den beforschten Menschen durchläuft. So schloß sich nach Chaos, Annäherung und Orientierung eine Phase des Zusammenwachsens und der Vereinigung mit der Dienstgruppe an, die vor allem gekennzeichnet war durch unterschiedliche Initiationshandlungen. Der eigentlich aus der Ethnologie stammende Begriff der Initiation beschreibt ursprünglich die Aufnahme von (meist jüngeren) Menschen in eine soziale Gruppe (z.B. die der erwachsenen Männer einer

Dorfgemeinschaft) unter Beachtung vorgeschriebener Riten. Weinberg/Williams definieren zwar nicht, was sie unter 'Initiation' verstehen. Sie sagen lediglich: "In dieser Phase erlebt sich der Forscher wieder als Objekt, das ständig von den beobachteten Personen hinsichtlich zahlloser Dinge getestet wird, besonders hinsichtlich der Art, inwieweit er die beobachteten Personen akzeptiert". Unter Initiationshandlungen sollen hier verstanden werden diejenigen sozialen Akte, die den Zugang eines Individuums zu einer bestimmten sozialen Gruppe reglementieren. Je nach Ritualisierungsgrad kann es sich dabei um einen einmaligen Akt oder um mehrere Prüfungsfolgen handeln. Je nach Kohäsionsgrad kann die ganze Gruppe an dem Verfahren beteiligt sein oder nur Teile von ihr. Durch das Ritual stellt der Prüfling die Anerkennung der geltenden Gruppenregeln und bestehender Hierarchien öffentlich dar. Die Gruppe erkennt den Kandidaten nach vollzogener Prüfung als vollwertiges Mitglied an. Meine Bezugsgruppe unterzog mich mehreren kleinen Prüfungen. Darüber hinaus hatte ich bei fast jeder Streifenwagenbesatzung noch einmal zu zeigen, daß ich mich als 'würdig' erwies, von ihnen als Kollege behandelt zu werden, so daß ich mit einigen Teams schon nach kurzer Zeit relativ vertraut war, während ich anderen Gruppenmitgliedern während des gesamten Aufenthalts ziemlich distanziert gegenüberstand.

3.4.3.1 Initiationsverfahren

Die Tests zielten vor allem auf meine Kompetenz und Legitimation als "Kollege" ab

Hans Bosse (1990) beschreibt mit einem ethnoanalytischen Ansatz u.a. Initiationsrituale und Jugendmythen in Papua Neuguinea. Das Interessante daran scheint mir zu sein, daß er eine Verbindung von soziologischer und sozial-psychologischer Fragestellung und Methode darstellt, wobei er hermeneutisch insbesondere die nicht-sprachlichen, intentional-expressiven Anteile fokussiert. Es wäre eine reizvolle Aufgabe, unter dieser Perspektive auch einmal Gruppenphänomene in der Polizei zu untersuchen.

Weinberg/Williams, in: Friedrichs 1973, 93

Der Aspekt der expressiven Anerkennung von Gruppennormen sagt noch nichts über die innere Haltung des Kandidaten aus; in Gesellschaften, die die Partizipation des Einzelnen in einer Vielzahl von Gruppen duldet oder gar voraussetzt, könnte es häufiger vorkommen, daß der Zutritt vom Kandidaten selbst gewünscht wird und die Initiation in die Nähe eine Bewerbung rückt, während Ethnologie und Kulturanthropologie häufig Initiationsrituale beschreiben, die den Prüflingen eine individuelle Entscheidung bzw. einen Einfluß auf die Handlung selbst nicht erlauben.

(mit diesem Label konnten die Polizisten verständlicherweise wesentlich besser umgehen, als mit dem des Studenten). In einer ersten wurde meine Reaktion auf eine relativ rasante Fahrt mit Sondersignalen im Streifenwagen getestet. In einer zweiten "Test-Situation", bei der ich eine Besatzung zur Aufnahme eines Einbruchdiebstahls begleitete, mußte ich die sichere Handhabung und Trageweise einer Maschinenpistole (MP) unter Beweis stellen. Ein dritter, weniger leicht zu bewältigender Komplex waren Prüfungen im Zusammenhang mit strittigen Rechtsfragen. Häufig wurde ich zur Stellungnahme aufgefordert, wenn im Kollegenkreis wieder einmal Streit um die Interpretation eines Tatbestands bzw. um Existenz oder Auslegung einer Rechtsnorm entstand. Solche Situationen erzeugten regelmäßig folgendes Dilemma: entweder ich wußte die Frage schlichtweg nicht zu beantworten (in diesem Fall verlor ich fachliche Reputation) oder ich wußte eine Antwort, wollte aber nicht die Rolle des schulmeisterlichen West-Kollegen (des sog. 'Besser-Wessi') übernehmen. Ich habe solche Konflikte mehr oder weniger aufrichtig zu umgehen versucht, indem ich grundsätzliche und komplexe Sachverhalte sehr zurückhaltend, immer im Konjunktiv und stets relativierend kommentiert habe. Marginalien (z.B. die Ziffer des Diebstahlsparagraphen) konnte ich dagegen direkt sagen, ohne andere damit bloßzustellen. In ähnliche Bedrängnis geriet ich, wenn ich aufgefordert wurde, aus meiner eigenen Praxis zu erzählen oder zu schildern, wie ein "West-Polizist" dieses oder jenes konkrete Problem gelöst hätte. Ich war dann bemüht, nicht aus dem eigenen 'Nähkästchen' zu plaudern, sondern unterschiedliche Diskussionsrichtungen darzustellen und / oder die Entwicklung einer heute herrschenden Auffassung zu einem bestimmten Thema zu rekonstruieren. Beispielsweise wurde ich gefragt, welche taktischen Maßnahmen nach meiner Meinung bei einem Bank-Alarm zu ergreifen seien. Ich habe diese Frage mit der Darstellung von Auffassungen der früheren und heutigen Polizeipraxis sowie mit Argumenten der kriminalistischen und kriminologischen Literatur beantwortet, ohne mich dabei zu sehr auf die Polizistenrolle festzulegen.

Als "Bank-Alarm" wird bezeichnet, wenn bei einer Einsatzzentrale der Polizei ein Alarm-Signal, das direkt zwischen Bank und Polizei geschaltet ist, ausgelöst wird. In der Regel weiß die Polizei noch nicht sofort, ob es sich dabei um eine technische Störung oder um einen wirklichen Überfall handelt. Deshalb wird jede Alarm-Meldung von einer Streifenwagenbesatzung überprüft (parallel dazu haben sich bei den Polizeien der alten Bundesländer flankierende Überprüfungsmaßnahmen etabliert, deren Ziel es ist, den Verdacht so früh wie möglich zu verifizieren, nicht zuletzt um die Gefährdung für alle Beteiligten zu reduzieren).

Hinter dem durchaus vorhandenen sachlichen Interesse an meiner Meinung stand immer auch die Anfrage, ob ich 'überhaupt mitreden konnte'. Diese Form der Befragung hätte ich als Nicht-Polizist nicht bestehen können, gleichwohl mußte ich auch bemüht sein, nicht auf die Polizistenrolle 'festgenagelt' zu werden. Gerade im Zusammenhang mit dem Banküberfall-Thema legte ich aber meine Forscherrolle wieder einmal kurz beiseite, weil mir deutlich wurde, wie existentiell diese Frage die Ängste der Polizisten berührte. Ich fühlte mich hierbei als 'normaler' Gesprächspartner gefordert, der seriöse Diskussionsbeiträge zu Überlegungen im Zusammenhang mit der individuellen Sicherheit geben konnte. Insgesamt, so glaube ich heute, hat das mein Verhältnis zur Gruppe verbessert, ohne daß das Forschungsziel in Frage gestellt wurde. Neben den immer wieder eingestreuten Initiationsveranstaltungen war diese Phase auch gekennzeichnet durch relativ offene Gespräche, vornehmlich in den vorgerückten Nachtdienststunden. Im Laufe der Zeit fiel ich nicht mehr als Fremdkörper auf. Immer öfter und immer selbstverständlicher wurde ich zu kleineren Hilfsdiensten herangezogen (z.B. mußten während eines Frühdienstes von zwölf Festgenommenen Blutproben genommen werden; ich habe dabei die Venülen beschriftet, weil alle Bediensteten mit anderen Dingen beschäftigt waren; häufig habe ich auch Polizisten bei der Kontrolle der Haftzellen begleitet. Die Tatsache, daß ich Zivilkleidung trug, alle anderen aber Uniform, hat im übrigen weniger gestört, als ich zunächst vermutete. Ein Polizist bemerkte einmal: "es ist gut, daß wir Dich dabei haben, dann denken die Leute, wir hätten auch einen Kollegen von der "K" dabei ("K"= Kriminalpolizei).

3.4.3.2 Verwertungsängste und das Problem des Verrats

Ein weiteres sicheres Zeichen der Assimilation war, daß sich die 'Verwertungsängste' der Dienstgruppe gegenüber meiner Arbeit nun nicht mehr gegen mich richteten, sondern gegen die Vorgesetzten. Sie glaubten mir jetzt, daß ich sie nicht 'in die Pfanne hauen' würde, gaben aber zu bedenken, daß die Vorgesetzten

Das kann vor allem daran gelegen haben, daß man in der früheren DDR den sog. "Freiwilligen Helfer" als ziviles Unterstützungsorgan der Volkspolizei gekannt hat. Diese Helfer waren in erster Linie "Hilfswillige" für die sog. 'Abschnittsbevollmächtigten' (ABV), fuhren aber auch ab und an mit regulären Streifenbesatzungen mit. So war der Anblick von Uniform und Zivil sowohl den Polizisten als auch der Bevölkerung vertraut. Ich mußte denn auch von den insgesamt mehr als 20 unterschiedlichen Kontakten mit der Bevölkerung nur zweimal erklären, wer ich sei und welche Funktion ich habe.

bestimmt aus meinen Aufzeichnungen Dinge herauslesen könnten, die sie gegen die Dienstgruppe oder einzelne Mitglieder ausspielen könnten. Neben der Gewißheit, daß sich die Vorgesetzten überhaupt für meine Arbeit interessierten (und zwar ausschließlich unter Kontrollgesichtspunkten), fielen an dieser Haltung zwei weitere Komponenten auf: einmal traute mir die Dienstgruppe nicht zu, mich 'erfolgreich' gegen den Zugriff der Vorgesetzten zu verteidigen und gleichzeitig den Schutz der Gruppe vor dem Zugriff der Vorgesetzten zu gewährleisten. Natürlich war dabei auch meine 'Stärke' und Überlegenheit angefragt. Zum anderen machte diese Argumentation die fatalistische Einstellung deutlich, die Vorgesetzten würden doch alles 'herausbekommen', was sie wollten und verwendeten alles, was sie fänden gegen die Nachgeordneten. Von dieser resignativen Haltung ging etwas Lähmendes aus, was sich zeitweise auf mich übertrug. In Gesprächen mit diesen 'angstauslösenden' Vorgesetzten habe ich allerdings den Eindruck gewonnen, daß sie weder Absicht, Zeit noch Vermögen hatten, meine Arbeit als Kontroll- und Disziplinierungshilfe zu nutzen.

4. Suche nach neuem Selbstverständnis

Die Spurensuche nach einem neuen Selbstverständnis der Polizisten bliebe unvollständig, wenn sie erst nach dem Einigungsvertrag beginnen würde. Nicht erst die Übernahme bundesdeutscher Organisationsmuster hat zu der Notwendigkeit einer Neudefinition geführt, vielmehr schien es eine 'Aufbruchstimmung' schon in der Volkspolizei der DDR gegeben zu haben, was freilich für Außenstehende in keiner Weise zu erahnen war.

So ist nicht bekannt, wie lange es in der VP schon 'gebrodelt' hat und in welchem immanenten Zusammenhang einzelne Entwicklungsschübe zueinander standen - ob beispielsweise der Einfluß des MfS deshalb zurückgedrängt wurde, weil es andere, stärkere Kräfte gab oder ob diese Kräfte sich erst entwickelten, nachdem das MfS an Autorität gegenüber der Organisation "Polizei" eingebüßt hatte. Viele Fragen sind noch offen, einige wenige Zusammenhänge bereits dokumentiert.

4.1 Neuorientierung und Aufbruch

Von elementarer Bedeutung für die Polizisten bei der Suche nach ihrer neuen beruflichen Identität war, schon vor der 'Wende', die Emanzipation der Volkspolizei vom MfS, dessen Omnipräsenz und Omnipotenz immer weniger Entschei-

dungsrelevanz für das Selbstbild der Polizisten bekam. Die Rekonstruktion von Ursache und Wirkung war zwar nicht mehr möglich, historisch scheint die zunehmende Loslösung der VP vom MfS jedoch tatsächlich stattgefunden zu haben, möglicherweise erst zu einem Zeitpunkt, zu dem für einige Strategen in der Polizei schon abzusehen war, daß der politische Einfluß des MfS zunehmend geringer wurde. Im Oktober 1989 kam es zu spektakulären Einsätzen und ungesetzlichen Aktionen durch die Volkspolizei im Zusammenhang mit den Demonstrationen zum 40. Jahrestag der DDR. Namentlich aus Berlin, Dresden, Leipzig, Karl-Marx-Stadt, Plauen, Potsdam, Halle und Arnstadt wurden Übergriffe der Sicherheitskräfte und massenhafte Festnahmen gemeldet. Höhepunkte der Auseinandersetzungen waren Massenfestnahmen von fast 600 Demonstranten im Anschluß an eine Veranstaltung in der Gethsemanekirche in Berlin am 7. und 8. Oktober 1989. An diesen beiden Tagen verlor die Volkspolizei umfassend an Ansehen, man ist versucht zu sagen, sie verlor dort den letzten Rest ihres Ansehens in der Bevölkerung. Die Einsätze, die vom Minister für Staatssicherheit, Erich Mielke, persönlich verantwortet wurden, führten nicht nur bei der Polizei-Führung, sondern bei allen Dienstgraden zu erheblicher Unruhe und drängenden Anfragen über das eigene Selbstverständnis und leitete auf breiter Ebene einen Prozeß des Umdenkens ein. Die Polizisten 'meiner' Dienstgruppe waren davon überzeugt, daß für die Übergriffe "Stasi-Leute in Polizeiuniformen" verantwortlich gewesen seien (die Authentizität dieser Vermutung ließ sich nicht mehr überprüfen; fest scheint allerdings zu stehen, daß es während der Oktober-Auseinandersetzungen eine enge Zusammenarbeit zwischen VP, der NVA und dem MfS, besonders mit dem MfS-Wachregiment "F.E. Dzierzynski" gab). Auch sprach man bei der Dienststelle davon, daß die Angehörigen des MfS über Uniformen der VP und der NVA sowie der Betriebskampfgruppen - also aller bewaffneten Organe - verfügten.

Ob es sich ausschließlich um kollektive Projektion der eigenen Schuldanteile an den gewalttätigen Auseinandersetzungen auf 'die Stasi' oder tatsächlich um verdeckte

Vgl. zur Entwicklung und Eskalation der Ereignisse im Zusammenhang mit dem 40. Jahrestag der DDR ausführlich: Ministerium für Innere Angelegenheiten in der gesellschaftlichen Erneuerung 1990, 11 ff sowie annähernd identisch als Anonymus: Der Versuch einer kritischen Selbstdarstellung und Bewertung des Verhaltens der Volkspolizei im Herbst 1989 in: Die Polizei, 10/1990: 257-262.

Nachweislich in Dresden am 6.10.89 - vgl. Anonymus 1990, 15

Dokumentiert mindestens für den 8.10.89 in Berlin (vgl. Anonymus 1990, 16)

Aktionen des MfS handelte, ist hier weniger erheblich. Wichtiger scheint in diesem Zusammenhang zu sein, daß es im Bewußtsein der Polizisten ein personifizierbares 'Böses' gab, mit dessen Hilfe die jüngste Geschichte der VP bearbeitet wurde. Insgesamt empfanden die Polizisten die Ereignisse, die sich in der Hauptstadt abgespielt hatten, als "Schande für die Volkspolizei". Es entsprach durchaus nicht dem Selbstverständnis der Beamten, gegen das Volk aufzumarschieren. Einer sagte: "Zum Glück gab es bei uns in der Stadt so etwas wie Verhaftungen bei Demonstrationen nicht" (es ist aber relativierend hinzuzufügen, daß es in dieser Stadt auch keine nennenswerten Aktivitäten im Vorfeld des 40. Jahrestages gegeben hat (von einzelnen Ausnahmen, wie der gleich zu schildernden, abgesehen).

Es war festzustellen, daß das letzte große Aufbäumen des Systems gegen die eigene Bevölkerung es den Polizisten sogar erleichtert hat, sich von der Tradition der Volkspolizei zu lösen. Ein älterer Beamter sagte dazu: "Damals, als ich die Bilder aus Berlin und Dresden gesehen habe von den Krawallen und so, da habe ich mich geschämt, Polizist zu sein. Das waren doch gar keine West-Agenten, das waren doch Bürger, die da demonstriert haben. Und die Stasi ist doch gegen das eigene Volk aufmarschiert; und die Polizei ist mit der StaSi mitgelaufen". Zur offenen Rebellion waren die wenigsten Polizisten sozial weder bereit noch psychisch in der Lage. Viele verfolgten jedoch mit Genugtuung, daß der Mißbrauch 'ihrer Volkspolizei' für Einsätze gegen das Volk von der Staats- und Parteiführung immer weniger zu leugnen und zu verheimlichen war und daß damit Loslösungsprozesse begannen, an die noch vor kurzer Zeit niemand von ihnen zu denken gewagt hätte. Die von mir untersuchte Stadt stand zwar nie im Rampenlicht der Freiheitsbewegung, hatte aber auch ihre Opposition und ihre Demonstrationen. Ich bin auf ein Ereignis gestoßen, auf die Polizisten dieser Stadt richtiggehend stolz waren (gleichzeitig verdeutlicht es, was unter dem Begriff "Sicherheitspartnerschaft" zu verstehen war, nämlich eine Kooperation zwischen Polizei und Demonstrationsveranstaltern (i.d.R. aus dem Spektrum der evangelischen Kirche oder des Neuen Forums), um den "geordneten" und konfliktarmen Verlauf von Demonstrationen zu garantieren).

Beispiel 6

In den ersten Dezembertagen 1989 beobachtete der Fahrer eines städtischen Linienbusses, wie im Hof der MfS-Bezirksleitung ein LKW beladen wurde; er vermutete, daß MfS-Angehörige Akten verschwinden lassen wollten und informierte über CB-Funk seine Kollegen, die dann gemeinsam mit mehreren Linienbussen die Zufahrt des Gebäudes blockierten. Diese Information ging an die Teilnehmer einer zeitgleich ablaufenden, angemeldeten Demonstration in der Stadt, worauf sich die

Menschen spontan zur MfS-Dienststelle begaben. Der Einsatzleiter der Polizei sicherte - wie er sagte, erstmals ohne Anweisung seiner vorgesetzten Dienststelle - diesen neuen Demonstrationszug mit Verkehrskräften ab. Als die Menschen vor dem Gebäude angekommen waren, schossen MfS- Mitarbeiter aus dem Innern mit Tränengasgranaten in den Demonstrationszug. Polizisten organisierten daraufhin Erstversorgung und Abtransport von Verletzten und stellten sich im übrigen offen auf die Seite der Demonstranten (indem sie u.a. die MfS-Angehörigen über Lautsprecher aufforderten, die Attacken zu unterlassen). Das brachte ihnen - nach den Schilderungen der Polizisten - offenen Beifall ein. Man kann sich leicht die Genugtuung vorstellen, die die Polizisten empfunden haben mußten, als ihre Maßnahmen öffentlich gelobt wurden - und zwar von Menschen, die ansonsten ein eher distanziertes Verhältnis zur Polizei hatten.

Die Beamten waren augenscheinlich geradezu dankbar für diesen Einsatz. Er bot ihnen immerhin die Chance, sich wieder als 'Polizisten des Volkes' zu verstehen und zusätzlich, am Prozeß des Umbruchs aktiv teilzunehmen. Für viele Menschen bot sich ja wenigstens in der letzten Phase der DDR die Möglichkeit, sich an der politischen Entwicklung der Nation aktiv zu beteiligen. Man marschierte, malte Transparente, diskutierte, spürte Solidarität. Die Polizisten konnten nicht einmal das. Die Teilnahme an Demonstrationen war ihnen streng verboten (immerhin war es bis fast ganz zum Schluß der Klassenfeind, der da aufmarschierte), außerdem habe ich aus den Gesprächen den Eindruck gewonnen, daß die Polizisten nicht zu den politisch Hochmotivierten zählten. Das war auch verständlich: immerhin kannten sie aus eigener Praxis den Unterschied zwischen Anspruch und Wirklichkeit, gleichzeitig waren sie aber mehr als andere darauf eingeschworen, nach außen völlige Übereinstimmung und Loyalität mit der Partei zu demonstrieren. Sie konnten aus ihrer Perspektive auch nicht einschätzen, wie sich die Transformation der DDR-Gesellschaft gestalten würde, welche Rolle dabei die Polizei spielen und wie es deren Bediensteten ergehen würde.

4.1.1 Neue Unsicherheit

Ein leitender Polizist bezeichnete die heutige Lage für viele Polizisten als 'Vakuum': zwar sei die Bevormundung durch das MfS entfallen, das frühere Recht (das durchaus handlungssichernde und verhaltensregulierende Funktion hatte) aber auch. Im Zustand der Unsicherheit müssen heute die Polizisten versuchen, ihren Aufgabenbereich neu zu bestimmen: während das früher die SED und das MfS übernommen hatten, soll sich die neue Polizei von anderen als Vollzugsaufgaben wesentlich deutlicher abgrenzen. Eine mögliche Handlungssicherheit wird zusätzlich

dadurch erschwert, daß die Polizisten sich unter neuer Beobachtung durch den West-Berater sehen, dessen Entscheidungsmaßstäbe sie noch weniger durchschauen als die meisten der früheren MfS und SED-Aktivitäten. Daraus entwickelte sich für die Polizisten eine "doppelte Unsicherheit": sie bezog sich darauf, daß das Terrain, das die VP in einem langen Entfremdungsprozeß zur Bevölkerung verloren hatte, nach der 'Wende' noch nicht zurückgewonnen werden konnte (man ist eben nicht mehr 'Volks'-Polizei), es fehlte aber auch der stabile Rückhalt durch die Vorgesetzten. Im Verhältnis zur Bevölkerung schien sich diese Unsicherheit in einem 'informellen Kontrollmoratorium' zu zeigen: die Polizisten sahen von präventiven Kontrollmaßnahmen nahezu vollständig ab (dies kann ich aber seriös nur für diejenigen Streifenwagenbesatzungen sagen, die ich selbst begleitet habe, ich will nicht ausschließen, daß die Zurückhaltung auch mit mir zu tun hatte, obwohl man das stets vehement verneinte und auf die fehlende Überprüfungsmöglichkeiten wie Fahndungscomputer etc. verwies; es gab aber sehr wohl Polizisten, die weiterhin Kontrollen durchführten, wenn auch innerhalb eines fest definierten Rahmens: so führte z.B. eine Verkehrsüberwachungseinheit nach wie vor Geschwindigkeitskontrollen durch; hier galt das Moratorium sicher nicht, jedoch war gerade der Bereich des Straßenverkehr ein Gebiet, das sowohl für die Polizisten als auch für die Bevölkerung von geradezu 'systemunabhängiger' Relevanz zu sein schien). Früher war klar, daß Entscheidungen nicht an der Basis gefällt, sondern "von oben nach unten durchgestellt" wurden. Das hat zwar zu nahezu gänzlicher Entmündigung der Polizisten auf der Ausführungsebene geführt, beinhaltete auf der anderen Seite jedoch klare und eindeutige Verhaltensanforderungen. Heute soll nach modernen Polizei-Führungsgrundsätzen von den Beamten am Geschehensort die Entscheidung über das, was sie zu tun gedenken, weitgehend eigenverantwortlich getroffen werden, und das macht unsicher. Unterstützung oder gar Deckung durch Vorgesetzte ist heute nicht mehr selbstverständlich, zumal diese einem weit höheren "Selbstdarstellungs- und Legitimationsdruck" unterliegen als die Basis - immerhin fühlen sich nicht wenige von ihnen aufgefordert, ihr demokratisches Bewußtsein unter Beweis zu stellen und in dieser Hinsicht vielleicht auch "mehr gutzumachen" als die Polizisten in weniger exponierten Positionen.

4.2 Gesellschaftlicher Wandel und Identitätskrisen

Ein Leben ohne Vergangenheit ist (auch) den Polizisten nicht möglich, zumal ihre VP-) Uniformen, die sie zur Zeit meines Aufenthaltes noch trugen, sie täglich daran erinnerten. Erschwerend wirkte außerdem, daß die meisten stabilisierenden gesell-

schaftlichen Faktoren, die bislang identitätsstiftend waren, nicht nur weggefallen, sondern viele davon heute ausdrücklich inkriminiert sind (so sind Artikulationsmöglichkeiten für diejenigen, die nach wie vor an die Idee des Sozialismus glauben, heute denkbar ungünstig). Damit nähere ich mich einem der zentralen Probleme: in zahlreichen Metaphern und Variationen kam zum Vorschein, daß es eigentlich um Fragen der Erhaltung von personaler und sozialer Identität ging, häufig konkretisiert in der Antinomie von Sicherheit und Verlust (Bewahren oder Verlieren von Identität). Die Frage einer Bewahrung von Identität im Prozeß des gesellschaftlichen Umbruchs wurde schon mehrmals implizit aufgeworfen. Letztlich ist für meine Fragestellung der Begriff "Identität" mit dem des Selbstverständnisses eng verwandt, wenn auch die theoretischen Konzepte eine weit ausdifferenziertere Begrifflichkeit anbieten.

Im Mittelpunkt traditioneller Identitätstheorien steht in der Regel das sich entwickelnde Individuum, welches in eine Gesellschaft 'hineinwächst'(bzw. sozialisiert wird). Dabei scheinen im allgemeinen Wachstums- und Reifeprozesse beim Einzelnen, statische Elemente (Kultur, Normen, Konventionen) dagegen bei den ihn umgebenden Gesellschaftsstrukturen zu liegen. Unter diesen Umständen müßte man für die Situation der Bevölkerung in den neuen Bundesländern geradezu von einer Umkehrung dieses Modells sprechen: Hier wurde eine gesamte Bevölkerung, unabhängig von individuellen Dispositionen und Entwicklungsstadien, plötzlich mit einem rasanten gesellschaftlichen Wandel konfrontiert, den sie zwar möglicherweise selbst initiiert hatte, dessen spätere Dimensionen sie jedoch weder erahnen noch seinen Verlauf insgesamt beeinflussen konnte. Die sozialen und ökonomischen Bedingungen in den neuen Bundesländern scheinen sich schneller zu verändern, als die Menschen psychisch mitzuvollziehen in der Lage sind (hierzu gibt es mittlerweile genügend Literatur, nicht nur den 'Gefühlsstau' und die nachfolgenden Schriften von Joachim Maaz; die Fachzeitschrift 'psychosozial' widmete im übrigen Heft I/1991 dem Thema "Abschied von der DDR"); es geht jetzt "um erneuerte Selbstdefinition in einem rasanten Veränderungsprozeß von Lebenswelt und Ich. Es geht um Identitätswandel und Versuche relativer Stabilisierung, es geht um ein Herausfinden von konsistenten Linien der eigenen Veränderung in der Zeit, um sich selbst irgendwie neu - und wiederfinden zu können". Sicher sind durch die Fusion beider deutscher Staaten Identitätskrisen bei einigen Millionen Menschen (soweit sie dann überhaupt noch als Krisen zu beschreiben sind) durch den Zusammenbruch des bis dahin stabilisierenden normativen Rahmens hervorgerufen worden und

nicht als individuelles, möglicherweise pathogenes Schicksal zu beschreiben; damit hängt auch die Bearbeitungsform zusammen: sollte die Neuorientierung als kollektive Sinnkrise zu benennen sein, dann ergeben sich andere Formen der Bewältigung, als es bei 'Einzelschicksalen' der Fall wäre. Für die Weiterentwicklung dieser Frage- richtung scheinen die traditionellen Identitätskonzepte jedoch keinen genügenden Rahmen anzubieten.

Soziologisch wird das Identitäts-Phänomen vor allem im Zusammenhang mit rollen- theoretischen Konzeptionen bearbeitet. Identität entwickelt sich danach im Sozialisationsprozeß, und Sozialisation ist die "Integration des neugeborenen Kindes in bestehende Rollensysteme". Die Frage ist, allgemein gesagt, wie eine Person "die Vielzahl der ihr zugemuteten Rollen zu einem zwar differenzierten, aber doch kon- sistenten Ich integriert(..)". Es geht um die spezifische Selbstwahrnehmung als singuläres Subjekt und um die Anerkennung seines "So-und-nicht-anders-Seins". Die Diskussion weiterer Identitätskonzepte (vor allem die psychoanalytisch und interaktionistisch orientierten) kann ich in diesem Rahmen nicht wiedergeben, jedoch will ich die Perspektive auf ein Phänomen, das man als "kollektive Identität" bezeichnen könnte, wenigstens noch anreißen. Diese Betrachtung verdeutlicht noch einmal, wie groß der Schritt für eine Bevölkerung von einem Anpassungsmodus zum anderen ist.

4.2.1 Zur Frage einer DDR-spezifischen Identität

Zum Phänomen einer nationalen Identität der DDR-Bevölkerung existieren aktuelle Überlegungen von Autoren, die selbst in der DDR gelebt haben; sie stellen keinen exakten Identitätsbegriff vor, gehen implizit aber von einer makrosoziologischen Perspektive sozialer Identität aus. Neben anderen setzt sich Wolfgang Bialas mit dem Phänomen einer nationalen Identität der DDR auseinander. Der Anspruch einer solchen Identität wurde nach seiner Auffassung begründet mit - dem biographisch glaubwürdigen Antifaschismus der politischen Führung, der als staatsoffizielle Ideologie auf das ganze Volk ausgedehnt werden sollte - dem zur politischen Legitimationsideologie erhobenen Marxismus-Leninismus, der als "das pseudowissenschaftliche Kernstück einer als allgemein unterstellten sozialistischen Weltanschauung diente"

Vgl. Brüggemann 1980, 8; der Autor beschreibt in diesem Kontext Habermas' Grundannahmen zur Identitätsentwicklung und später deren Erweiterung über die Parson'sche Rollen- und Sozialisations- theorie hinaus.

Benedetti et al 1986, 66

- dem Hegemonialanspruch der SED, die alle gesellschaftlichen Bereiche des Staates erfassen sollte, das nach Einschätzung der SED ein sozial homogenes war
- "der emotionalen Besetzung gesellschaftlicher Strukturen, Institutionen und Beziehungen, bei der Begriffe wie Liebe (zum sozialistischen Vaterland), Treue (zur Partei), Dankbarkeit (gegenüber der politischen Führung) und Haß (auf den Klassengegner) Verwendung fanden."

Es wurde immer wieder nachzuweisen versucht, daß es eine solche DDR-spezifische Identität gebe, u.a. auch mit dem "begündeten Gefühl sozialer Geborgenheit und Sicherheit".

Die Psychotherapeutin Irene Misselwitz setzt sich aus historisch-gesellschafts-politischer Perspektive mit Fragen der individuellen und kollektiven Identität auseinander. Grundlage ihrer Überlegungen ist dabei die Annahme des Verlusts einer "deutschen Identität" nach dem Zusammenbruch des Dritten Reiches. Trotz Teilung und antagonistischer Machtblöcke habe es bis zum Mauerbau noch Reste einer gemeinsamen Identität gegeben. Die gesamtdeutsche Verbundenheit wurde seinerzeit noch unmittelbar verknüpft mit der gesamtdeutschen Schuld am Holocaust des 2. Weltkriegs. Im Zuge der Russifizierung auf der einen und der Amerikanisierung auf der anderen Seite der Mauer wurden den Menschen in Ost- bzw. Westdeutschland unterschiedliche Identitäten 'übergestülpt'. "Die Bundesrepublik lebte (durch Marshallplan und Wirtschaftswunder, R.B.) für den Augenblick, die DDR, der ganze sozialistische Ostblock, für die strahlende Zukunft der Menschheit. Das wurde versucht mit Kampfliedern, Aufmärschen, Fackelzügen, Parteitagen, Fahnenmeeren usw. nach bewährten Nazi-Rezepten einzuhammern". In beiden Teilen Deutschlands wurde die Schuld der Nazizeit nicht bzw. nicht ausreichend aufgearbeitet. Die offizielle DDR wählte sich in der Tradition der deutschen Anti-Faschisten und verwies die Schuld der Vergangenheit in den Westen. Dadurch bekam das System der DDR etwas Störanfälliges, weil es nicht 'geerdet' war. Das, was noch an gewachsenen Strukturen bestand, wurde zerstört (z.B. durch Auflösen der Länderstrukturen und Einführen der Bezirke; Enteignung, Kollektivierung). "Die Zerstörung der Identität der Einzelpersonlichkeit war das Ziel der Herrschenden". Der "neue Mensch" sollte sich mit dem Arbeiter- und Bauernstaat

Zitationen und Darstellung des gesamten Bialas- Abschnitts
aus: Bialas 1991, 76

Misselwitz 1991, 30

Misselwitz aaO.

identifizieren und alles Individualistische abstreifen. Ideologie ersetzte eine gesellschaftliche Auseinandersetzung und verhinderte die nüchterne Diskussion der sozialen Realität. "Die ständige innere Rebellion gegen diese Lügen, die im Herbst '89 zur offenen Rebellion wurde, ist ein weiteres Charakteristikum der DDR-Identität". Konstitutiv für das individuelle und gesellschaftliche Leben in der DDR war eine 'öffentliche' und die 'private' Einstellung und Sprache, wobei beide in scharfem Gegensatz zueinander standen. "...wir sprachen zu Hause so und fast automatisch in der Öffentlichkeit ganz anders. Doppelzüngigkeit und Selbstkontrolle, was wann, wo, wie gesagt werden konnte, lernten wir von klein auf". Dieses Doppelleben wurde von den vielen Menschen als unwürdig empfunden und war nur auszuhalten mit starken Schuld- und Wutgefühlen.

Immer wieder die Kluft zwischen Ideal und Wirklichkeit nicht wahrzunehmen bzw. diese Wahrnehmung zu verdrängen, muß enorm viel psychische Energie absorbiert haben (genau dieses Anpassungsphänomen scheint auch Grund dafür zu sein, daß neue Adaptionenleistungen nicht so einfach erreicht werden können - man kann das lerntheoretisch genauso plausibel begründen wie psychoanalytisch: beide Erklärungsansätze würden die (erworbene) Identität der Menschen zentral bearbeiten).

Die schmerzhafteste Erkenntnis, "einen unwiderbringlichen Lebensabschnitt nicht optimal gelebt zu haben", wurde in vielfältiger Weise verdrängt und wird auch heute noch selten zugelassen. Ausprägung dieser besonderen Form von Identitätskonflikten sind nach Meinung der Autorin u.a. eine Vielzahl von somatischen Störungen. Um sich einen Raum zu sichern, in dem man sich wenigstens in Maßen selbst entfalten und kreativ sein konnte, in dem man Geborgenheit und Sicherheit fand, entwickelten viele Menschen "Nischenidentitäten" (Kleingärtner, Hobbygruppen, Kirchenanhänger, Oppositionelle). Zwischen diesen Nischen herrschten jedoch Mißtrauen, teilweise Angst, Dialogunfähigkeit und Abwehr. Vor diesem Hintergrund wurde der "Aufstand der 'Häftlinge', der durch ein widersinnig menschenverachtendes Staatssystem Unterdrückten" zum erstmaligen Erlebnis einer gemeinsamen DDR-Identität. Viele Trennwände zwischen den 'Nischen' fielen und das soziale Leben bekam völlig neue Erlebnisqualität. Das sich plötzlich entwickelnde

Misselwitz 1991, 31

Misselwitz aaO.

Misselwitz aaO.

Bewußtsein "Wir sind das Volk" ging einher mit einem über alle traditionellen Trennwände gehenden "Strom der Hoffnung auf eine Wandlung der unwürdigen Lebensumstände in der DDR. Viele Menschen empfanden diese Tage als Höhepunkte der DDR-Geschichte, für die es sich gelohnt hatte, hiergeblieben zu sein". Misselwitz spricht von einer hilflosen Infantilität der DDR-Bevölkerung: "Vater Staat und Mutter Partei beherrschten und bestimmten alles: Was gut und was böse, was richtig und falsch war, was zu tun und was zu lassen war, was gedacht, gefühlt und gewünscht werden durfte und was nicht, wer Freund und wer Feind war, was normal und unnormal, was erlaubt und was nicht erlaubt war... Eigenes Denken, Selbstbestimmung und Auflehnung wurden bestraft". Die Solidarität und der Zusammenhalt in den vertrauten Gruppen war nur im Zusammenhang mit diesen bedrohlichen 'Eltern' zu sehen (was die These von der DDR-Bevölkerung als Notgemeinschaft stützen würde). "Die Idealisierung linker westlicher Gruppen, die diese Menschlichkeit an uns so rühmten, haben wir uns gern gefallen lassen. Sie half uns, unsere oft gespaltene und brüchige DDR-Identität besonders auch gegenüber der bewundert-verachteten Bundesrepublik aufrecht zu erhalten. Das Typische der DDR-Identität sei nichts Einmaliges auf der Welt, meint die Autorin; vielmehr sei es - mit einigen Modifikationen - Merkmal vieler Diktaturen: Leben in Unterdrückung, Unterwerfung, Bedrohung und Schuld und vor allem die persönliche Tragik: jeder war Täter und Opfer in einer Person.

Viele der damals wie heute subjektiv Benachteiligten (bzw. der objektiven 'sozialen Verlierer') äußerten mehr oder weniger explizit den Wunsch nach einer Rückkehr zu den Verhältnissen, die ihnen vertraut waren und die jetzt idealisiert werden konnten. Im Umfeld einer bestimmten Trinkhalle am Stadtweiher habe ich des öfteren Menschen getroffen, die außer ihren Trinkritualen und mehr oder weniger losen sozialen Beziehungen zu anderen 'Stammkunden' wenig Freude in ihrem Leben zu haben schienen. Dort hörte ich die angeblichen Vorzüge des real existierenden Sozialismus 'ungefiltert'. Diese Männer und Frauen lebten schon zu DDR-Zeiten am Rand der Gesellschaft, begriffen sich aber scheinbar noch nicht als "Deklassierte". Sie legten in Gesprächen immer Wert auf die Feststellung, daß sie früher einen festen Beruf hatten und 'wußten, wo sie hingehörten': der Staat hat sich wenigstens rudimentär um sie gekümmert. Am meisten schmerzte sie, daß sie nun

Misselwitz 1991, 32

Misselwitz aaO.

Misselwitz aaO.

"fallen gelassen worden sind", daß sich niemand mehr sich darum sorgte, was mit ihnen passiere. Einer der Männer brachte dieses Gefühl folgendermaßen zum Ausdruck: "Es ist dem Herrn Kohl doch egal, ob wir hier verrecken, ... der Erich, der hätte das nicht zugelassen, daß ich gleich rausgeschmissen werd' aus dem Kombinat." In der Tat waren mindestens die größeren Betriebe der DDR verpflichtet, einen bestimmten Prozentsatz von Menschen zu beschäftigen, die unter 'normalen Maßstäben' keine Arbeit mehr gefunden hätten. Ihnen wurde ein geringer Mindestlohn gezahlt, der ihnen das Überleben gestattete und sie darüber hinaus 'von der Straße' fernhielt. So hatten die Betroffenen einen (wenn auch fragwürdigen) 'sozialen Ort' und der Staat hatte 'saubere Straßen'.

Die Rückbesinnung und die Glorifizierung auf frühere Lebens- und Handlungsgewohnheiten kann ein Indiz für die 'Psychische und soziale Heimatlosigkeit' vieler Menschen sein; andererseits war solche Erinnerungsarbeit aber auch z.T. Zeichen des noch vorhandenen oder wiedererwachenden Selbstwertgefühls, das eine totale Unterwerfung unter die westliche Dominanz nicht zulassen wollte und darauf verwies, daß es früher auch etwas gab, worauf man heute noch 'stolz' sein kann (mir geht es in diesem Zusammenhang lediglich um die psychischen Dispositionen der Menschen, die mir begegnet sind, nicht um die 'tatsächlichen Verhältnisse' in der DDR!). Auch aus dem Arbeitsfeld der Polizisten waren solche Rückbesinnungs-Tendenzen zu hören, die auf eine durchaus kritische Auseinandersetzung mit neuen Verfahrensweisen hindeuten. So berichteten sie von Regelungen aus ihrer früheren Praxis, die durchaus interessante Aspekte beinhalten und auch heute - mutatis mutandis - mindestens zu diskutieren wären. Ich erwähne dazu zwei Phänomene aus dem DDR-Recht: das erste drehte behandelt den Tatbestand der Verfehlung; sie war klassifikatorisch angesiedelt zwischen Ordnungswidrigkeit und Straftat, die Polizei hatte (bei Diebstählen aus größeren Kaufhäusern auch die Geschäftsleitung) die Möglichkeit, durch das Verhängen bestimmter Geldbußen, großzügiger mit Bagatell-Kriminalität umzugehen. Die Übertragung solcher Praxis würde eine Aufweichung des Strafverfolgungszwanges bedeuten, aber auch zur Entkriminalisierung einer Vielzahl von geringfügigen Straftaten beitragen; eine solche Überlegung könnte die westliche kriminologische Diskussion über Diversionsstrategien durchaus bereichern. Der zweite Bereich betrifft sog. gesellschaftliche Gerichte, die - ebenfalls im Vorfeld der ordentlichen Strafgerichtsbarkeit - kleinere Verfehlungen unter starker Beteiligung der jeweiligen sozialen Umwelt geahndet haben (dies allerdings mit dem explizit erzieherischen Aspekt eines auf das Kollektiv hin ausgerichteten Menschen, was häufig auch in öffentliche Selbstbeichtigung ausartete, aber das war schon wieder

düstere Praxis des 'real existierenden Sozialismus'). Gerade diese zwei Institutionen wurden immer wieder der neuen Praxis gegenüber gestellt, die die Beamten besonders wegen ihres bürokratischen Charakters und der geringen Effizienz erheblich plagte. Ich bin weit davon entfernt, solche Verfahrensweisen unreflektiert idealisieren zu wollen, aber man könnte sie wenigstens seriös diskutieren, dies wird aber m.W. in der Bundesrepublik derzeit nicht bzw. nur marginal getan.

5. Bewältigung der Gegenwart

5.1 Umfassendes Lernen

Sowohl im Bewußtsein der Polizisten als auch in der Intention des Innenministeriums schien es beim Thema "Anpassungs-Fortbildung" in erster Linie um die Entwicklung neuer juristischer, technisch - praktischer oder polizeiorganisatorischer Fähigkeiten zu gehen und demnach lagen die Schwerpunkte der Fortbildung auch deutlich auf dem Gebiet des formalen Rechts. Die von der Organisation vorgesehenen Fortbildungsveranstaltungen waren integriert in den Dienstrhythmus der Polizisten und fanden vierzehntägig, jeweils zwei Stunden vor Beginn des Spätdienstes, statt. Dieses Verfahren einer 'berufsbegleitenden' Weiterbildung stellte einen von mehreren Versuchen der Aus- und Fortbildung innerhalb der Polizei dar (was hier aber nicht zu vertiefen ist). In den 'offiziellen' Veranstaltungen wurde jedoch nur ein geringer Teil dessen vermittelt, was die Polizisten insgesamt an neuen Bedingungen ihres beruflichen Handelns lernten. Zentrale Bedeutung im Prozeß des individuellen Dazulernens hatte neben den Unterweisungsveranstaltungen das gemeinsame Lernen während der täglichen Arbeit. Im Dienstilltag der Polizisten hat die Gruppe (im früheren Sprachgebrauch, der noch heute manchmal durchschlägt: das Kollektiv) eine zentrale Bedeutung. Es war üblich, daß sich alle Angehörigen der Dienstgruppe, wenn sie nicht gerade andere Aufgaben wahrzunehmen hatten, in einem Zimmer, und zwar dem Arbeitsraum, aufhielten. Hier wurden sowohl die dienstlichen Arbeiten ausgeführt als auch private Angelegenheiten besprochen (und nicht im dahinter liegenden Sozialraum). Das allein mußte noch nicht auffällig sein, wenn nicht drei besondere Umstände hinzugekommen wären: einmal hielten sich im Arbeitsraum auch immer Polizisten auf, die gerade nichts zu tun hatten; sie kommentierten entweder die Arbeit der anderen oder unterhielten sich über Privates; zum anderen war zu beobachten, daß jeder der Arbeitenden an den Angelegenheiten des anderen in

irgendeiner Weise teilnahm (entweder er wurde etwas gefragt oder hatte von sich aus etwas zu sagen); schließlich erzählten die jeweils an einem Vorgang arbeitenden Beamten von sich aus, was sie gerade bearbeiteten, sie formulierten ihre Berichte gleichzeitig mündlich und schriftlich, so daß alle Anwesenden im Raum am Entstehen des Werkes teilhaben konnten. Ich erinnere mich an eine Situation, in der in diesem Raum an vier Schreibmaschinen gearbeitet und beide Telefonapparate bedient wurden, der Dienstgruppenleiter noch die schriftlichen Arbeiten seiner Mitarbeiter kontrollierte und zusätzlich noch vier weitere Personen sich angeregt unterhielten. Absichtliches Ergebnis oder nicht intendierte Nebenfolge dieser Art von Gruppenbeziehung war, daß jeder an Inhalt und Form von dienstlichen Vorgängen der anderen aktiv oder passiv beteiligt wurde und man sich gegenseitig unablässig im Kommunikations- und Lernprozeß festhielt. Dazu kam, daß innerhalb dieser 'Kommunikationsgemeinschaft' ein hohes Maß an gegenseitiger Verständigung stattfand, so daß individuelle Entscheidungen, aber auch Einstellungen und Haltungen häufig im Rahmen der 'Dienstgruppenöffentlichkeit' zustande kamen (es war selbstverständlich, daß gemeinsam beraten wurde, welcher Krankenkasse man beitreten sollte, wie Anträge auf staatliche Beihilfen zu formulieren waren etc. Die Besprechung individueller (sozialer wie psychischer) Bedürfnisse nahm stellenweise breiteren Raum ein als die Bearbeitung polizeilicher Akten. Dadurch wußten die Kollegen mehr persönliche Details voneinander als es in vergleichbaren Gruppen in einer 'saturierten' Gesellschaft der Fall ist.

5.2 Chancen und Risiken

In Organisationen mit einem 'gewachsenem' Personalbestand korreliert üblicherweise das Lebensalter mit der Berufserfahrung: jüngere Mitarbeiter wenden sich an ältere, um deren Rat einzuholen, der Status der älteren Bediensteten ist innerhalb einer Arbeits- oder Dienstgruppe in der Regel höher als der jüngerer Kollegen, u.a. auch deshalb, weil sie über ein Maß an Routine verfügen, das sie Alltagsprobleme relativ souverän behandeln läßt. Dieses Muster traf jedoch für die von mir beobachtete Dienstgruppe nicht zu. Am Beispiel des Umgangs mit den neuen (komplexeren) Formvorschriften läßt sich die Wirkung neuer Arbeitsmethoden auf die Struktur der Gruppe und die Stellung der Gruppenmitglieder dokumentieren:

Die Polizei ist eine extrem 'legalistische' Organisation, die im Normalfall ihre Handlungsabläufe penibel dokumentiert, in der Regel um sicherzustellen, daß alles 'mit rechten Dingen' zugeht. Durch den hohen Stellenwert der Tätigkeitsdokumentation

hat sich im Zuge von Professionalisierung und Bürokratisierung des Öffentlichen Dienstes ein Vorschriftenwesen entfaltet, welches zu beherrschen einer gewissen Kunstfertigkeit bedarf. Einige Beamte verstehen es nun besonders gut, dieses 'formale' (oder auch technokratische, im Gegensatz zum kreativen) Wissen anzuhäufen (sie wissen damit viel, ohne im klassischen Sinne 'gebildet' zu sein) und die Besonderheiten bürokratischer Transformation von Lebenswirklichkeit zu beherrschen. Diese Gruppe von Beamten hat innerhalb der Organisation stets einen 'Vorsprung', weil der entscheidende Punkt jeder Vorgangsbearbeitung eine bestimmte äußere und innere Form ist. Bei der Schutzpolizei wird die äußere Form vor allem durch unterschiedliche Formulare hergestellt. Weil diese ursprünglichen Bearbeitungshilfen sich immer mehr zu einer eigenen "Kunst" verselbständigt haben und immer stärker verformelt wurden, ist mit ihrer Beherrschung auch ein nicht unerheblicher Statusgewinn in der Gruppe verbunden. Wissen im Formularwesen ist im weiteren Sinne 'Herrschaftswissen', weil in vielen Bereichen die Formbeherrschung darüber entscheidet, ob ein Vorgang vom Vorgesetzten akzeptiert und weitergeleitet wird oder mit entsprechenden Korrekturhinweisen an den Sachbearbeiter oder Streifenpolizisten zurückgeht.

Beispiel 8

Mit der Übernahme bundesrepublikanischer Polizeistrukturen wurde auch das Formularwesen der untersuchten Dienststelle angepaßt (zum größten Teil sind die Muster des bayrischen 'Patenlandes' kopiert worden). Das bedeutete für die Polizisten eine Flut neuer Blätter mit immer neuen (und sich oft plötzlich ändernden) Verfahrensweisen. Für den täglichen Dienst waren weit mehr als 100 unterschiedliche Formulare und Vordrucke in Gebrauch (die Tendenz ist steigend); eine einsehbare Begründung der einzelnen Verfahrensweisen war nicht mehr zu leisten.

Das hat dazu geführt, daß entsprechende Anweisungen und Bearbeitungshinweise von den Beamten lediglich zur Kenntnis genommen, und bei der Handhabung entsprechender Vorgänge erinnert werden mußten (zu den unterschiedlichen Vordrucken kam noch eine wechselnde Anzahl von Durchschlägen pro Vorgang hinzu, so daß die Verwirrung häufig groß war). Das hat während meiner Anwesenheit dazu geführt, daß sich alle untereinander immer wieder befragt haben, die älteren Polizisten aber keineswegs häufiger 'Experten' waren als Jüngere. 'Experte'

Übrigens ganz im Sinne von Max Webers Prinzip der Aktenmäßigkeit als Merkmal bürokratischer Herrschaft, Weber 1985, 126

war derjenige, der sich schneller als die anderen einprägen konnte, welche aktuellen Bearbeitungshinweise gültig waren. Es hatten sich in einigen Bereichen bereits Spezialisten herausgebildet, die bald über einen Wissensvorsprung verfügten, der sie unabhängig von ihrem Lebens- oder Dienstalter - in die Lage versetzte, ihren Status in der Gruppe zu verbessern. So wurde der jüngste Polizist der Gruppe, der sich bei der Bearbeitung von Verkehrsunfällen sehr profilierte, von den anderen Kollegen schon Unfall-Experte genannt; diesen Vorsprung baute er mit der zunehmenden Anzahl von Fragen, die an ihn gerichtet wurden, auch beständig aus. Die Festschreibung sozialer Positionen deutete sich während meines Aufenthalts bereits an, obwohl noch keine Erscheinungsformen zu beobachten waren, die Peter M. Blau als 'Grenznutzentheorie' beschreibt: nach ihr nimmt der subjektive Erkenntnisfortschritt des Experten bei einer bestimmten Auslastung mit Fragen der Kollegen so stark ab, daß er die Fragen eher als lästige Ablenkung statt als Chance zum Erkenntniszuwachs begreift. In 'meiner' Gruppe beantwortete noch jeder bereitwillig alle Anfragen, die auf ihn zukamen. Allerdings zeichnete sich die Position des leistungsmäßigen Außenseiters schon ab, der sich dem allgemeinen Lernprozeß mehr oder weniger öffentlich verweigerte. Gleichwohl schien die Zeit für Marginalisierung und Rollenfestschreibungen auf dem Gebiet der fachlichen Kompetenz noch nicht gekommen zu sein, dazu war das 'Neuland' noch zu groß (die sehr komplexen Anforderungen hinsichtlich neu zu lernender Praktiken wurden von einigen auf sehr geschickte Weise umgangen: so spezialisierte man sich z.B. auf ein Detail, wurden damit für die Gruppe wichtig und begründete die restliche Lernverweigerung mit dem Argument "man kann ja nicht alles wissen"; so gab es in der Dienstgruppe einen Polizisten, der ausgezeichnet Unfallstellen vermessen konnte - dazu bedarf es einer gewissen 'praktischen Intelligenz' und technischer Versiertheit, die nicht alle Polizisten mitbringen; je schwerwiegender der Verkehrsunfall war, desto höhere Anforderungen werden an den Protokollanten gestellt. Der besagte Kollege ließ sich also bei schweren Verkehrsunfällen, nach einem bestimmten 'Bitt-Ritual' (das seine Kollegen genau kannten) stets dazu bewegen, die Unfallstellen zu vermessen (wobei er nie den Hinweis vergaß, daß das eigentlich nicht seine Aufgabe sei). Dafür ließ er es in allen anderen Bereichen an Innovationsgeist fehlen. Trotzdem wurde er im Moment meiner Beobachtung noch in der Gruppe

Blau bestätigt durch seine Theorie des sozialen Austauschs, daß der Konsultierte an Prestige gewinnt, je häufiger er befragt wird, daß damit gleichzeitig aber sein eigener 'Nutzen' abnimmt; dazu weiterführend: Peter M. Blau, "The Dynamics of Buerocracy" (1955) - dt. Übersetzung: "Austausch unter Kollegen" Auszug in: Conrad/ Streeck 1976, 107-120

geschätzt, wobei offen blieb, wie lange er seine Rolle verteidigen konnte. Es war in der Gruppe selbstverständlich, daß ältere Beamte jüngere Kollegen wegen bestimmter Verfahrensweisen bei der Vorgangsbearbeitung befragt haben (was in 'gewachsenen' Organisationen regelmäßig - mindestens in diesem Ausmaß - fehlt). Den Jüngeren bot das die Chance der alters- und dienstzeitunabhängigen Neuqualifizierung, die m.E. für die Konstitution einer eigenen Berufsidentität von grundlegender Bedeutung ist. Für ältere Beamte war das rasante Tempo, mit der sich die formellen Rahmenbedingungen änderten, in erheblichem Ausmaß statusbedrohend: bislang waren sie den jüngeren Kollegen an organisationaler und beruflicher Erfahrung weit voraus, dieser Vorsprung hatte statussichernde Funktion; mit Einführung neuer Polizeistrukturen müssen sie damit rechnen, zu einem bestimmten Zeitpunkt von ihren jüngeren Kollegen, denen sie jetzt noch - wenn auch u.U. im gleichen Dienstrang, so doch aufgrund des höheren Dienstalters - vorgesetzt sind, fachlich überholt zu werden. Zu welchen Veränderungen im (informellen) Gruppengefüge das führen wird, ist jetzt noch nicht abzusehen, ich vermute aber, daß die informellen Strukturen in bürokratischen Organisationen der neuen Bundesländer sich künftig von denen vergleichbarer Einrichtungen der alten Bundesländer deutlich unterscheiden werden: berufliche Qualifikation wird nicht regelmäßig mit dem Dienstalter verbunden sein, wie es in Organisationen der Fall ist, die insgesamt kontinuierliche Berufskarrieren ermöglichen. Damit scheinen Inkonsistenzen zwischen formalen und informellen Strukturen sowie die damit verbunden sozialen Konflikte vorprogrammiert zu sein. Die formalen Organisationsstrukturen werden weiterhin bestimmt sein von Gruppenhierarchien, deren wesentliches Merkmal das der dienstlichen Bewährung und der Seniorität ist (wegen des Prinzips der sog. 'Einheitslaufbahn' werden beispielsweise bei der Polizei Mitarbeiter auch bei überdurchschnittlicher Qualifikation erst nach einem festgelegten Zeitschlüssel befördert - nur bei der Besetzung von wenigen Spitzenpositionen wird diese Regel durchbrochen). Diese Praxis muß nach meiner Einschätzung zu erheblichen Spannungen in den Organisationen führen: sollte es zutreffen, daß es jüngeren Beamten leichter fällt, neue Standards zu erfüllen, dann, so meine bislang noch nicht abgesicherte Prognose, wird in den Verwaltungen der neuen Bundesländer eine junge Generation innovativer und fachlich hochqualifizierter Beamter heranwachsen, die auf einen 'Überbau' stößt, der den entsprechenden Qualifizierungsschub nicht in gleicher Weise absolviert hat, jedoch in den besser dotierten Planstellen 'festsitzt'. Das kann dazu führen, daß Nachwuchskräfte in großem Ausmaß abwandern oder im 'Mittelbau' steckenbleiben, wo Engagement und Motivation vermutlich bald nachlassen werden.

5.3 Kommunikation

Neben dem rein inhaltlichen Aspekt der Informationsübertragung ist in diesem Zusammenhang besonders der Beziehungsaspekt, d.h. der Austausch von emotionalen Gehalten im Kommunikationsprozeß von Bedeutung. Ich werde aufzuzeigen versuchen, daß die kommunikative Rückbindung in der Gruppe identitätsstiftende bzw. identitätsstabilisierende Funktion für die Polizisten hatte, der Informationsaspekt (auf der manifesten Ebene) dagegen weniger bedeutsam war.

5.3.1 Polizei-Mythen und berufliche Identität

Im Berufsleben der Polizisten gab (und gibt) es neben der Alltagsroutine und Wiederholung immer wieder Ereignisse, die von herausragender Erlebnisqualität sind und die sich nachhaltig in der Erinnerung der Polizisten verankern. Sie prägen sich jedoch nicht nur bei den konkret am Erlebnis beteiligten Personen ein, sondern bilden als 'Geschichten' gleichzeitig einen Fundus von Mythen, aus dem sich dann über lange Jahre hinweg so etwas speist wie ein "Korpsgeist" der Polizei. Das von der Organisation tradierte und vom Individuum erworbene Selbstverständnis des Polizist-Seins setzt sich nach meinem Dafürhalten zusammen aus einer Fülle von herausragenden und weniger drastischen - immer aber paradigmatischen - Ereignissen und deren Spiegelung in Form der hier gemeinten 'Mythen', welchen Polizisten schon immer ausgesetzt waren, seit es eine institutionalisierte Polizei gibt. Das berufliche Selbstverständnis wird durch die Pflege solcher Mythen und durch den Prozeß der Idealisierung perpetuiert und hat häufig keine andere Funktion als die Aufrechterhaltung eines 'Ideals', das über die Alltagsroutine hinausweist und sie in gleicher Weise erträglich werden läßt. Jeder Polizist und jede Polizistin verfügt über selbst erlebte oder von anderen übernommene 'Referenz-Geschichten', die ihm bzw. ihr bestätigen: "Deshalb bin ich Polizist oder Polizistin; sie vermitteln der Außenwelt überdies, daß die Arbeit der Polizei eine gesellschaftlich notwendige ist, und daß es sich um eine "schwere" Arbeit handelt, die andere Menschen nicht machen könnten oder wollten. Es handelt sich dabei m.E. um einen wesentlichen Aspekt von (beruflicher) Identität. Solche 'Polizei-Mythen' werden nur durch Erzählungen lebendig gehalten und über Generationen weitergegeben; dieses Phänomen lehnt sich eng an das an, was in der Geschichtsforschung 'oral histories' genannt wird; auch die meisten Einsatzgeschichten, die für die Polizisten unmittelbare Bedeutung haben, gelangen nie in die Geschichtsbücher; manchmal finden die Kollegen sie in der Tageszeitung, dort ist es aber in der Regel nicht mehr

ihre Story, weil sie von den Journalisten anders wahrgenommen bzw. wiedergegeben wurde; trotzdem sind sie identitätsstiftend, weil sie immer wieder in den Dienstzimmern, den Streifenwagen, bei Betriebsausflügen und wann immer sich Polizisten sonst noch treffen, erzählt werden und sich im Bewußtsein der Beteiligten niederschlagen. So hatte der einzige Banküberfall in der Stadt seit der 'Wende' (bei dem es allerdings auch gleich zu einem Schußwechsel zwischen Tätern und Polizisten kam) seinen festen Platz im Ensemble der Erzählungen, die als Beleg der Gefährlichkeit von Polizeiarbeit im allgemeinen dienen. 'Referenz-Ereignisse' dieser Art, die oft genug auf die Beteiligten traumatisierend wirken, sind insbesondere Schußwaffeneinsätze, Konfrontation mit dem Tod oder dem Sterben anderer, besondere Gewaltanwendung, Erfahrungen eigener Lebensbedrohung oder eigener Hilflosigkeit, aber auch Rettungsaktionen, besonders gefährliche Hilfsmaßnahmen, Interventionen bei Suizid-Gefährdeten etc. Daneben gibt es aber auch die Vielzahl von "komischen Geschichten" bzw. "Geschichten von komischen Leuten", die in das Repertoire der Polizisten eingegangen sind, weil sie nun einmal mit vielen "komischen" Situationen konfrontiert werden. Nicht mehr "komisch" ist eine Situation dann, wenn zu ihrer Bearbeitung ein professionelles Instrumentarium zur Verfügung steht; so ist und bleibt beispielsweise der schizophrene 'Stammkunde', der in regelmäßigen Abständen zur Wache kommt und darüber klagt, daß er von Außerirdischen verfolgt und bestrahlt wird, für Polizisten ein "komischer Vogel", dem mit dem klassischen Handwerkszeug der Polizei nicht geholfen werden kann; für den Psychotherapeuten/Psychiater würde dieser Mensch sofort zur 'normalen' Klienten-/Patientengruppe gehören; trotzdem lassen sich erstaunlich viele Polizisten auf solche "komischen Leute" ein und erreichen auch häufig die Menschen in ihrem Interaktionswunsch. Die Polizei-Mythen der beobachteten Gruppe hoben sich über den historischen Bruch in der 'offiziellen' Geschichtsschreibung der Polizei hinweg. Die Geschichten entstammten dem Alltagserleben, und in ihrem Mittelpunkt waren die Erzähler oder statusnahe Kollegen. Politische Zusammenhänge wurden fast vollständig ausgeblendet, es waren echte 'every-days-work'-Geschichten, die sich die Polizisten immer wieder erzählten. Zunächst könnte man vermuten, daß das Ausblenden größerer Zusammenhänge mit dem Bruch des beruflichen Selbstverständnisses der früheren Volkspolizisten zu tun hat. Jedoch habe ich in dreizehn Jahren Polizeidienst ebenfalls ausschließlich Geschichten aus dem unmittelbaren Erlebniszusammenhang der Polizisten gehört - das macht für mich die Annahme plausibel, daß komplexe zeitgeschichtliche oder gesellschaftspolitische Zusammenhänge zugunsten der Eindeutigkeit und Erkennbarkeit von Identifikationsmustern vernachlässigt bzw. die 'tatsächlichen'

Ereignisse auf unmittelbare Erlebnisqualität verdichtet werden. An dieser Stelle deutet sich bereits an, weshalb viele Polizisten ihre Arbeit als "regimeunabhängig" bezeichnen können: es geht, weil für sie die wirklich wichtigen und tragenden Berufsmotivatoren "unpolitisch" sind. Damit ist noch nicht gesagt, daß die Polizei auch als Organisation ein unpolitisches (und damit willfähiges) Instrument in den Händen von Politikern sei. Natürlich betreibt auch 'die Polizei' (Interessen- und Berufs-) Politik. Viele Streifenpolizisten begründen aber ihre berufliche Identität durch die Unmittelbarkeit des Erlebniszusammenhangs und weit weniger durch politische Reflexionen.

5.3.2 Zur Bedeutung von 'Geschichten'

Mit der Wort 'Geschichte' oder 'Story' verbindet man leicht etwas Irreales und Phantastisches, zumindest etwas, bei dem es auf die authentische Reproduktion von Tatsachen häufig nicht zentral ankommt. Das zweite ist auch bei den von mir so genannten Erzählungen der Fall, obgleich sie sich ihr informationeller Kern nie sehr weit von der überprüfaren Wirklichkeit entfernte. Wenn sie auch hohen Unterhaltungswert besaßen, so waren die Geschichten im vorliegenden Kontext jedoch keineswegs nette und unverbindliche Phantasieprodukte der Erzähler. Im Gegenteil: bei denjenigen Geschichten, die Polizisten erzählten, handelte es sich in der Regel um bitterernste und schwierige - oft dramatische und nicht selten traumatisierende - Erfahrungen, die eben in Form von 'Erzählungen' bearbeitet wurden. Inhaltlich blieben die Geschichten meistens konsistent, es gab also keine 'progressierenden Übertreibungen'. Ich habe solche 'Stories' bis zu fünf Mal in einer Schichtfolge gehört und zu Beginn der nächsten noch einmal. Erzählt wurden Ereignisse, die in irgendeiner Weise herausragten und für die beteiligten Akteure ein Problem aufwarfen. Das Erzählen war eine Möglichkeit, dieses wie auch immer geartete Problem zu bearbeiten; für alle Formen von Geschichten galt, daß sie einen Konsens zwischen Erzähler und Zuhörer hergestellt oder bestätigt haben. Nur in Ausnahmefällen wurden Konflikte auf diese Weise bearbeitet. Der Umstand, daß am Ende fast jeder Geschichte innerhalb der Gruppe ein gemeinsamen Urteil zustande

Die Konsistenz ist sicher auch darin begründet, daß die Geschichten einer gewissen 'Wahrheits-Kontrolle' durch die Zuhörer unterliegen: wurde beispielsweise ein Unfallhergang geschildert, so waren Unfallstelle und Sachverhalt durch die anderen empirisch überprüfbar. In anderen Fällen berichtete möglicherweise die Zeitung über den Einsatz - immer gab es bei den Abenteuer - Geschichten eine bestimmte Form der 'Öffentlichkeit', die den Inhalt der Geschichte mindestens virtuell rekonstruieren konnte.

kam, macht erneut die Annahme plausibel, daß mit der Reproduktion von individuellen Erlebnissen eine neue, jetzt von der Referenz-Gruppe 'zensierte' und gebilligte, soziale Wirklichkeit 'konstruiert' wurde. Berger und Luckmann sprechen zu Recht von der wirklichkeitsstiftenden Macht des Gesprächs: "Zur gleichen Zeit, in der die Konversationsmaschine Wirklichkeit 'unterhält', modifiziert sie sie auch fortwährend. Gesprächsgegenstände werden fallengelassen und aufgenommen, so daß einiges von dem, was noch gewiß erscheint, abgeschwächt und anderes bestärkt wird". Was Berger/Luckmann hier für eine allgemeine Gesprächssituation feststellen, habe ich in der Gruppe als regelmäßiges Kommunikationsmuster erlebt: die Gruppe hat häufig Anteil am Erleben und Handeln des Individuums, meistens zum Zeitpunkt der Reproduktion des Erlebten. Im Prozeß der Reproduktion individueller Erlebnisse konstituiert die Gruppe oft eine neue, manchmal eine lediglich modifizierte Wirklichkeit. Anders betont: mindestens das individuelle Berufshandeln, ich vermute aber auch das Erleben über konkretisierbare Handlungen hinaus, war in der Regel auf die soziale Umwelt bezogen, und die Gruppe diente quasi als Kontrollinstanz für 'richtiges' Handeln und Erleben. Dieses Argument weiterdenkend, kann man auch sagen: je mehr Ungewißheit mit dem Individualhandeln verbunden ist, desto wichtiger wird für den Einzelnen die handlungsstabilisierende Funktion der Bezugsgruppe im sozialen Nahraum.

5.3.2.1 Abenteuer-Geschichten

Meistens standen die erzählten Ereignisse in direktem Zusammenhang mit dem Beruf; sie wurden regelmäßig den Kollegen der Dienstgruppe und manchmal denjenigen der ablösenden Dienstschrift erzählt. Ich nenne Geschichten, die berufliches Handeln zum Gegenstand haben, "Abenteuer-Geschichten"; sie wurden einerseits erzählt, weil sie im individuellen Empfinden der Erzähler aus der (nicht erzählenswerten) Alltagsroutine herausragten und es zum anderen für die Zuhörer meist ein Abenteuer war, an der Geschichte teilzuhaben. War die Szene noch 'frisch', d.h. am gleichen Tag oder kurz zuvor erlebt, so wurde sie mehrmals erzählt, wobei die Zuhörer nur teilweise wechselten; einige der Kollegen hörten die Erzählung also regelmäßig mehrmals, ohne daß es irgendwann einmal zu Äußerungen des Mißmuts, der Langeweile oder zu Korrekturen gekommen wäre. Abenteuer-Geschichten waren immer auf das Genaueste lokalisierbar; damit meine ich die zeitliche und räumliche Verortung bis ins Detail (oft wurde auf die detaillierte Erklärung des Ortes der Story mehr Energie verwendet als auf ihre

Berger/Luckmann 1980, 164

Pointe). Ich nehme an, daß es zur berufsspezifischen Sozialisation von Polizisten gehört, das von ihnen Erlebte so bündig und schlüssig zu reproduzieren, daß sich andere (Vorgesetzte, Gerichte, Untersuchungskommissionen) ein 'Bild' von der Realität machen können. Darüber hinaus scheint die genaue Ortsangabe auch eine symbolische Funktion als Form der Festlegung (i.S. von 'Bändigung') des Erlebten zu haben, dergestalt, daß man 'das Ungeheuerliche' zunächst einmal 'lokalisiert'. Das Erlebte hat seinen spezifischen Ort - es ist identifizierbar. Mit der Identifizierung wird das Ereignis zu einer Wirklichkeit, die von den anderen Gruppenmitgliedern nicht geleugnet werden kann. Ist die Begebenheit erst einmal verortet, kann dem Erzähler auch nicht deren authentische Wiedergabe abgesprochen werden. Nur ganz selten ging es ausschließlich um Informationsaustausch (meistens war die sachlich-informative Ebene nur eine Möglichkeit der Eröffnung einer Geschichte). Ich unterscheide drei Typen von Abenteuer-Geschichten:

5.3.2.1.1 Sieger-Geschichten

Am häufigsten wurden solche Erzählungen geboten, in denen der Erzähler entweder als faktischer oder aber als vermeintlicher (meistens: moralischer) Sieger identifiziert werden konnte, wobei ein faktischer Sieger sich selbst legitimierte; moralische Sieger waren dagegen solche Erzähler, die ausreichendes und die Gruppe zufriedenstellendes Argumentationsmaterial für nicht siegreiches Handeln anzubieten hatten.

Beispiel 9

Ein Polizist, der während seiner Dienstzeit in der Volkspolizei selbständig und auf sich alleine gestellt zu arbeiten gewohnt war, erzählte immer wieder Episoden aus seiner früheren, aber auch aus seiner gegenwärtigen Tätigkeit im Streifendienst, die sich mit der Bewältigung von Konflikten befaßten. Eine zentrale Aussage erfuhr mehrere Variationen: das Agieren als Einzelner oder als Minderheit in einer unübersichtlichen Situation mit vielen Beteiligten. Konsensfähiges Leitthema war, daß in solchen Situationen schnell und konsequent gehandelt werden müsse, daß klar sein müsse, wer der Stärkere sei und daß es Aufgabe der Polizei sei, in jedem Falle die Ruhe wiederherzustellen - dafür sollten "alle Mittel" recht sein. Diese gemeinsame Haltung war nicht kritisierbar (ich habe auch keinen Versuch unternommen, in solchen Situationen etwas von Verhältnismäßigkeits-Grundsätzen oder deeskalierenden Interventionsmöglichkeiten zu sagen). Paradigmatische Funktion hatte die Schilderung einer Wirtshaus-Schlägerei (es ist nie bekannt geworden, ob sie sich diese Geschichte tatsächlich so zugetragen hat, das war aber

auch völlig nebensächlich); jeder Polizist, der zugehört hat, konnte sich sofort ein Bild von der Situation machen, weil er selbst in aller Regel solche Einsätze schon hinter sich hatte: Der Erzähler wurde irgendwann einmal dorthin gerufen, sah eine aufgeregte Menschenmenge im Saal, ging ohne zu zögern auf zwei (vermutete) Hauptkontrahenten zu, ergriff einen von beiden an Schulter und Hosenboden und schleppte ihn mit sich hinaus. Dies ließen sich alle Beteiligten gefallen, und die Ruhe war (angeblich) wiederhergestellt. Die Glaubwürdigkeit der Geschichte erhöhte der Erzähler durch den Hinweis, daß ihn in der Gaststätte die meisten Menschen gekannt hätten, wie er überhaupt in seinem Dienstbezirk bekannt und anerkannt gewesen sei. Man verständigte sich unter Zuhilfenahme solcher Sieger-Stories darüber, daß die Polizei Konflikte schnell zu lösen habe und daß dazu auch der Einsatz von physischer Gewalt erlaubt sein müsse. Noch allgemeiner gesagt, transportierten solche Geschichten die gemeinsame Überzeugung, daß Polizei und Polizisten stets die Stärkeren sein müßten. Allerdings wurden nicht nur herausragende Einsätze und physische Gewaltanwendung erzählt, auch die 'kleinen Gewinne' im Alltagshandeln wurden zum Stoff für Erzählungen (so wurde z.B. auch berichtet, daß man 'aufmüpfige' Verkehrsteilnehmer durch schlagfertige Rede 'kleinlaut' gemacht habe etc.). Geschichten dieser Art hatten für die Gruppenmitglieder deshalb stabilisierende Funktion, weil sie sich zum einen immer selbst in den Szenen wiederfinden konnten, zum zweiten boten sich solche Erzählungen stets zur Identifizierung mit dem Polizeiberuf an, und schließlich drittens gaben sie der von Außenstehenden vielleicht als widrigen Polizeialltag wahrgenommen Routine und den vielen Negativ-Erfahrungen etwas Außergewöhnliches (mindestens die Kollegen interessieren sich für das Erlebte, es hatte einen 'Erzählenswert')

5.3.2.1.2 Stärke-Geschichten

In Abgrenzung zu 'Siegergeschichten' beschrieben sie gerade solche Situationen, in denen es darauf ankam, "psychisch zu überleben", ohne dabei auf gewohnte Handlungsmuster zurückgreifen zu können. Meistens waren die Polizisten in diesen Szenen zur Untätigkeit gezwungen und mußten mit ihrer Hilflosigkeit in irgendeiner Weise zurechtkommen. Ich habe die Stärke-Geschichten besonders in Verbindung mit schweren Verkehrsunfällen gehört, bei denen menschliche Not zu verarbeiten war: der Tenor dieser Erzählungen lag regelmäßig in der impliziten Hervorhebung der eigenen Charakter- oder Nervenstärke.

Beispiel 10

Eine Geschichte entwickelte sich um einen Unfall, bei dem eine junge Frau lebens-

gefährlich verletzt worden war. Beim Eintreffen unseres Streifenwagens waren bereits Feuerwehr und Ärzte um die in ihrem Wagen eingeklemmte Frau bemüht, für die Polizisten blieb lediglich die Verkehrsregelung und die Sicherung der Unfallstelle. Die Verletzte war bei Bewußtsein. Es dauerte etwa zwanzig Minuten, bis die Frau aus dem Fahrzeug befreit worden war. Während dieser Zeit wurden alle Anwesenden andauernd Zeugen ihres Schmerzes. In dieser Situation unterdrückten aber die professionell Beteiligten ihre Gefühle und handelten: ein Beamter beschäftigte sich sofort mit der Vernehmung eines Unfallbeteiligten. Ein anderer vertrieb in regelmäßigen Abständen die Schaulustigen von der Unfallstelle. Nach der Unfallaufnahme wurde dieses Erlebnis mehrfach erzählt, und zwar verdichtet auf den Zustand und das Aussehen der Verletzten. Andere Details, wie etwa das Zustandekommen des Unfalls, wurden zwar auch, aber eher am Rande berichtet. Ein jüngerer Polizist ereiferte sich in diesem Zusammenhang besonders darüber, daß die Polizei heute keine Möglichkeit mehr habe, die Verursacher solcher Unglücke härter zu bestrafen. Zu DDR-Zeiten sei es möglich gewesen, die "Herbeiführung eines schweren Verkehrsunfalles" als Straftatbestand zu ahnden, heute brauche man dagegen den Strafantrag eines Verletzten. Dieser Impuls zur 'Doppelbestrafung' (in diesem Falle war beispielsweise die verletzte Frau selbst Unfallverursacherin) weist möglicherweise auf einen Mechanismus hin, der helfen sollte, die subjektiv empfundene Ohnmacht zu kompensieren: eine (unverschuldete) Schädigung darf nicht hingenommen werden, sie muß ausgeglichen, gesühnt oder unmittelbar gerächt werden. Bestrafungswünsche dieser Art wurden selten explizit geäußert, jedoch war deutlich eine allgemeine Verunsicherung bei den Polizisten zu bemerken, die sich besonders im Konnex von Schuld und Sühne bewegte. Mir schien, als wurden ehemals stark verfestigte Moralvorstellungen mit der 'Wende' mehr und mehr erschüttert und die Polizisten sähen sich von einer zunehmenden Welle der Anomie erfaßt. Die Tendenz, auf 'Lebens-Katastrophen' mit Bestrafungswünschen zu reagieren, scheint mir typisch für Menschen zu sein, die an der Schnittstelle von 'Lebenswirklichkeit' und 'Rechtswirklichkeit' arbeiten: die von Rechts wegen verordnete Beschränkung läßt sich - so meine These - oft nur dadurch ertragen, daß ihr private 'Rachephantasien' entgegengesetzt werden. Es fiel auf, mit welcher emotionalen Distanz diese Bilder immer wieder reproduziert werden konnten. Später bin ich zu der Vermutung gekommen, daß gerade im Akt der verbalen Reproduktion der Szene vor der Gruppe das Erlebte quasi wiedererlebt

Diesen Begriff verwende ich in Anlehnung an und im Sinne von Hanak/Stehr/Steinert 1989.

wurde, diesmal aber nicht in der verunsichernden und ängstigenden Atmosphäre des 'Erst-Erlebens' (für das Ungewißheit konstitutiv ist), sondern in der vertrauten Umgebung des Kollektivs und dazu noch vor dem Hintergrund des entlastenden Charakters jeder 'ex-post'- Betrachtung. Die Gruppe bot durch Kommentare oder bloßes Zuhören einen Raum für das Erlebte an. Sie signalisierte dem Erzähler ihre Bereitschaft, an seinem Erlebnis teilzunehmen, ihn zu unterstützen und zu versichern, daß sein Erlebnis tatsächlich außergewöhnlich war. Hinter der 'kalten', manchmal geradezu rüden Sprache, mit der besonders emotional bewegende Szenen beschrieben wurden, vermutete ich die Furcht, Gefühle des Mitleids oder der Empfindsamkeit zuzulassen. Die Unempfindlichkeit wäre dann eine Abwehr der Fähigkeit zum 'Mit-Leiden'. Dies könnte mit 'ökonomischen' Gründen erklärt werden (der Organismus schützt sich vor der Überlastung seiner Fähigkeit zur Empathie).

Bei diesem Geschichts-Typus ging es stets auch um das Auffinden und Benennen von Möglichkeiten, die sich zur Abfuhr von Energie sowie zum Bearbeiten des Erlebten (und der damit verbundenen Ängste und Phantasien) eigneten. Das Erzählen solcher Geschichten bot die Möglichkeit, das Erlebte in Übereinstimmung mit den (vielleicht nur vermuteten) Konventionen und Verarbeitungsmustern der sozialen Umwelt zu bringen. Indem die Kollegen Anteil an dem Erlebnis nahmen, lastete es nicht mehr alleine auf dem Erzähler. Es wurde zwar nicht darüber geredet, aber es schien Konsens darin zu bestehen, daß Gefühle eigener Schwäche beim Anblick von Schwerverletzten überwunden werden mußten (dies gehört möglicherweise zum Grundverständnis von Berufsgruppen, die mit der Bearbeitung von extremen Erlebnissen zu tun haben: die emotionale Belastung ist jedem bekannt, es muß oder darf nicht immer wieder darüber gesprochen werden). In keiner der Geschichten kamen explizit 'Gefühle' oder 'Schwächen' der Erzähler vor. Wahrscheinlich sind es die am tiefsten verankerten Tabus, die das Sprechen über eigenes Versagen, über Schmerzen, die eigene Vergänglichkeit und den eigenen Tod verhindern. So hatten Erzählungen tendenziell die Funktion, die eigenen, abgewehrten Gefühle zu externalisierten und auf andere Akteure zu übertragen; in den Geschichten gewann sogar alles Schreckliche auch etwas Spannendes, fast etwas "Schönes". Häufig fühlten sich die Zuhörer durch die Erzählung so angeregt, daß sie ihrerseits eigene frühere Erlebnisse einbrachten. Eine weitere 'Unfall-Story' ergänzt die bisherigen Deutungen:

Beispiel 11

Ein mit fünf Personen besetzter Pkw fuhr mit hoher Geschwindigkeit frontal gegen

einen Lkw. Vier der fünf Insassen waren sofort tot. Von 'unserer' Dienstgruppe waren nur deren Leiter und zwei Beamte von Anfang an an der Unfallstelle, unsere Streifenwagen-Besatzung kam erst später hinzu (sie hatten damit das 'Story--Monopol'). Von der Unfallstelle wurden, wie in solchen Fällen üblich, sehr viele Fotos gemacht, deren Negative wiederum im Verlauf des auf den Unfalltag folgenden Nachtdienstes von Beamten unserer Gruppe entwickelt würden. Die Fotos der Unfallopfer wurden gleich zweifach entwickelt, eine Kopie diente quasi als Anschauungsmaterial für die Dienstgruppe. Die Bilder wurden gegen Ende des Nachtdienstes im Arbeitsraum herumgereicht und von jedem zu Kenntnis genommen (ich habe genauso reagiert, wie alle anderen: nach außen gelassen und mit der Tendenz zur 'Normalisierung des Unfaßbaren' - das geschieht sprachlich sehr schnell dadurch, daß man auf der technokratisch-sachlichen Ebene verweilt und die Gefühle vollständig ausblendet). Fotos mit (Unfall-) Leichen anzuschauen, gehörte zu den informellen 'Härte-Tests'; "da muß man als Polizist durch", meinte ein älterer Kollege auf die Frage, was er denn fühle, wenn er mit solchen Szenen konfrontiert werde; diese besondere Form der Selbstüberwindung ist sicher leichter zu beschreiben als auszuhalten; die gleiche Floskel gebrauchte übrigens auch einer der jüngsten Beamten der Gruppe an anderer Stelle - allerdings weit weniger überzeugend. Möglicherweise gehört diese Einstellung ebenfalls zu den tradierten Polizei-Mythen, für die typisch zu sein scheint, daß sie nicht hinterfragt werden.

5.3.2.2 Moral-Geschichten

Moral-Geschichten waren eigentlich 'Werturteilsgeschichten'. Während bei den vorangegangenen Typen entweder die individuelle Problemlösungskompetenz (Sieger) oder die Erlebnisfähigkeit (Stärke) Gegenstand der Erzählungen waren, rückten in dieser Art von Geschichten Werthaltungen an erste Stelle (andere Aspekte gab es daneben mit Sicherheit auch). Mit den Geschichten wurden sowohl allgemeine 'Werte-Diskussionen' geführt, als auch der Versuch unternommen, innerhalb der Gruppe ein 'Forum' herzustellen, das jedem Mitglied die Möglichkeit einräumte, über seine eigene oder die gesellschaftliche Vergangenheit der DDR zu sprechen. Dieser Geschichten-Typus hatte die Funktion, den Zuhörern eine moralische Stellungnahme abzuverlangen, wobei in der Regel erwartet wurde, daß sie von der vorgetragenen Wertung nicht substantiell abweichen würden. Diese Geschichten drehten sich auch in der Tat oft um die (eigene) Vergangenheit und um die individuelle Eingebundenheit in die Interessen der Partei. Die Stories sollen die (gegenwärtige) eigene Haltung, ggfs. den Sinneswandel verdeutlichen und nachvollziehbar machen; sie forderten häufig Verständnis für früheres Handeln ein. Ich erinnere mich an eine

Geschichte während einer Streifenfahrt, in der der Erzähler seine 'unfreiwillige Karriere' als Funktionär in der SED auf mittlerer Ebene (Bezirksebene) darstellte. Am Schluß der Erzählung war ich davon überzeugt, daß er gar nicht anders konnte, als sich so zu verhalten, wie er geschildert hatte, und daß ich selbst bei ähnlichen Rahmenbedingungen genauso gehandelt hätte. Bei der von mir untersuchten Dienststelle waren zu DDR-Zeiten 98% (sic!) der Volkspolizisten auch Parteimitglieder (obgleich es nur für Offiziersgrade verbindlich war, Mitglied der SED zu sein). Die SED hatte in jedem Betrieb sog. Basisorganisationen (BO), so daß auch innerhalb der Dienststelle Polizeiarbeit und Parteiarbeit substantiell miteinander verknüpft waren. Es mußten dementsprechend Ämter besetzt werden, für deren Ausübung heute mindestens unterschwellig und gegenüber Außenstehenden in besonderer Weise Rechtfertigungsbedarf besteht (z.B. Parteisekretär der BO oder Schriftführer). Ich war überrascht von der Bereitschaft der Polizisten, aus ihrem früheren Leben in der DDR-Gesellschaft zu erzählen; diese Berichte waren stets verbunden mit Erklärungen. Die kathartische Funktion solcher Gespräche lag dabei m.E. in der immer wieder vollzogenen Bewußtwerdung der eigenen Vergangenheit. Indem die Menschen sprachlich reproduzierten, was sie erlebt hatten, verarbeiteten sie auch ihre individuelle Verwobenheit in das gesellschaftliche und politische System. Manchmal geschah das verdeckt und der Außenstehende vermutete, daß der Erzähler versuchte, sich zu rechtfertigen bzw. Aspekte der eigenen Schuld auszublenden, genauso wie Anteile eigenen Versagens oder der Wut über entgangene Lebensfreude nie expliziert werden konnten; trotz solcher partieller 'Ausblendungen' halte ich an der Überzeugung fest, daß die sprachliche Reproduktion Ausdruck einer introspektiven Form der Vergangenheitsbewältigung ist (was durchaus in auch 'Sieger- oder 'Stärkegeschichten' münden kann).

Ich benutze den Begriff nicht in seiner Bedeutung als eine psychotherapeutische Methode (etwa als kathartisches Heilverfahren - vgl. dazu Laplanche/Pontalis 1989, sondern allgemeiner als eine Form der Bearbeitung traumatisierender Erlebnisse durch bewußtes Erinnern und Nacherleben.

5.3.3 Flur-Kommunikation

Eine besondere Kommunikationsform war zwischen den sich ablösenden Dienstgruppen zu beobachten. Sie spielte sich in der Regel auf dem Eingangsflur ab, der das Arbeitszimmer mit dem Aufenthaltsraum verband. Im Verlauf des Schichtwechsels trafen sich die Arbeit beendende und beginnende Beamte auf dem Flur und erzählten neue Episoden aus dem Dienstgeschehen, oft ging es dabei um 'gemeinsame' Tatverdächtige oder sonst bekannte Personen. Dabei wurden einzelne Delikte berichtet und diese wiederum bestimmten verdächtigen Personen (sog. 'alten Kunden') zugeordnet. Auf diese Weise entstand quasi eine "Tatort- und Taterbörse". Die tatsächliche Bedeutung jener informellen Kommunikationssysteme für die örtliche Polizeiarbeit konnte ich letztlich nicht evaluieren; während der Beobachtungszeit ist mir nicht aufgefallen, daß die Informationen aus 'Flur-Gesprächen' später (etwa bei Vernehmungen von Tatverdächtigen) auch tatsächlich verwertet wurden und zur Klärung weiterer Straftaten geführt hätten. Sicher war das auch nicht das Entscheidende; wichtiger für die Polizisten könnte es gewesen sein, sich Informationen über Taten und Täter zu verschaffen, solche Informationen zu haben und sie bei Bedarf - also mindestens virtuell - zu aktualisieren. Dadurch könnte das Bedürfnis nach Kontrolle und "Beherrschung der Szene" befriedigt werden, m.a.W.: durch solche Art der Verständigung wird die Überzeugung perpetuiert, prinzipiell 'das Verbrechen' einzelnen Personen zuordnen zu können und damit wenigstens tendenziell 'im Griff' zu haben. Ein relativ fester Stamm von 'Dauerkunden' stand für eine Vielzahl von Verdächtigungen zur Verfügung (das einzig wirklich stichhaltiges Alibi bestand für sie darin, sich gerade in Haft zu befinden). In dieser Haltung wurde ein Stück Kontinuität deutlich: auch früher gab es (mindestens nach den Erzählungen der Polizisten) eine einigermaßen klar zu bestimmende 'deviante Klientel', sie war lediglich zahlenmäßig kleiner und die Anzahl der Tatorte war geringer. Neben dem Informationsaspekt schien diese Art der Kommunikation aber noch eine weitere Funktion zu haben: über die unmittelbare Dienstgruppe hinaus verständigte man sich mit anderen Polizisten und führte sich immer aufs Neue Identifikationsmuster vor. Deshalb wurden nicht nur Namen von Tatverdächtigen 'gehandelt', sondern auch Namen von Kollegen, die versetzt oder entlassen worden waren bzw. aus eigenen Antrieb gekündigt hatten. Auf diese Weise hielt man einander gegenseitig auf dem Laufenden und bestätigte einander, wer noch 'zum eigenen Laden' gehörte und wer nicht.

Nach dem gleichen Prinzip, nämlich der Zuordnung bestimmter Straftaten zu bestimmten Menschen verfahren die hochkomplizierten, computergestützten Polizei-Informationssysteme der

5.3.4 Schlüsselrolle des Vorgesetzten

Direkter Vorgesetzter der Streifenbeamten war der Dienstgruppenleiter (DGL). Dessen Aufgaben waren formal festgeschrieben, zu ihnen gehörte die Umsetzung von Weisungen der Dienststellenleitung in seinem Verantwortungsbereich sowie eine Vielzahl mehr oder weniger eindeutig definierter Führungs- und Weisungsbefugnisse; außerhalb der Geschäftszeiten war er im Regelfall der ranghöchste Polizist im Zuständigkeitsgebiet der Dienststelle. Informell hatte er Bedeutung als Bindeglied bzw. Vermittlungsinstanz zwischen Dienststellenleitung und der Dienstgruppe und sorgte dafür, daß der Abstand von 'Basis' und 'Überbau' nicht zu groß wurde; außerdem mußte er zusehen, daß 'sein Laden lief' und seine Gruppe im dienststelleninternen Vergleich nicht unangenehm auffiel. In der von mir untersuchten Dienstgruppe hatte sich der DGL eine Position verschafft, die ich als 'Informations- und Kommunikationsmonopol' bezeichne. Er wußte sowohl auf administrativer als auch auf ermittlungspraktischer Ebene immer etwas mehr als seine Mitarbeiter. Der Informationsvorsprung hatte allerdings seinen Preis: mehr lesen, eher im Dienst sein, später den Dienst beenden, öfter mit dem Dienststellenleiter verhandeln, vor allem: ununterbrochen hochkonzentriert die Informationen seiner Umgebung wahrnehmen und sie verarbeiten. Die Mitarbeiter fragten ihn selbstverständlich nach rechtlichen und ermittlungstaktischen Details ihrer Vorgangsbearbeitung. Dadurch war er nicht nur über laufende Vorgänge informiert, sondern definierte in Zweifelsfällen auch Tatbestände; so fand die polizeiliche Definition bestimmter Formen von Devianz als strafbarem Verhalten ihre erste verbindliche Konkretion durch den DGL; die Beamten im Streifendienst nahmen beispielsweise in großer Zahl Einbruchsdiebstähle auf, indem sie den Tatort besichtigten, Spuren sicherten sowie Informationen sammelten und erste Hypothesen entwickelten. Mit ihren Aufzeichnungen kamen sie zur Dienststelle und berichteten in der Regel dem DGL, was vorgefallen war, und zwar zunächst umgangssprachlich, quasi als Erlebnisbericht. Danach erarbeitete man gemeinsam ein Protokoll, in dem der erlebte Sachverhalt in eine juristische Fachsprache

Altbundesländer auch; diese Technik fehlte aber bei dieser Polizeidienststelle gänzlich.

In der Tat unterschieden die Beamten genau zwischen denjenigen Kollegen, die "gehen mußten" und solchen, die aus eigenem Antrieb gegangen sind. Erstere wurden in der Regel fast bemitleidet, sie gehörten eigentlich noch 'dazu'. Die anderen wurden eher als 'Dissidenten' behandelt.

umformuliert wurde.

Gab es bei der Suche nach entsprechenden Rechtsnormen Unsicherheiten oder Dissens im Kollegenkreis, entschied normalerweise der DGL, wie der Vorgang zu behandeln war. Bei einigen älteren Streifenpolizisten waren viele solcher Tätigkeiten schon Routine, sie berieten sich mit dem DGL nur noch in außergewöhnlichen Fällen; die jüngeren Beamten erzählten hingegen regelmäßig, der DGL forderte sie aber auch von sich aus öfter auf, von ihren Tätigkeiten zu berichten. Das Interessante dabei war (und hier scheint es starke Parallelen zur allgemeinen "Herstellung von Tatbeständen" zu geben): Lebenssachverhalte, die - weshalb auch immer - die Polizei auf den Plan gerufen hatten, wurden erst auf der Dienststelle juristisch codiert, wobei der DGL sich seiner "Definitions-macht" bewußt war und darauf auch von Fall zu Fall explizit verwies, einige Male mit dem Argument, daß er seine Entscheidung wiederum gegenüber dem Dienststellenleiter zu rechtfertigen habe. In psychoanalytischer Perspektive ist dieses Verhältnis auch als ein familiales zu beschreiben, in dem der DGL deutlich die Vaterrolle übernahm und sich um eine Vielzahl älterer und jüngerer Kinder zu kümmern hatte. Er machte Vorgaben hinsichtlich seiner Leistungs-Erwartungen und kontrollierte die Ergebnisse. Um noch einen Moment in der psychoanalytischen Betrachtungsweise zu bleiben: eine institutionalisierte Mutterrolle fehlte bezeichnenderweise in der Dienstgruppe wie sie m.E. innerhalb der Polizei insgesamt fehlt (das betrifft allerdings nur den formellen Bereich - auf informeller Ebene gibt es häufig angedeutete oder manifeste Mutterrollen - aber dies wäre wiederum eine eigene Untersuchung wert). In der Zeit meiner Beobachtung waren Funktion und Status des DGL uneindeutig: von ihm wurde erwartet, gleichzeitig der beste Sachbearbeiter (Spezialist) sowie formeller Führer (Generalist) der Gruppe zu sein. Zusammenfassend kam ich zu dem

Diesen Begriff entnehme ich der allgemeinen psychoanalytischen Terminologie und bezeichne damit bestimmte, häufig mit der Vaterfigur identifizierte Eigenschaften wie z.B. Einfordern von Gehorsam (Freud 1987, 147), unumschränkte Machtfülle (Freud 1987, 57), Kontrolle, Ziel- und Ordnungsvorgaben, aggressive Impulse, Durchsetzungsvermögen, Urteilskraft, Strafkompetenz u.v.a.m.

Damit bezeichne ich die, ebenfalls in die allgemeine psychoanalytische Terminologie eingegangenen, Eigenschaften, die insbesondere in den Theorien der Persönlichkeitsentwicklung Margaret Mahlers und Melanie Kleins Berücksichtigung finden, also insbesondere die Fähigkeiten zu nähren und zu schützen, Geborgenheit zu vermitteln, Eigenschaften wie die unbedingte Annahme des anderen, zu unterstützen und zu bestätigen, anzuregen, zu verstehen u.v.a.m.

Ergebnis, daß die Polizisten ihre Gegenwartsprobleme vor allem dadurch bearbeiteten, daß sie sich kommunikativ auf diejenigen bezogen, mit denen sie den größten Teil ihres Berufslebens verbrachten, nämlich auf die Kollegen der eigenen Dienstgruppe.

6. Bewältigungsstrategien

Ich habe keinen der Polizisten direkt mit der Frage konfrontiert, wie er es denn vereinbaren könne, in der DDR Volkspolizist gewesen zu sein und jetzt weiter als Polizist zu arbeiten; das war nach meinem Eindruck auch nicht nötig, weil exakt diese Frage als Selbstanfrage latent immer in der Gruppe war. Insofern trage ich in den nächsten Abschnitten 'Antworten' auch auf solche Fragen vor, die ich nicht explizit gestellt habe. Einige Argumente kehrten immer wieder; ich habe sie interpretiert und zusammengefaßt als vier 'Bewältigungsstrategien', wobei Bewältigung sowohl den Versuch, die eigene Vergangenheit 'sinnvoll' zu interpretieren, als auch die Bemühungen um eine gelingende Gestaltung der aktuellen Lebenssituation beschreibt (beide Aspekte sind allerdings untrennbar miteinander verknüpft). Zunächst wollte ich sie 'Legitimations- oder Exulpationsstrategie' nennen, mittlerweile glaube ich aber, daß diese Begriffe zu sehr konnotiert sind mit 'Rechtfertigung' (z.B. dem Berater, mir oder allen Westdeutschen gegenüber); eigentlich sind es aber in erster Linie intrapersonale Konflikte, die mit diesen Strategien bearbeitet werden sollten. 'Strategie' meint in diesem Sinne nicht die Ordnung aller Handlungsoptionen, die dem bewußten und planvollen Verwirklichen von Zielvorstellungen zugrundeliegen; vielmehr hebt der Terminus auf z.T. unbewußte, komplexe Bearbeitungsformen ab, die es dem Individuum ermöglichen, seine Vergangenheit interpretierbar zu machen, auf dieser Grundlage die personale Identität zu bewahren oder wiederzufinden und so die eigene Biographie fortzuschreiben.

6.1 Universaler Kern der Polizeiarbeit

"Der größte Teil unserer Arbeit (in der Volkspolizei, R.B.) war mit Eurer (gemeint war die Polizei in den alten Bundesländern, R.B.) identisch. Jeder Staat braucht

Vgl. Fuchs et al 1978, 751 und Wahrig 1986, 1239

doch eine Polizei ... Die Aufgaben der Polizei sind eigentlich im Prinzip überall auf der Welt gleich". Dieser Satz eines Polizisten der Dienstgruppe begegnete mir, z.T. etwas modifiziert, auffallend häufig. Mit ihm wurde m.E. mindestens dreierlei ausgesagt:

1. Legitimität und Legalität der DDR und ihrer Gesetze wurden anerkannt.
2. Die Legitimationskraft der Polizei wird verkürzt auf ein rein funktionalistisches Verständnis, nämlich auf das Argument, daß jeder Staat das sog. Gewaltmonopol für sich beansprucht und dafür einen Erzwingungsstab bereithält (ich habe noch von keinem Polizisten, sei es in den alten oder den neuen Bundesländern, auch nur einen leisen Zweifel daran vernommen, daß 'der Staat' das Gewaltmonopol besitzen und es auch konsequent durchsetzen muß - das ist allerdings auch verständlich, immerhin ist es Bestandteil der beruflichen Identität der Polizisten, die Verwalter dieses Monopols zu sein).
3. Schließlich zielt diese Argumentation auf den "universalen Kern" jeglicher Polizeiarbeit ab (was alle tun, kann schließlich nicht anrühlich sein); hierfür wurden auffallend oft Beispiele genannt, die entweder wenig konflikträchtig (Straßenverkehr, Hilfeleistungen bei Notfällen etc.) oder aber so abstrakt waren, daß sie schließlich nichts mehr ausgesagt haben, wie z.B. jener Satz (der auch in vielen Generalklauseln der Polizeigesetze steht), daß die Polizei zur Aufrechterhaltung der Ordnung und Sicherheit da sei. Die Polizisten suchten ihre berufliche Fundierung in 'allgemeingültigen Werten' der Polizeiarbeit, wobei ihnen klar war, daß sie sich dabei nicht unbedingt auf die formalen Gesetze alleine verlassen konnten. Die Arbeit der VP stützte sich gleichfalls auf die Verfassung der DDR, der Schutz der Menschenrechte stand im Zentrum der formalen Legitimation; daneben waren allerdings auch - und das steht im selben Satz - einzelne Befehle, Direktiven und andere Weisungen des Ministers des Innern und Chefs der Deutschen Volkspolizei verbindliche Rechtsgrundlage für polizeiliche Maßnahmen. Als Konflikt beschrieben die Polizisten immer wieder die Kluft zwischen dem geschriebenen Recht und der Rechtspraxis. Zu dem täglichen Erleben der Nichtübereinstimmung von Rechtstheorie und -praxis in der VP kam die Erfahrung des Widerspruchs, eine Polizei des Volkes zu sein und der realen zunehmenden Entfremdung von der Bevöl-

Vgl. § 2, Abs. 1, Satz 1 des Gesetzes über die Aufgaben der Volkspolizei.

So § 4, Abs. 1, Satz 1 des Gesetzes über die Aufgaben der Volkspolizei: "Der Schutz und die Achtung der Würde des Menschen, seiner Freiheit und seiner Rechte sind unverbrüchliches Gebot der Tätigkeit der Deutschen Volkspolizei."

kerung. Diese Erfahrungen haben alle Polizisten, die mit mir darüber gesprochen haben, zutiefst irritiert; die Bearbeitung der Verunsicherung (manchmal war es direkte Scham) geschah oft durch Reduktion ("Wir haben nur unseren Auftrag erfüllt - und der hieß: Gewährleistung der Ordnung und Sicherheit") und/oder Universalisierung ("In jedem Land gibt es staatliches Recht und staatliches Unrecht", sagte ein Polizist, "auch bei uns war das früher so und heute ist das nicht anders"). Der Terminus 'allgemeingültiger Wert' war nicht eindeutig zu definieren: für die einen waren das beispielsweise der Schutz der Menschenwürde, das Tätigwerden streng nach gesetzlich definierten Eingriffsrechten, der Schutz der Bevölkerung vor außerstaatlichen Angriffen auf Menschen etc. Diese Argumentationsrichtung, die sich eng am Wohl der Bevölkerung orientierte, ging von einem Selbstverständnis der "Polizei des Volkes" aus und sah den Aufgabenschwerpunkt der VP in erster Linie in der Gefahrenprävention. Andere vertraten hingegen eine eher dezisionistisch-funktionalistische Auffassung, nach der jedes Gesellschaftssystem sich seine eigene Rechtsordnung schafft und sie durchsetzen muß (Recht war für sie, was als Recht erkannt wurde). Das sollte in einer sozialistischen Gesellschaft genauso legitim sein, wie es jetzt in einer bürgerlichen ist, obwohl es völlig andere Rechtssysteme sind: allein die Tatsache, daß eine durch das Volk legitimierte Regierung dieses Recht gesetzt hatte, ermächtigte und verpflichtete die Polizei zur Durchsetzung des Rechts. Die "Humanisten" und die "Dezisionisten" stellten beide das Gewaltmonopol der Polizei (als Ausführungsorgan staatlicher Macht) nicht in Frage, jedoch waren die Perspektiven andere: die "Humanisten" begründeten ihre Arbeit mit dem Bürger-Wohl, die "Dezisionisten" tendenziell mit der "Staatsräson". Faktisch waren die Rechtsgrundlagen der Volkspolizei der DDR von denen der bundesrepublikanischen Polizei sehr unterschieden. Nach § 1, S. 2 des "Gesetzes über die Aufgaben der Volkspolizei" diente ihre Tätigkeit dem "zuverlässigen Schutz der sozialistischen Staats- und Gesellschaftsordnung...(und) der sozialistischen Errungenschaften..." während das Grundgesetz der Bundesrepublik vor allem Persönlichkeitsrechte und strikte Gewaltenteilung zu sichern sucht und die Polizeigesetze der Länder (für Hessen beispielsweise das Hessische Gesetz über die Öffentliche Sicherheit und Ordnung - HSOG -) ausdrücklich den Einsatz für eine anti-kollektivistische Grundordnung voraussetzen. Die Gruppe derer, die die ethischen Grundlagen staatlichen und speziell polizeilichen Handelns hinterfragten, hatte es im allgemeinen mit sich, aber auch im Diskurs mit den Kollegen in der Dienstgruppe

schwerer; sie mußten sich rückwirkend intensiver mit dem Auseinanderklaffen von Wirklichkeit und Ideologie in der DDR auseinandersetzen und sie hatten größere Schwierigkeiten, die lange Zeit gültigen Grundsätze abzulegen und eine neue Legitimationsgrundlage ihrer Arbeit zu finden. Sie befragen in den Lehrveranstaltungen auch kritischer die bundesrepublikanischen Verfassungsgrundsätze hinsichtlich ihrer ethischen Implikationen. Es liegt auf der Hand, daß die "Dezisionisten", die sich strikt dem jeweils geltenden Recht unterwarfen, den Wandel leichter verarbeiten: deren Hauptargument ist die Loyalität zum jeweiligen Dienstherrn - diese Verpflichtung bestand im alten und besteht jetzt auch im neuen Staat.

Die heutigen Landespolizisten beriefen sich z.T. auf eine Tradition, die die Zeit von 1933 bis 1945 nahezu vollständig ausklammert (von einigen Märtyrern ausgenommen) und die Zeit von 1945 bis 1989 stark verkürzt dargestellt. Prominentester Protagonist eines solchen 'Wiederbelebungsversuchs alter Traditionen' war der letzte Innenminister der DDR, Dr. Peter Michael Diestel. Er begründete sein Anliegen, das Traditionsbewußtsein der Polizei wieder zu stärken, damit, daß Traditionen "eine große, konservative Verhaltensweisen und Wertorientierungen festigende Kraft" seien. Als geistige Vorbilder für die heutige Polizei wurden z.B. Otto von Bismarck und der Reichstagsabgeordnete Emil Eichhorn genannt, allerdings auch ein wackerer Polizei-Oberleutnant, der sich noch 1933 der SA und ihren Judenpogromen entgegenstellte und einige andere, die beim Aufbau einer antifaschistischen Polizei nach dem Zusammenbruch des Dritten Reiches beteiligt waren. Becker & Becker sehen hinter diesem Versuch der Inanspruchnahme preußischer Tugenden einen tieferen Sinn: "Der pragmatische Umgang des DDR--Innenministers (Diestel, damals noch DSU) mit der Stasi-Vergangenheit machte Sinn: Er wollte den Berufsstolz derjenigen, 'die immer schon den Schutz des Gemeinwesens im Auge hatten und sich dem Ethos des Polizisten verbunden gefühlt hatten', neu beleben. ... Ehemalige Stasi-Mitarbeiter blieben für ihn unverzichtbar: 'Diese Männer können schießen. Diese Männer sind sehr diszipliniert... Diese Männer sind phantastisch ausgebildet... Ich machs doch nicht mit Leuten von gestern. Das sind neue Leute, es sind nur die gleichen Körper geblieben, in den Köpfen hat sich viel geändert (zit. nach 'taz' vom 14.5.1990). Die Rechten in der DDR und in der Bundesrepublik verlassen sich wahrscheinlich in richtiger Einschät-

Diestel 1990, 264

Diestel 1990, 266; gemeint ist Wilhelm Krützfeld; ihm wurde vom Berliner Innensenator im Oktober 1991 ein Denkmal gesetzt.

zung auf die Kontinuität der bleibenden Sekundärtugenden von Pflicht und Gehorsam, eingebettet in ein abhängiges Beamtentum, das wohl unter jedem politischen Regime in Deutschland, vom Kaiserreich über die Diktatur bis zur Demokratie, seine Pflicht tut. Das Ablegen von Schuld durch einen Kleiderwechsel hat als 'Bewältigungsmechanismus' Kontinuität". Weniger elaboriert, aber auch weniger kritisch wurden solche Traditionen auf der Dienststelle angenommen. Ein höherer Vertreter der Polizeiinspektion äußerte in einem Gespräch, daß man sich jetzt wieder auf die Qualitäten des preußischen Beamtentums, insbesondere auf absolute Loyalität gegenüber der Regierung und dem Bekenntnis zu demokratischen Werten besinne (!). Die Suche nach Vor- und Leitbildern habe ich vor allem bei statushöheren Polizisten beobachtet; sie haben einen 'kreativen Freiraum', d.h. sie treffen auch strategische Entscheidungen über den Alltag hinaus und können sich nicht ausschließlich auf den Druck von Sachzwängen der Tagesarbeit berufen. Auf dieser Ebene ist es unabdingbar, eine Berufsethik zu begründen, die über den nächsten Vorgesetzten und seine Befehle hinausweist. Dagegen schien es eine Orientierung in Richtung preußischer 'Sekundärtugenden', wie Fleiß, Ordnungsliebe, Gehorsam, Treue, Sauberkeit, Ehrlichkeit, Pünktlichkeit etc. tendenziell bei den unmittelbaren Vorgesetzten der Polizisten auf der 'Ausführungsebene' zu geben, bei der Dienstgruppe selbst schließlich habe ich inhaltlich von Traditionssuche nichts mehr mitbekommen, wohl aber von Sekundärtugenden. Mit der moralischen Verpflichtung zur Loyalität wurde die Existenz als Volkspolizist der DDR ebenso begründet, wie die jetzige als Polizist eines Bundeslandes der Bundesrepublik Deutschland. Ich konnte nicht vollständig ergründen, wie weit diese Haltung wirklich tragfähig war. Die Berufung auf Loyalitätsverpflichtungen ist extrem unbeweglich und rekuriert im übrigen auf die Anerkennung der einmal gegebenen Verpflichtungserklärung (z.B. den Eid, das Parteibuch etc.) als moralisch gültige und - vor allem - zwingend bindende Handlung. Möglicherweise wurden mir diese Argumente auch deshalb angeboten, weil die Polizisten davon ausgingen, dies seien für mich ebenfalls gültige Werte und sie würden damit bei einem 'Kollegen' auf Verständnis stoßen.

Eine Polizei, die ihr Selbstverständnis überwiegend auf Sekundärtugenden stützt, ist gegenüber ideologischen und politischen Durchsetzungsinteressen extrem anfällig. Das zeigt sich keinesfalls nur am Beispiel der VP, auch die westdeutsche Polizei ist im Verlauf ihrer Geschichte oft in die Mühlsteine unterschiedlicher Machtinteressen

Becker & Becker 1991, 71

vgl. Lay 1990, 14

geraten, was sie bei stärkerer Berufung auf primäre Tugenden wahrscheinlich vermieden hätte, die Entwicklung in Wackersdorf ist nur das augenfälligste, keinesfalls aber einzige Beispiel dazu.

6.2 Rückzug

Viele Polizisten haben nach eigenem Bekunden mit dem Beginn der politischen Ära Honecker gemerkt, daß es mit der DDR "bergab" ging und aufgehört, sich für den Staat weiter zu engagieren. Es begann der vielfach beschriebene "Rückzug in die Privatsphäre". Die sozialistische Idee von Gesellschaft hatte diesen Tendenzen nichts entgegenzusetzen, stand ihnen vielmehr antagonistisch gegenüber und war demnach wesentlich härter davon betroffen, als ein Gesellschaftstypus, in dem der 'private Sektor' für die Freizeitindustrie nicht unwesentliche Marktanteile und Marktchancen aufweist. Nach Einschätzung eines ehemaligen Majors der VP gab es vor allem auf zwei Gebieten "Rückschläge": politisch nahmen in den späten 70er Jahren zentralistische und bürokratische Elemente zu, die verbunden waren mit dem gleichzeitigen Zurückdrängen früherer emanzipatorischer und partizipativer Möglichkeiten. Wirtschaftlich ging die Substanz im Produktionsbereich zurück, es begann ein "Leben auf Pump". Kritik und Innovation waren in der SED nahezu unmöglich, zumindest dann, wenn sie spontan geäußert wurden oder von "unten nach oben", d.h. von der Partei-Basis zur Parteiführung, gerichtet war. Seriöse Diskussionen wurden ersetzt durch das Verlesen vorher detailliert ausformulierter Manuskripte, die regelmäßig durch verschiedene Zensurinstanzen der Partei gegangen waren. So war üblicherweise der Inhalt einer zu haltenden Rede schon vor Beginn der Versammlungen allen Delegierten bekannt. Kritik verlief generell von "oben nach unten" oder in Bereichen, für die man selbst nicht zur Rechenschaft gezogen werden konnte. Ein Polizist, der früher als sog. Polit-Offizier mit verantwortlich war für die politische Schulung der Bediensteten seiner Dienststelle, meinte, daß viele Menschen, besonders solche aus den Reihen der politischen Kader (z.B. Offiziere, Parteifunktionäre), durchaus weiter an die Idee des Sozialismus glaubten, dessen Repräsentanten aber für inkompetent hielten. Sie fragten sich heute, wie sie auf diesen global angelegten Betrug hereinfliegen konnten und ver-

So hat ein leitender Hessischer Polizeiführer während einer Diskussionsveranstaltung vor Studenten eines juristischen Seminars 1991 gesagt, daß er ein Projekt wie die "Startbahn- West" heute nicht mehr als Polizeiführer würde tragen können und in Kauf nähme, aus dem Beruf auszuschneiden.

stunden nicht mehr, wie sie so überzeugt gewesen sein und alles mitmachen konnten. Die Partei mußte nach seiner Darstellungen nicht einmal den permanenten Widerstand der gesamten Bevölkerung überwinden oder sie in Schach halten. Der langjährige Erhalt eines maroden Staatsapparates war auch möglich durch breit angelegtes Mitläufertum in weiten Kreisen der Bevölkerung und deren Fähigkeit, "sich in den Gegebenheiten einzurichten" bzw. sich mit dem Vorgefundenen abzufinden. Die These von der Aushöhlung der DDR-Gesellschaft wurde von einem Abteilungsleiter des Arbeitsamtes der Stadt bestätigt: nach seiner Meinung ging Mitte der 80er Jahre die Substanz der sozialistischen Gesellschaft verloren. Das zeigte sich wiederum besonders deutlich am "Rückzug ins Private". Die Berufsberatung hatte z.B. Mühe, junge Menschen in Führungspositionen zu vermitteln, da bei vielen von ihnen die Bereitschaft zur Übernahme von Verantwortung fehlte. Der Tenor vieler Statements läßt sich so zusammenfassen: die DDR entwickelte sich sukzessive zu einer unlebendigen, ausgehöhlten, formalen und schablonenhaften Gesellschaft, der sämtliche Vitalität und der politische Konsens innerhalb der Bevölkerung abhanden gekommen war. Nach außen erfüllte jeder seinen Klassenauftrag, aber es funktionierte alles nur noch als Maske. Innerlich waren immer weniger Menschen bereit, der SED aufrichtig zu folgen. Um den Rückzug ins Private 'abzusichern' mußte man jedoch unauffällig bleiben, das hatten die meisten DDR-Bürger, vielleicht die Polizisten besser als andere, gelernt. Die nach außen hin oft als "Friedhofsruhe" spürbare Ordnung, aber auch Ereignislosigkeit der DDR wurde im wesentlichen durch das hybride Überwachungs- und Kontrollsystem des MfS sichergestellt. Eine Form des unbeobachteten und 'privaten' Lebens war für die meisten Polizisten in der Tat der Rückzug in den eigenen Schrebergarten. Die Rückzugs-Strategie verdeutlicht die individuelle Verstrickung in die unterschiedlichsten Systemzwänge. Gerade als Repräsentanten des staatlichen Machtmonopols mußten die Polizisten Möglichkeiten finden, mit der eigenen Verantwortung an der Erhaltung und dem Ausbau dieser Macht umzugehen. Tatsächlich waren nämlich auch sie als die Träger der Autorität in unterschiedlichem Ausmaß von der offiziellen Parteilinie entfernt. Für die Volkspolizisten war beispielsweise der Empfang von West-Fernsehsendungen strikt verboten - darauf wurden sie schriftlich verpflichtet und regelmäßig belehrt; dennoch hat fast jeder West-Sendungen empfangen. Nur durfte man sich nie offen dazu bekennen, noch nicht einmal mit dem Argument, daß man auf diese Weise exakt erfahren könne, was der Klassenfeind denke. Die Überzeugung "ich gehörte ja eigentlich nicht mehr dazu" minderte nach meiner Interpretation die individuelle Verantwortung einiger Polizisten für das Geschehene. Das Böse war besser zu identifizieren, es lag bei 'der

Partei' oder 'der Nomenklatura' man selbst hatte damit wenig zu tun. Interessanterweise benutzten insbesondere solche Mitarbeiter dieses Muster, die in der Vergangenheit Funktionen in der SED, dem FDGB oder ähnlichen Organisationen hatten. Ein ehemaliger Major der VP, der wegen seiner Verbindungen zum MfS nicht in die Landespolizei übernommen wurde, sagte in unserem letzten Gespräch: "Sie (gemeint waren entweder die Kollegen oder Funktionäre der SED, ich konnte das nicht mehr nachfragen R.B.) haben mich zwar zum Parteisekretär gemacht, aber ich weiß dennoch nicht, warum ich entlassen werde." Es muß dahingestellt bleiben, ob diese Aussage Ergebnis perfekter Verdrängung war oder ob er den Grund für seine Entlassung wirklich nicht wußte. Ein anderer Polizist spitzte die psychische Situation der DDR-Bevölkerung so zu: "Alle haben alles wider Willen gemacht. Aber gemacht haben es alle". Wenn ich diese Strategie 'Rückzug' genannt und damit in erster Linie die innere Emigration aus der 'offiziellen' DDR--Gesellschaft gemeint habe, so ist das nur ein Aspekt. Dieser Rückzug scheint seine Fortsetzung darin gefunden zu haben, daß alle Polizisten, mit denen ich über (Partei-)Politik gesprochen habe, ein Verhältnis zur Politik hatten, das beschrieben werden kann als eine Mischung aus Apathie, Verbitterung und Resignation. Diese Form der 'politischen Verstümmelung' von Menschen hinterläßt wahrscheinlich tiefere Narben, als man das mit quantitativen Erhebungs-Verfahren erfassen kann.

6.3 Verschwörung gegen das Volk

Hierbei handelt es sich nicht um eine Bewältigungsmöglichkeit im eigentlichen Sinne. Sie trägt sehr starke Züge von Zorn und Enttäuschung (oft in Gestalt eines ungehemmten Zynismus) und wäre eher als auto-destruktive Form der Auseinandersetzung mit der Vergangenheit zu charakterisieren. Immerhin stellt sie aber eine Form der Erinnerung und damit eine Bearbeitungsform dar, die sich auf das Leben der Gegenwart auswirkt, ich habe sie deshalb noch hinzugenommen. Des öfteren wurde von den Polizisten der Vorwurf gegen den früheren SED-Staat formuliert, sich gegen die Bevölkerung verschworen, die Menschen betrogen und ihrer Ideale beraubt zu haben. Damit war gleichzeitig Angst und Unsicherheit verbunden, auch vom neuen System ("..das Geld regiert alleine..") wieder betrogen zu werden und keinen Einfluß auf die Entwicklung im gesellschaftlichen Leben zu haben. Diese Angst schien so überwältigend zu sein, daß es sich dagegen gar nicht aufzulehnen lohnte. Vielleicht erklärt dieser Eindruck etwas die resignative Grundhaltung und die weitgehende Politikmüdigkeit der Menschen (ich habe einen älteren Polizisten vor Augen; er hat die Mitte seines Arbeitslebens schon weit über-

schritten und sah seine bisherigen Ideale grundlegend verloren; für ihn stand fest, daß er von jeder Regierung nur als Spielball benutzt werde). Diejenigen, die dieses Argument benutzten, gehören m.E. zu den eigentlichen Verlierern des DDR-Lebens; sie versuchen nicht einmal, ihre subjektive Gewißheit zu verbergen, die eigentlichen Betrogenen der 'Wende' zu sein. In der Regel waren es Menschen zwischen vierzig und fünfzig Jahren, die den Aufbau der DDR als Kinder oder Jugendliche erlebt haben, die an die Idee des Sozialismus geglaubt, und in der Aufbauphase "alles gegeben" haben mit der Hoffnung (die als Versprechen auch immer von den Funktionären propagiert worden war), daß es ihnen einmal besser gehen werde und daß es sich lohnen würde, an einer neuen Gesellschaftsordnung mitgebaut zu haben. Das alles haben sie nach Kräften getan, um dann jedoch zu erleben, wie sich Strukturen verfestigten, Machtblöcke entstanden, Privilegien verteilt wurden, die Funktionäre diktierten, statt repräsentierten. Mit Beginn der späten 70er Jahre wurden die Menschen, die im Bewußtsein einer realisierbaren kommunistischen Gesellschaft den größten Teil ihrer Lebensenergie bereits investiert hatten, beständigen Enttäuschungen und Desillusionierungen ausgesetzt. Diese Generation hatte verständlicherweise guten Grund, sich an die Idee des Sozialismus zu klammern, sie mit Leben zu füllen und auch noch zu einem Zeitpunkt, zu dem sich schon der Niedergang abzeichnete, darauf zu hoffen, daß nicht alles umsonst war, was sie mit aufgebaut hatten. Auch wenn es nur noch der Schein der alten Ideen war, er bewahrte immerhin vor der nüchternen Feststellung des faktischen individuellen und kollektiven Scheiterns. Die jüngeren Polizisten schlossen sich der 'Verschwörungs--These' im allgemeinen nicht sonderlich überzeugt an: immerhin hatten sie weniger Lebenszeit im real existierenden Sozialismus verbracht und sind insbesondere in einer Zeit aufgewachsen, in der die Schattenseiten des Systems sich schon deutlich abzeichneten und auch von den meisten Menschen wahrgenommen worden sind. Die Glaubwürdigkeit der Aufbauphase war schon längst dahin und die Spaltung zwischen Ideologie und Realität konnte nur ungenügend verheimlicht werden. Das Umlernen fiel ihnen in der Regel leichter, weil es für sie in weiten Bereichen einem Neu-Lernen gleichkam (sie hätten auch in der Volkspolizei noch Berufserfahrungen sammeln müssen). Auch die Gewöhnung an ein neues Gesellschaftssystem schien ihnen nicht sonderlich schwer zu fallen; in der Dienstgruppe waren es die jungen, ungebundenen Beamten, die am meisten in Deutschland herumreisten und relativ unbefangen zahlreiche Kontakte zu Polizeiorganisationen in den alten Bundesländern hergestellt haben, wobei die älteren Beamten die Kontakt-Initiativen der jüngeren Kollegen zu Polizisten aus anderen Teilen Deutschlands dankbar annahmen. Zu den 'Betrogenen' zählte nach Einschätzung eines höheren

Führungsbeamten auch derjenige Teil der Bevölkerung, den man umgangssprachlich als "die Intelligenz" bezeichnet hat und der in der Lage war, die politischen und ideologischen Hintergründe zu erkennen (dazu gehörten nach seiner ausdrücklichen Meinung auch die Offiziere, zumindest die jüngeren, der VP!). Auch diese Menschen seien - so die Bewertung - lange Zeit dem Denkfehler aufgesessen, daß nämlich die Idee des Sozialismus/ Kommunismus durchsetzbar sei, lediglich die Funktionsträger inkompetent waren. Zu spät sei man dahinter gekommen, daß die gesamte Ideologie nicht tragfähig war. Als Reaktion auf diesen ideologischen "Sinnverlust" folge jetzt bei den früher sehr Engagierten die vollständige politische Abstinenz.

6.4 Exkurs: Partizipation in offenen und geschlossenen Gesellschaften und die Funktion der Polizei

Wenn man die DDR als 'relativ' geschlossene und die Bundesrepublik als - ebenso relativ - offene Gesellschaft bezeichnen will, dann wird der Vorteil offener Gesellschaften vor allem auf dem Gebiet der Problemlösungsmechanismen evident: während in der geschlossenen DDR-Gesellschaft Probleme "von oben nach unten", also zentralistisch und direktiv bearbeitet wurden, sind in offenen Gesellschaften sehr viel mehr partizipative Elemente bei der Problemlösung vorgesehen. Der nicht parteiorganisierte DDR-Bürger hatte nahezu keinen politischen Einfluß auf staatliche Entscheidungen, es sei denn, daß es um die direkte Wohnumgebung oder das unmittelbare Arbeitsfeld ging. Das führte bei vielen Menschen, mit denen ich zu tun hatte, im Verlauf der Jahre zur politischen Apathie und erzeugte tiefgreifende Ohnmachtsgefühle. Über allen Lebensvollzügen stand die Losung "Die Partei hat immer Recht". In offenen Gesellschaften gibt es dagegen (bei gutwilliger

Die Begriffe 'offen' und 'geschlossen' sind von Popper definiert (vgl. Fuchs et al, 1978: 270). Offene Gesellschaften zeichnen sich demnach durch abstrakte Relationen, wie Austausch oder Arbeitsteilung aus, geschlossene Gesellschaften werden dagegen als magische, stammesgebundene oder kollektivistische Einheiten beschrieben. Ich ergänze bzw. konkretisiere diese Beschreibung um das Ausmaß bzw. die Möglichkeit a) virtueller oder faktischer sozialer Austauschbeziehungen innerhalb einer Gesellschaft; b) Transparenz von und Mitwirkungsmöglichkeiten an politischen Entscheidungsprozessen; c) zulässiger bzw. gewünschter oder gar geforderter sozialer, politischer, geographischer und kultureller Mobilität; d) gesellschaftlicher Modernisierung (die Liste ließe sich fortsetzen).

Betrachtung - ich gestehe kritischeren Positionen ebensoviel Schlüssigkeit zu) eine Tendenz, Entscheidungskompetenzen auf bestimmten Gebieten nach 'vorn' zu verlagern (Kommunale Selbstverwaltung, Länderhoheit). Der politische Willensbildungsprozeß in offenen Gesellschaften gestaltet sich komplizierter und langwieriger, er erfordert sicher größere Kompromißbereitschaft und führt zu stärkeren Veränderungen der politischen Haltung bei den Beteiligten, letztlich wirkt er aber durch seine größere 'Konsens-Plattform' gesellschaftlich stabilisierend. Die Funktion der Polizei in einer geschlossenen Gesellschaft mag relativ einfach zu bestimmen sein. Die Weisungen und Direktiven der Zentralverwaltung waren 'abstrichlos' durchzusetzen, Fragen einer Verhältnismäßigkeit der Mittel waren nur insofern zu berücksichtigen, als keine politischen Interessen verletzt werden durften. Die Polizei war ihrem Namen nach eine Volkspolizei, nach der eigenwilligen Dialektik der realsozialistischen Ideologie war das Volk jedoch nur insoweit 'beschützenswert', als es sich den Interessen des ZK der SED unterordnete.

Die Position der Polizei in einer relativ offenen Gesellschaft ist hingegen sehr viel schwieriger zu beschreiben: Der westdeutschen Polizei kam, gerade in jüngster Zeit, bei öffentlichen Auseinandersetzungen immer größere Bedeutung als Konfliktregelungsinstanz zu, von der gefordert wurde, daß sie über konsensfähige Ressourcen zur Konfliktbearbeitung verfügt; nach einer Epoche der direkten Konfrontation (in der die Polizei sich gar nicht 'richtig' verhalten konnte) schien sie anschließend die heftigste Schelte dann zu bekommen, wenn sie nicht angemessen reagierte, wobei nicht nur ein Übermaß an Aktivitäten kritisiert wurde (wie z.B. im Fall des sog. 'Hamburger Kessels', bei dem nachweislich Menschen unverhältnismäßig lange festgehalten wurden), sondern verstärkt auch vermeintliches oder tatsächliches Nicht-Tätigwerden. Damit definiert sich eine 'offene' Gesellschaft auch dadurch, daß die Öffentlichkeit von der Polizei 'angemessene' Maßnahmen fordern und (vor allem) diese Forderung durchsetzen kann. M.a.W. läßt sich das Ausmaß von 'Offenheit' einer Gesellschaft auch danach beurteilen, inwieweit die Artikulation von Interessen der Bevölkerung das Handeln von Polizei und Polizisten konkret beeinflussen (das ist wohl mit dem Terminus vom 'Grad an Repräsentation von Bürgerwillen im staatliche Handeln' am besten zu beschreiben). Ich habe von ehemaligen Volkspolizisten regelmäßig den Satz gehört: "Die Polizei steht immer zwischen Staat und Bürger". Ich halte es dagegen für ein wesentliches Merkmal demokratischer Gesellschaften, daß der Antagonismus "Staat" (mit Polizei) auf der einen und "Bürger" (ohne Polizei) auf der anderen Seite überwunden werden kann. Die Notwendigkeit, über die Repräsentation von Bürgerwillen im

Organisationshandeln der Polizei nachzudenken, ergibt sich im übrigen nur für Polizeien offener Gesellschaften.

6.5 Sicherheit und Verlust

Die Erfahrung von Sicherheit (genauer: die Suche nach neuer Sicherheit) und Verlust früherer Sicherheiten halte ich für eine zentrale Erlebensdimension der Menschen in den neuen Bundesländern. Bei den Polizisten war dies besonders eng mit ihrem beruflichen Handeln verknüpft: schließlich waren und sind sie häufig mit Situationen konfrontiert, in denen plötzlich und unvorbereitet ein individueller 'Status quo' verändert und damit Unsicherheit geradezu 'durch das Berufshandeln' hergestellt wird. Konstitutiv für die Arbeit der Polizei ist es, daß diese Veränderungen von den Betroffenen oft als dramatisch und meistens als negativ erlebt werden. Viele Tätigkeiten der Polizisten ließen sich unter dieser Perspektive darstellen (Verkehrsunfall-Aufnahme, Bearbeitung von Diebstahlsdelikten, Einsätze bei Konflikten unter Privatpersonen). Schließlich verändern die Polizisten individuelle Dispositionen erheblich im Rahmen ihrer repressiven Arbeit (vorläufige Festnahmen, längere Freiheitsentziehungen etc.).

Die gesellschaftliche Erfahrung von Unsicherheit wirkt sich auf das individuelle Berufshandeln der Polizisten aus und bildet sich bei der Wahrnehmung ihrer eigenen Interessen und Bedürfnisse ab. Dies werde ich im folgenden zu begründen versuchen. Subjektiv fühlten sich die Polizisten besonders durch die Zunahme von Raubüberfällen bzw. Überfällen auf Geldinstitute belastet, einen Tatbestand, den es in der DDR nahezu nicht gab. Bezeichnenderweise steht die subjektive Wahrnehmung in offenem Mißverhältnis zu den objektiven Fallzahlen. Bisher haben die Beamten in der Stadt einen Banküberfall erlebt. Begriff und Bedeutung des Ausdrucks "Banküberfall" steht aber nach meiner Auffassung beispielhaft für die subjektiv erlebte Ambivalenz der Polizeiarbeit schlechthin: einerseits beschreibt er die größte Herausforderung an das professionelle Selbstverständnis: der Polizist erlebt sich dabei als klassischer 'crime fighter'; andererseits ist er für die Beamten (zumindest in dieser Stadt) auch zum Inbegriff der Lebensbedrohung geworden, da es dabei zu einem heftigen Schußwechsel zwischen den Tätern und der Polizei kam. In diesem Zusammenhang sagte ein älterer Beamter: "Früher haben wir unsere Pistolen verdeckt getragen; eine 'waffenstarrende' Polizei paßte nicht in das sozialistische Gesellschaftsbild. Wir haben nie mit der Wahrscheinlichkeit gerechnet, irgendwann einmal die Waffe zu benutzen - wir mußten auch nie Gewalt

anwenden. Heute ist das anders: heute habe ich Angst, irgendwann einmal schießen zu müssen." Diese Angst ist subjektiv konkreter geworden und es bedarf keiner großen Phantasie, um zu vermuten, daß hinter der Scheu, selbst schießen zu müssen, auch die Angst steht, Opfer dieser Gewalt zu werden.

6.6 Exkurs: Zur Bedeutung des Geldes für die Polizisten

Mit Banken und Banküberfällen verbinden sich unmittelbar Gedanken an (viel) Geld. Im Kontext von Sicherheit und Verlust hat Geld für die Polizisten besondere Bedeutung bekommen. An einem relativ trivialen Beispiel läßt sich m.E. sehr deutlich die Auseinandersetzung mit den dahinter verborgenen Bedürfnissen darstellen.

Beispiel 12

Geld spielte für die Polizisten eine doppelte Rolle: zunächst als Medium für sie selbst; so verzögerte sich einmal durch Umstrukturierung der Finanzverwaltung die Gehaltszahlung um mehrere Wochen. Zu jedem Dienstbeginn wurde im Kollegenkreis gefragt, ob das Geld endlich auf dem Konto sei; das war einige Tage nicht der Fall und wurde jedesmal Inhalt erregter Kommentare. Es herrschte ein allgemeines Bewußtsein darüber, daß so etwas "nicht in Ordnung" sei: man fühlte sich ungerecht behandelt. Größer als die manifesten Unannehmlichkeiten - es wurde niemand an die Subsistenzgrenze gebracht - war die symbolische Bedeutung: die Behörde kümmert sich nicht genügend um ihre Mitarbeiter und die drohten mit Kündigung bzw. Minderarbeit. Psychoanalytisch gewendet, hat die 'böse Mutter' ihre Kinder nicht mehr ausreichend genährt. Und die Kinder zeigten sich ob dieser Vernachlässigung trotzig: sie drohten damit, die Mutter zu verlassen. Schließlich traf das Geld aber doch ein und die Gemüter waren vorläufig wieder besänftigt. Relativ schnell schienen die Polizisten die Bedeutung des Geldes in einer Marktgesellschaft erkannt und dieses auch für ihr berufliches Handeln adaptiert zu haben (verdichtet in dem gängigen Satz "Heute regiert nur noch das Geld die Gesellschaft"). Jedoch war nicht nur das 'eigene' Geld wichtig geworden, auch das öffentliche, also Geld, das in den Banktresoren lag. Seinem 'Fetisch-Charakter' entsprechend, wurden auch die Aufbewahrungsorte des Geldes behandelt. Zunächst ist mir aufgefallen, daß der DGL die Nachtdienststreifen des öfteren gezielt angewiesen hat, alle Banken im Streifengebiet zu kontrollieren; wir sind einmal nach einer solchen Anweisung von Bank zu Bank gefahren und haben nachgesehen, ob sie noch 'heil' sei. Im übrigen konnte ich anlässlich solcher Kontrollen auch feststellen,

wie einzelne Polizisten ihren Spielraum bei der Verdachtsschöpfung nutzten, die Kontrollen der Banken wurden nämlich sehr unterschiedlich durchgeführt; eine Besatzung fuhr lediglich mit dem Auto vorbei und der Streifenführer trug die Uhrzeit in sein Notizbuch ein; ein anderes Streifenteam stelle den Wagen vor der jeweiligen Bank ab und beide Polizisten gingen mit Taschenlampen um das Gebäude, überprüften den Verschluss der Türen sowie die sichere Verankerung der Fenstergitter. In der Realität wurden auch in den neuen Bundesländern die Banken wenn, dann tagsüber überfallen, mir ist kein Fall bekannt geworden, in dem eine Bank nachts geplündert wurde. Vom DGL war dazu lediglich zu erfahren, daß es sich um Präventivmaßnahmen handele, da noch nicht alle Banken den Sicherheitsanforderungen westlicher Kreditinstitute entsprächen. Diese rationale Erklärung vermochte wieder nicht zu befriedigen, es bot sich daher erneut die Symbolebene an, um hinter den subjektiven Sinn solche Handelns zu kommen: die Polizisten taten eigentlich etwas sehr naheliegendes und 'sinnhaftes': sie beschützten 'das Allerheiligste' und den Ort, an dem es aufbewahrt wurde. Es war damit in erster Linie eine sinnlich-symbolisch begründete 'kultische Handlung', die dem hohen Stellenwert des Geldes Respekt zollte, und nur vordergründig Ergebnis einer rational-kriminalistischen Lagebeurteilung.

Beispiel 13

Ein Beamter faßte die allgemeine Haltung der DDR-Bevölkerung zum Geld so zusammen: "Erstens war früher unser Geld nichts wert. Zweitens, ist es nicht darauf angekommen, ob Du Geld hattest oder nicht - Geld spielte in unserem Leben gar keine so große Rolle - wichtiger war, ob es das, was du gerade haben wolltest, auch gab. Außerdem: wenn früher jemand gewagt hätte, eine Bank zu überfallen und unser Geld dort rauszuholen, es war ja unser Geld, Geld war sozialistisches Eigentum, dann hätten wir alle Grenzen dichtgemacht, wir hätten alle Kontrollstellen besetzt und hätten denjenigen solange gejagt, bis wir ihn gefunden hatten. Das war ja auch so was: du konntest ja hier nicht weg, überall war die Polizei. Für die Fahndung (nach Verdächtigen, R.B.) war das früher echt besser. Heute müßte uns das Geld doch eigentlich gar nicht mehr interessieren. Es ist doch nicht mehr unser Geld, das da liegt. Das ist doch das Geld von den Reichen, aber es ist doch kein Kollektiveigentum mehr. Ich weiß gar nicht, warum wir uns so verrückt machen, wenn da eine Bank überfallen wird."

Worin begründete sich der hohe Stellenwert, was symbolisiert für die Polizisten das Geld und warum steht es im Zusammenhang von Sicherheit und Verlust? Es hat nach meinem Dafürhalten ebenfalls mit den Bedingungen einer 'geschlossenen'

Gesellschaft zu tun. Die Kollegen erzählten mir, daß sie sich eigentlich sozial und ökonomisch früher gut abgesichert wußten. Mit dieser Sicherheit war möglicherweise weitgehende Infantilisierung und Entmündigung verbunden, aber Existenzsorgen kannten die Polizisten, wie im übrigen die meisten DDR-Bewohner, nicht. Das gab dem gesellschaftlichen Leben etwas Beständiges und Berechenbares, etwas, worauf man sich verlassen konnte. Vieles mag in der 'ex-post'-Betrachtung verklärt worden sein und was heute Menschen als 'verlässlich' und 'berechenbar' bezeichnen, könnte genausogut auch 'leblös' oder gar 'repressiv' genannt werden. Es klingt möglicherweise zynisch, aber für viele waren die Repressionen in der DDR-Gesellschaft vertraut und 'handhabbar', mehr noch: man war sich ihrer immer sicher. Hans-Joachim Maaz (1990) beschreibt in seinem 'Psychogramm der DDR' mit großer Materialfülle die Formen und Folgen der repressiven Gesellschaftsstruktur der DDR. Wenn er auch oft etwas großzügig verallgemeinernd und möglicherweise überzeichnet, so macht er doch deutlich, daß es in der DDR-Gesellschaft ein unmittelbares 'Beziehungsgeflecht' von individuellen Charakterstrukturen, die er als "gehemmt" und "zwanghaft" bezeichnet, und den gesellschaftlichen Strukturen gegeben hat. Vor diesem Hintergrund hat die neue 'Individuation', die in weiten Teilen ja auch Freisetzung ('Entbindung') war und die Ambivalenz von Chance und Risiko in sich vereinigte, auch den Beigeschmack von Schnellebigkeit und vor allem Unverbindlichkeit bekommen. Für die Mehrheit in der Gruppe symbolisierte das 'Geld' eine neue Machtfülle (man kann sich alles leisten, wenn man bezahlen kann), die allerdings Menschen auch zu korrumpieren in der Lage war. Einige Polizisten berichteten, daß für sie erstmals das Geld knapp wurde (während meines Aufenthalts wurden die meisten Mietverträge geändert, was für einige mit Kostensteigerungen von mehreren hundert Prozent verbunden war). Ein Kollege war über seine finanzielle Situation besonders verbittert: "Jetzt ist zwar die Mauer weg und ich kann jetzt theoretisch überall hin in Urlaub fahren, aber ich habe heute weniger Geld als früher und kann wieder nicht weg. Da pfeif' ich auf die Freiheit!" Es waren die zahlreichen Optionen und Möglichkeiten, die Verwirrung stifteten, so der Zusammenhang von Bewegungsfreiheit und Liquidität bzw. die damit verbundene Kehrseite des "rational begründeten, freiwilligen Verzichts". Vor dem Hintergrund der ganz realen Probleme im Zusammenhang mit dem gesellschaftlichen Wandel traten solche Ideale wie Freizügigkeit und Reisefreiheit zunächst in den Hintergrund, ich deute diesen Satz aber vor allem als Ausdruck einer momentanen ohnmächtigen Wut, die möglicherweise auch auf mich in der

Vgl. Maaz 1991, 97 ff.

Eigenschaft als saturierter 'West-Bürger' projiziert wurde.

6.7 Neubeginn in "alter Hülle"

In einer Ausgangsüberlegung wollte ich das Problem des Wandels mit der Metapher verdeutlichen, daß man Ideologien nicht wie eine Uniformjacke nach Belieben wechseln kann. Damit wollte ich sagen, daß der Prozeß der Veränderung von Werten in den Köpfen der Polizisten ein viel langwierigerer sein würde, als das Ändern der äußeren Rahmenbedingungen. Jedoch hatte selbst der schnelle Wechsel von einer Uniform in die andere noch nicht stattgefunden. Lediglich die Kokarden an den Uniformmützen und die Schulterstücke (Dienstgradabzeichen) wurden den bundeseinheitlichen Uniformen angepaßt, ansonsten waren die Polizisten noch genauso gekleidet und ausgerüstet wie früher (sieht man von einigen westlichen Dienstfahrzeugen aus der Produktion eines Rüsselsheimer Automobilherstellers und der stattlichen Anzahl neuer Formulare einmal ab). Zum ersten Mal hat das Uniform-Problem ein leitender Polizist der Dienststelle thematisiert. Das Tragen der alten Uniform stellte er dar als geradezu erzwungene Kontinuität; die Polizisten könnten nicht, wie viele Menschen in anderen Berufen, ihre Vergangenheit klammheimlich an den Nagel hängen und einen Neubeginn im Schutz der Anonymität wagen. Als einzige Vertreter staatlicher Macht müsse die Polizei mit den früheren, negativ besetzten Symbolen weiterleben. Man müsse also als Uniformträger mit den gleichen Symbolen der Macht weiterarbeiten, die man eigentlich ablegen wollte, was anderen Berufsgruppen sehr viel leichter gefallen sei.

Diese Einschätzung entsprach in etwa der Haltung der Öffentlichkeit zur alten Uniform; die Polizisten sahen das z.T. ganz anders. Zunächst bin ich davon ausgegangen, daß sie darunter leiden müßten, die alten Uniformen weiter zu tragen. Mit dieser Vorannahme bearbeitete ich auch dieses Thema. Plötzlich schien das jedoch gar nicht mehr so klar zu sein: einige von ihnen erkannten mein Problem gar nicht; sie schilderten das Weitertragen der alten Uniform als nicht konfliktträchtig, im Gegenteil, sie lobten ihre praktischen Vorzüge. Ein Vertreter dieser Gruppe sagte beispielsweise, daß er nicht einsehen könne, warum die alten Uniformen eingestampft und für viel Geld neue Uniformen gekauft würden. Von ihm aus könne es ruhig in den alten Uniformen weitergehen, weil der Mensch, der darin steckt ja derselbe geblieben sei und man die Menschen sowieso nicht nach alter oder neuer Uniform beurteilen könne. Die Vermutung, daß die alten Uniformen der Bevölkerung stets aufs Neue Erinnerungsbilder an 'alte Zeiten' bieten und daß sie zur

'Projektionsfläche' für aufgestauten Haß und nicht überwundene Ohnmacht gegen das DDR-Regime werden, wurde außerhalb der Polizei immer wieder bestätigt, von den Polizisten jedoch fast einheitlich abgewiesen.

Konkret habe ich solche Aversionen bei den Streifenfahrten nie erlebt, auch verbale Aggressionen gegen die Polizisten sind nicht vorgekommen. Die Polizisten der Dienstgruppe berichteten nicht davon, daß ihre Uniform besondere Haßgefühle hervorrufe (weitaus die meisten Polizisten gingen in Uniform zum Dienst). Daß ich trotzdem an meiner Hypothese festhalte, ergibt sich vor allem aus den Beobachtungen der Interaktionsformen zwischen Polizisten und der Bevölkerung.

Am auffälligsten war, daß die Polizisten während meiner gesamten Aufenthaltsdauer praktische nur auf Anfrage tätig geworden sind; Kontakte mit der Bevölkerung gab es ausschließlich in solchen Fällen, in denen sich Menschen an die Polizei gewandt haben, um Hilfe bei einem Problem zu erhalten oder andere Sachverhalte zu klären; auch die weitaus häufigsten Einsatzanlässe, nämlich die zahlreichen Verkehrsunfallaufnahmen, fielen hierunter. Insgesamt waren Kontakte mit der Bevölkerung, gemessen am Niveau der alten Bundesländer, deutlich seltener, es gab Arbeitstage, in denen nur vier bis fünf Kontakte anfielen, der Rest der Zeit verbrachten wir mit Streifenfahrten oder Arbeiten auf der Dienststelle. Kontakte mit der Bevölkerung (besonders zu denken wäre an unterschiedliche Kontrollmaßnahmen) aus eigenem Antrieb habe ich nicht beobachtet. Dafür sind viele Gründe denkbar (man führte u.a. die fehlende Fahndungselektronik an, die Kontrollen von vornherein ineffektiv mache). Ein Grund ist m.E. auch die unbewußte Angst, durch Kontrollmaßnahmen bei den Betroffenen Gefühle auszulösen bzw. Äußerungen zu provozieren, die die Polizisten wieder in Verbindung mit der Staatssicherheit rücken könnte. Sie berichteten davon, vereinzelt schon als "StaSi-Schweine" beschimpft worden zu sein, was sie sehr betroffen machte. Nach der 'Wende' mußten sie feststellen, daß sie z.T. mit anderen staatlichen Repressionsinstrumenten 'in einen Topf geworfen' wurden. Solche Diffamierungen ließen sich am einfachsten umgehen, indem man die Anzahl der Kontakte mit der Bevölkerung minimierte.

Beispiel 14

Erstmals fiel mir diese Form der Zurückhaltung anlässlich eines größeren Stadtfestes auf. Dabei wurde der gesamte Stadtkern zum Festgelände umgestaltet, die Veranstaltung dauerte drei Tage und wurde von insgesamt mehr als 100.000 Menschen besucht. Dem Veranstalter wurde von der Ordnungsbehörde aufgetragen, im inneren Bereich des Veranstaltungsraumes eigenes Ordnungspersonal

einzusetzen. Diesen Ordnungsdienst übernahm komplett ein westdeutsches gewerbliches Sicherheitsunternehmen. Die Aufgabe der Polizei beschränkte sich darauf, die Peripherie des Festgeländes und die anschließenden Straßenzüge zu überwachen; das Veranstaltungsgebiet selbst war 'polizeifreier Raum'. Diese Verfahrensweise wurde vom amtierenden Dienststellenleiter als taktische Entscheidung gerechtfertigt, da die Polizei auf diese Weise einer Arbeitsüberlastung vorgebeugt habe. "Da müssen wir uns gar nicht sehen lassen, die Leute kommen ohne uns viel besser zurecht", so wurde die Abstinenz begründet. Es paßte jedoch nicht zu dieser Argumentation, daß es den Streifenbeamten regelrecht verboten war, das Veranstaltungsgelände im Rahmen der Streife ohne einen triftigen Grund zu betreten. Das Problem, praktisch die gesamte Innenstadt durch ein privates Sicherheitsunternehmen kontrollieren zu lassen, entschärfte er dadurch, daß er sich "auf die Leute (des Privatunternehmens, R.B.) hundertprozentig verlassen" könne und mit ihnen im übrigen ständig in Funkkontakt stehe. Den vollständigen Rückzug der Polizei aus dem Blickfeld der Öffentlichkeit vermochten aber die dargelegten taktische Gründe nicht befriedigend zu erklären. Vielmehr unterstützt dieses Beispiel m.E. die These, daß sich im Handeln der Polizisten etwas zeigte, das man die "präventive Wirkung des Nicht-Kontrollierens" bezeichnen kann. An anderer Stelle habe ich diesen Aspekt informelles Kontroll-Moratorium genannt.

Die Antinomie von Sicherheit und Verlust ließ sich anhand der Uniformproblematik relativ augenfällig beobachten. Eine Zuspitzung der Auseinandersetzung mit ehemaligen und aktuellen Statusfragen läßt sich anhand eines noch auffälligeren Symbols beschreiben: es handelte sich dabei um die Dienstgradabzeichen auf den Schulterstücken der Uniform. Dazu ein erklärender Vorspann: außer dem Bundesland Hessen haben alle Polizeien der Länder und die des Bundes (Bundesgrenzschutz) einheitliche Dienstgradabzeichen. Das gilt auch für die neuen Bundesländer. Normalerweise verfügt jeder Polizist über eine ausreichende Anzahl solcher Schulterstücke (es handelt sich dabei um verstärkte Stoffstreifen mit aufgenähten Sternen, die auf den Schulterflächen des jeweiligen Bekleidungsstücks zu befestigen sind). Das war in der beobachteten Stadt anders, es gab einfach zu wenig Schulterstücke, so daß für jeden Beamten lediglich ein Paar ausgegeben werden konnten. Im Sommer war das kein Problem, man trug das eine Paar immer mit dem jeweiligen Diensthemd. Während meiner Beobachtungszeit wurden aber die Nächte z.T. schon so kühl, daß das Tragen eines Anoraks oder anderer Oberbekleidung notwendig wurde. Damit fingen die Probleme an: es gab für die anderen Bekleidungsstücke keine Schulterstücke. Immer wieder wurde dieser Punkt zum Gegenstand heftigster Debatten in der Dienstgruppe. Problematisiert wurde insbesondere, daß die neuen Schulterstücke, die den aktuellen Dienstgrad anzeigen, mit den alten Schulterstücken der VP (die den - in der Regel höheren - alten Dienstgrad bekundeten) nicht zusammen getragen werden durften. Mit sehr vielen Affekten wurden Szenen phantasiert, in denen sich die 'neuen' Polizisten mit ihren 'alten' Statussymbolen auseinandersetzten. Ein Beamter, der früher weit höher eingestuft war als heute, erzählte: "Stell Dir vor, ich geh' mit meinem Anorak raus und da sind meine alten Dienstgradabzeichen drauf; da denkt jeder ich bin Oberleutnant, weil die alten Schulterstücke sind die von einem Oberleutnant. Dabei bin ich heute Obermeister" (eine um drei Dienstrangstufen niedrigere Position, R.B.). Für den Erzähler war es ein seriöses Problem, nicht seiner neuen Stellung entsprechend identifiziert zu werden. Ich vermute, daß dieses Thema einen 'Code' darstellte, mit dem die wirklichen Sorgen und Ängste bearbeitet werden sollten: Darin kam nämlich folgendes zum Ausdruck: die Polizisten fühlten sich vernachlässigt, nicht ernst genommen und nicht ausreichend beachtet, nicht gut versorgt. "Wenn der Dienstherr schon nicht genügend Schulterstücke beschaffen kann, was macht er dann erst bei den großen Problemen?", bemerkte dazu ein Beamter. Desweiteren haben die Polizisten in den zum Teil sehr emotionalen und heftigen Gesprächen um die neuen Status-Symbole sicher auch ausagiert, was sie tatsächlich erfahren haben: nämlich den Verlust alter Machtbefugnisse, bekannter

Erkennungsmerkmale sowie ihres festen Platzes in der Organisation und der Gesellschaft. Die meisten heutigen Beamten des Mittleren Dienstes sind niedriger eingestuft worden, als sie es im Polizeidienst der DDR waren. Das wurde am besten durch die Dienstgradabzeichen angezeigt. Obwohl ich die zwischenzeitlich formulierte Degradierungs-These mittlerweile aufgegeben hatte, glaubte ich Evidenz für die Annahme gefunden zu haben, daß die Schulterstücke identitätsstiftende Funktion haben können. Die alten Zeichen hatten diese Symbolkraft, die neuen reichten zur Identitätsbegründung (noch) nicht aus. Am Beispiel der Kombination von alten Uniformen und neuen Dienstgradabzeichen läßt sich die Inkompatibilität von alten Statussymbolen und neuen Funktionen verdeutlichen. Der nach außen durch zwei verschiedene Uniformteile dargestellte 'unklare Zustand' bildet symbolisch exakt den indifferenten Status quo der gesamten Polizei ab: die Organisation versucht nach besten Kräften, sich ein neues Selbstverständnis zu erarbeiten, ist dabei aber zum Teil noch verwiesen auf alte Traditionen und Konventionen.

7. Handeln unter komplexer Unsicherheit

7.1 Statusängste

In der beforschten Dienststelle hatten die Polizisten neben Fragen und Problemen des täglichen Dienstes zusätzlich auch individuelle Unsicherheiten zu bewältigen. Über die privaten Probleme der Existenzsicherung und der ökonomischen und sozialen Neuorientierung bin ich auf erhebliche Statusängste gestoßen. Mit Statusangst bezeichne ich die Angst vor dem Verlust des Arbeitsplatzes oder der bisherigen beruflichen Position innerhalb der Organisation. Die Statusinkonsistenzen variieren in den verschiedenen Laufbahngruppen:

- die heutigen Beamten des Mittleren Dienstes (Polizeihauptwachtmeister, -meister, -obermeister und Polizeihauptmeister), die in der VP der DDR ebenfalls im Streifen dienst eingesetzt waren und heute im wesentlichen weiter in dieser Funktion tätig sind; bei ihnen dominierten subjektive Ängste um die endgültige Übernahme in das Beamtenverhältnis, die in der Regel objektiv nicht in diesem Ausmaß bestehen müßten.

- die früheren Offiziere des Mittleren Dienstes (bis zum Dienstgrad "Hauptmann"), die nach dem Besuch entsprechender Offiziersschulen in der VP Vorgesetztenfunktion hatten, die in etwa mit dem heutigen Gehobenen Polizeidienst

(Kommissar bis Hauptkommissar) zu vergleichen sind; sie sind zum größten Teil noch nicht auf ihre Verbindungen zum MfS hin überprüft und lebten mit der konkreten, in den meisten Fällen gleichwohl nicht sehr wahrscheinlichen Möglichkeit, später aus dem Polizeidienst entlassen zu werden

- die ehemaligen höheren Offiziere (ab "Major"), die in der VP größere Führungskompetenz hatten und deren Ausbildung sie zur Übernahme von Funktionen in der Laufbahn des heutigen höheren Dienstes (Polizei- bzw. Kriminalrat bis zum Leitenden Polizei- bzw. Kriminaldirektor) berechtigen würde. Ihre Übrüfungsergebnisse trafen z.T. während meines Aufenthalts ein und für einige frühere Offiziere hieß das, den Polizeidienst zu quittieren

- Schließlich gab es noch eine quantitativ kleinere Gruppe von Beamten, die in der VP einen Offiziersrang erreicht hatten, ohne die übliche Offiziersschule besucht zu haben. Diese Bediensteten haben statt dessen aufgabenspezifische sog. ABV - Schulen absolviert; die Abkürzung steht für den Begriff des "Abschnittsbevollmächtigten", eine Funktion innerhalb der VP, die heute - im wesentlichen unzutreffend - mit der des in einigen alten Bundesländern etablierten Kontaktbereichsbeamten verglichen wird; unzutreffend deshalb, weil der ABV in der Sicherheitsdoktrin der DDR eine weitaus intensivere Kontrollfunktion hatte als der Kontaktbereichsbeamte; bei diesem lag implizit die Idee einer Reform der Polizei und Vorstellungen von gemeindenaher Polizeiarbeit (in der Kriminologie unter dem Terminus "Community policing" besser bekannt) zugrunde; die Einführung solcher Funktionen hing wesentlich mit dem Erkennen erheblicher Kontaktdefizite zwischen Polizei und Bevölkerung zusammen (die z.B. in West-Berlin mit Einführung von "effizienteren" Großraumrevieren entstanden sind) und hatten damit im wesentlichen kompensatorischen Charakter; der ABV war dagegen schon seit langer Zeit Bestandteil eines weit in die Bevölkerung hineinreichenden Kontroll- und Überwachungssystems; seine Arbeit wurde zu einem nicht unerheblichen Teil von sog. "Freiwilligen Helfern" unterstützt, die der ABV zu rekrutieren und anzuleiten gesetzlich gleichermaßen ermächtigt wie verpflichtet war. Insofern war die Inanspruchnahme von Privatpersonen für polizeiliches

Dazu ausführlich: Forum der Kriminalistik, 6/1985 Berlin (Ost). Darin ein Beitrag von Birgitt Griep, Oberstleutnant der Kriminalpolizei, die die Funktion solcher Privatpersonen als Hilfsorgane der Polizei verdeutlicht; sie schildert den Einsatz freiwilliger Helfer der VP zur Unterstützung der Kriminalpolizei als eine wirksame Form der Einbeziehung gesellschaftlicher Kräfte bei der Lösung kriminalpolizeilicher Aufgaben: "Mit ihrer ehrenamtlichen Tätigkeit wirken sie (die freiwilligen Helfer, R.B.) aktiv an der Vorbeugung und

Handeln in der DDR die Regel, während Zuträgerdienste aus der Bevölkerung für die Kontaktbereichsbeamten eher Ausnahmen darstellten. Neben dieser Kontrollfunktion hatte der ABV aber durchaus auch 'soziale Regelungsfunktionen und -kompetenzen', wie die Befriedung von Konflikten unter den Einwohnern seines Bezirks; dabei standen ihm zahlreiche informelle Regelungsmöglichkeiten zur Verfügung, die er nicht zuletzt aufgrund seines Bekanntheitsgrades und der relativ großen Akzeptation durch viele Bewohner in seinem Zuständigkeitsbereich einsetzen konnte.

Man kann von einem regelrechten Zwei-Klassen-System innerhalb der Gruppe der ABV's sprechen: es gab diejenigen mit fachspezifischer Qualifikation und andere, die eine traditionelle Offiziersausbildung absolviert hatten (im Polizisten-Jargon auch als "Edel-ABV" bezeichnet). Während die Bildungsabschlüsse in den übrigen beschriebenen Laufbahngruppen der VP vom neuen Dienstherrn anerkannt worden sind, mußten die ABV-Offiziere mit fachbezogener Ausbildung die Laufbahn wechseln sie werden heute im Mittleren Polizeidienst eingesetzt.

7.1.1 Subjektive Statusängste

Natürlich sind Ängste immer subjektiver Natur. Der Begriff soll aber verdeutlichen, daß es sich hierbei um Ängste handelt, die möglicherweise mit objektiven' Statusgefahren nicht deckungsgleich sind (auf sie kam es in diesem Zusammenhang jedoch nicht an). Die Polizisten des heutigen Mittleren Dienstes wurden fast alle im Verhältnis zu ihren früheren Dienstgraden zurückgestuft, hatten aber den 'Vorteil', schon als Beamte auf Probe übernommen worden zu sein. Die soziale Sicherung durch den Beamtenstatus wirkte aber keineswegs beruhigend, die subjektive Perzeption lag sehr viel stärker auf dem Zusatz "auf Probe". Von dieser Probezeit ging eine bestimmte Vorläufigkeit aus. Die Beamten fühlten sich noch nicht als 'richtige' Beamte. Diese erneute Probe-Zeit vermittelte den Beamten, insbesondere den älteren, symbolisch die geringe Wertschätzung ihrer bisherigen Tätigkeit in der Polizei durch den neuen Arbeitgeber. In den Gesprächen wurde immer wieder deutlich, daß es ihnen nicht so sehr darauf ankam, im Dienstgrad herabgestuft worden zu sein; zuerst hielt ich das für die Abwehr einer inneren Scham über erfahrene Herabsetzung. Da ich aber im Fortgang der Beobachtung keine weiteren Hinweise auf Schwierigkeiten zum Phänomen der 'Degradierung' mehr erhielt, habe

Aufklärung von Rechtsverletzungen und an der Festigung der sozialistischen Gesellschaft mit." (S. 13).

ich diese Vermutung nicht mehr weiterverfolgt. Häufig wurde dagegen die Angst thematisiert, die von dem Zusatz "auf Probe" ausging. In Gesprächen unter den Gruppenmitgliedern kam immer wieder zum Vorschein, daß keiner der Betroffenen konkrete Vorstellungen davon hatte, was in der Probezeit von ihnen erwartet wurde. Diese Unsicherheit führte zu unbestimmten Gefühlen des Ausgeliefertseins, was sowohl ein hohes Maß an Nervosität und Aufmerksamkeit als auch relativ hohe Anpassungsbereitschaft nach sich zog. Für die Polizisten stand fest, daß der Berater des 'Paten-Bundeslandes' eine gewichtige, wenn nicht die entscheidende, Rolle bei der Frage nach dem beruflichen Werdegang haben würde. Dementsprechend war das Verhältnis der weitaus meisten "Beamten auf Probe" zum Berater eher distanziert-vorsichtig als vertrauensvoll. Einen Hinweis auf die Ängste und Phantasien erhielt ich durch eine Redewendung der Polizisten, die häufig davon sprachen, "vor-beamtet" zu sein: ein Dienstverhältnis, das es im Beamtenrecht so nicht gibt - allenfalls konnte damit die "Probezeit in der Probezeit", also der Status 'Beamter auf Widerruf' gemeint sein - gleichwohl aber eine Sprachschöpfung, die genau bezeichnete, was die Beamten fühlten. Die Ängste waren häufig in Witzen und ironischen Bemerkungen versteckt: so wurde beispielsweise die sehr säuberliche Zeichnung einer Unfallskizze, die ein Polizist gerade anfertigte, von einem hinzukommenden Kollegen kommentiert mit "ja, mach' das nur ordentlich, Du weißt, du bist erst vorbeamtet". Die Phantasien der Streifenpolizisten um die Bedingungen für eine Weiterbeschäftigung und den Beamtenstatus drehten sich hauptsächlich um die Erfüllung formaler Anforderungen wie Fleiß, Pünktlichkeit, ordentlicher Dienstanzug sowie um 'unauffälliges', angepaßtes Verhalten. Der Dienststellenleiter meinte dazu, daß er im Moment kaum Disziplinschwierigkeiten mit einzelnen Mitarbeitern habe, meistens genüge eine mündliche Ermahnung, um unerwünschtes Verhalten zu korrigieren. Allerdings konstatierte er im allgemeinen ein Nachlassen von früher selbstverständlichen 'Werten'. Ihm war der gegenwärtige allgemeine Zustand schon etwas "zu locker" und man müsse wohl in Zukunft wieder für "etwas mehr Disziplin" sorgen. Die Sorge, daß "das Pendel nun in die andere Richtung ausschlage" und dort, wo früher zuviel 'Drill' geherrscht habe, eine betont legere Haltung Platz greife, haben mehrere Führungskräfte mitgeteilt (möglicherweise ein Hinweis auf universelle Vorgesetzten-Ängste).

Im Zusammenhang mit dem Tragen der alten und neuen Dienstgradabzeichen ist diese These kurzfristig wieder belebt worden, jedoch interpretiere ich das eher als Suche nach Statussicherheit und Eindeutigkeit, nicht so sehr als Versuch, alte Positionen unbedingt behalten zu wollen.

7.1.2 Objektive Statusbedrohung

Während für die heutigen Beamten des Mittleren Dienstes von einer unmittelbaren Statusgefährdung im allgemeinen nicht gesprochen werden konnte, galt für das Führungspersonal ganz konkret, daß sie nicht wußten, ob sie im folgenden Monat noch Polizisten sein würden oder nicht. Alle früheren Offiziere der VP wurden daraufhin überprüft, ob sie als sog. Informelle Mitarbeiter (IM) für das MfS gearbeitet haben oder sonst in irgendeiner Weise in "Systemnähe" waren. Diese Überprüfungen standen für den Leiter der Dienstgruppe und den Dienststellenleiter zum Zeitpunkt meines Aufenthalts noch aus. Beide bezeichneten sich als 'Polizisten aus Leidenschaft' und wiesen übereinstimmend auf die Unerträglichkeit des ständigen Bewußtseins von der drohenden Entlassung hin. Beide Männer benutzten nach eigenen Aussagen ihre Aufgabe im Beruf auch als Form der Ablenkung, um nicht ständig an die mögliche Entlassung zu denken. Der Dienstgruppenleiter argumentierte dabei sehr stark orientiert an der Verantwortung gegenüber den Kollegen der eigenen Dienstgruppe. Er betonte häufig seine 'Fürsorgepflicht' gegenüber der ihm anvertrauten Mitarbeiter; bezeichnenderweise leitete er seine Verantwortung nicht aus einer Vertragspflicht (Arbeitsvertrag, Dienstverpflichtung) ab, sondern aus einem - wie ich meine - 'ethischem Bewußtsein': in den Gesprächen gewann ich den Eindruck, daß dieser DGL (wie im übrigen viele andere, die eine ethische Dimension der Verantwortung für ihre Mitarbeiter spürten), sich in seiner Dienstgruppe auch deshalb so stark engagierte, weil er dadurch für sich eine Möglichkeit schuf, sinnstiftende Arbeit zu tun und seine Identität als Polizist und (väterlicher) Vorgesetzter zu bewahren. Der Dienststellenleiter sprach ebenfalls von seiner Verantwortung gegenüber den Mitarbeitern; für ihn gab es aber darüber hinaus noch einen 'offensiven' Aspekt: er war bemüht, vielfältige Kontakte zu anderen Organisationen und zur Öffentlichkeit herzustellen und bei ihnen die Polizei als 'offene' Organisation vorzustellen, die kooperativ ist, Vertrauen verdient und nichts zu verbergen hat. Natürlich waren die verschiedenen Ausrichtungen in erster Linie verbunden mit der jeweiligen Berufsrolle: der DGL hatte innerhalb der Organisation dafür zu sorgen, daß der interne Dienstbetrieb reibungslos lief, während der Dienststellenleiter Kontakt mit den diversen 'Außenwelten' des Systems Polizei herzustellen und zu halten hatte. Die ungewisse Arbeitssituation des Führungspersonals gibt einen weiteren Einblick in eine 'Umkehrung' von Gesetzmäßigkeiten offener Märkte: während dort in der Regel die weniger Qualifizierten und die Unflexibleren als erste 'freigesetzt' wurden, führt bei der Polizei höhere Qualifikation tendenziell eher zum Ausschluß als zur Arbeitsplatzsicherung, und

zwar nicht wegen fachlicher Minderqualifizierung, sondern wegen des intensiveren Zugriffs des MfS auf die damaligen Inhaber höherer Positionen (wie 'normal' und beinahe selbstverständlich die 'offizielle' Zusammenarbeit zwischen MfS und anderen Organisationen war, wird ein Westdeutscher nie ganz begreifen können - ich höre jedenfalls noch heute immer wieder von Menschen aus unterschiedlichsten Führungspositionen, daß sie gar nicht anders konnten, als sich mit den Mitarbeitern des MfS zu arrangieren - es liegt vielleicht an der "Banalität des Bösen", daß es im Alltag nicht mehr erfahrbar, sondern nur aus der historischen Distanz zu identifizieren ist). Völlig 'unbelasteten' Führungsnachwuchs gibt es in den Polizeien der neuen Bundesländer nicht, dafür waren die Bedingungen, unter denen es möglich war, in der VP eine Offizierslaufbahn einzuschlagen, zu stark an die sog. "Kaderakte" gebunden; weit mehr als in der Bundesrepublik setzte eine Karriere in der DDR die politische Zuverlässigkeit und viel weniger eine fachliche Qualifikation voraus. Die politische Zuverlässigkeit wurde durch ein sehr engmaschiges Netz verschiedener Kontrollen ständig überprüft. Es schien aber mindestens einen weniger stark in die Verflechtungen zwischen SED, MfS und VP verstrickten Kreis von Polizisten zu geben, der nun auf die Chance wartete, anders zu handeln, als es ihnen früher aufgezwungen wurde. Ich habe mit jüngeren Nachwuchskräften gesprochen, die mindestens ein Bewußtsein ihrer eigenen Beteiligung entwickelten, darüber hinaus aber auch vernünftige Argumente für ihre Beteiligung an einer Neuorganisation der Polizei hatten.

7.2 Die Bedeutung des sozialen Nahraums

Auf das Phänomen des sozialen Nahraums bin ich durch weitere 'Geschichten' gestoßen, die möglicherweise tatsächlich zum universalen Bestand aller Polizeien gehören und die zeigen, wie essentiell wichtig es für Polizisten ist, sich der Solidarität der Gruppe zu versichern und verbindliche Sicherheiten zu haben: es drehte sich um die gegenseitige Unterstützung der Polizisten, besonders in Gefahrensituationen. Die Geschichten sind so zahl- und facettenreich, daß die Wiedergabe einer konkreten Begebenheit wenig auszusagen mag, es kam während meiner Zeit auch nicht zu einer realen Bedrohungssituation, die eine solche Unterstützung erforderlich gemacht hätte.

Wichtiger ist jedoch der Aufweis, daß sich um dieses Thema zahlreiche Mythen bildeten, ich werde also darstellen, wie davon erzählt wurde und was darin zum Ausdruck kam. Die Unterstützung von Kollegen in Bedrängnis gehörte auch bei

dieser Gruppe zu den "höchsten kollegialen Werten"; mit Bedrängnis meine ich eine akute Gefahr für die Gesundheit oder das Leben der Polizisten; in der Regel sind es vielfältige unmittelbare Bedrohungssituationen im Rahmen der Dienstausbübung, die Polizisten veranlassen, Hilfe von Kollegen anzufordern. Die Pflicht zur Solidarität galt kategorisch. Gespräche um das Thema brachten immer wieder zum Ausdruck, daß die Unterstützung von Kollegen unabhängig von einer rechtlichen Bewertung zu geschehen habe. Es gehörte zur höchsten Polizistenpflicht, alles zu tun, um dem bedrängten Kollegen aus seiner Gefahr zu helfen. Ein Polizist, der sich dieser Forderung verweigern würde, hätte es in der Gruppe mehr als schwer gehabt. Dieses 'Dogma' ist nichts ungewöhnliches, man findet es in allen Berufsgruppen, deren erfolgreiche Arbeit wesentlich von der inneren Kohäsion und der Solidarität abhängt. Die Art und Weise, wie diese Themen besprochen wurden, legt die Vermutung nahe, daß innerhalb der Gruppe auf kommunikativem Wege von jedem Mitglied die Bereitschaft dargestellt werden mußte, die Unterstützungsverpflichtung auch zu übernehmen: Kennzeichen solcher Unterhaltung waren vor allem das Fehlen von Dissens und die expressive Vermittlung der eigenen Zustimmung (mindestens durch beifälliges Murmeln oder Kopfnicken, meistens aber durch eigene verbale Bestätigungen). Aus solchen Unterhaltungen konnte sich kein Beteiligter heraushalten, ohne sich dem Vorwurf auszusetzen, nicht mit allen anderen Kollegen übereinzustimmen (deshalb hielt sich wohl auch niemand heraus). Gespräche um Einsatzsituationen, die Hilfe durch andere Beamte erforderlich machten, hatten etwas 'esoterisches', es entstand dann regelmäßig eine Atmosphäre der engen "Verschworenenheit". Es wurden nicht lediglich Geschichten aus der Vergangenheit erzählt, sondern gleichzeitig allgemeiner Konsens über bestimmte 'Verhaltensregeln' hergestellt, deren Einhaltung die unverbrüchliche 'Kameradschaft' innerhalb der Dienstgruppe sicherte. Die Tatsache, daß solche Inhalte immer wieder repetiert wurden ließ mich vermuten, daß es sich um eine Gruppe handelte, in der noch nicht genügend praktische Erfahrungen gegenseitiger Unterstützung und Verlässlichkeit vorhanden waren (denn über Selbstverständliches muß nicht stets wieder gesprochen werden). Tatsächlich hatte diese Dienstgruppe noch keinen gemeinsamen größeren Einsatz zu bewältigen gehabt, der sich zur eigenen Mythenbildung angeboten hätte. Jeder einzelne hatte so etwas schon erlebt, aber immer in anderen - gruppenfremden Kontexten. Das subjektiv Tragische an solchen Mythen ist die quasi vorprogrammierte Enttäuschung gegenüber allen anderen Instanzen außerhalb des Kreises statusnaher Kollegen (Vorgesetzte, Staatsanwaltschaft, Gericht, Untersuchungskommission etc.) Die uneingeschränkte Solidarität erfährt der Polizist tatsächlich nur im sozialen Nahraum. Alle anderen haben zum

Geschehen mehr Distanz und nehmen zum Wahrheitsanspruch des Unterstützten (der das Unterstützungsprivileg rechtfertigt) unterschiedliche Positionen ein. Oftmals muß der in Bedrängnis geratene Polizist sich schon vom Vorgesetzten sagen lassen, daß er juristisch im Unrecht oder gar an der Herbeiführung einer Konfliktsituation mit beteiligt war; aus interaktionistischer Sicht ist der Polizist immer an der Konflikteskalation beteiligt, das hört aber keiner gern, allein die statusnahen Kollegen sind allerdings bereit, mit ihm gemeinsam von diesem Befund zu abzusehen. Im übrigen war die mangelnde Solidarität durch Vorgesetzte durchaus kein Erlebnis, das sich erst mit der 'Wende' einstellte. Ich habe zwar an anderer Stelle davon gesprochen, daß heute die Gewißheit, von vorgesetzter Stelle rückhaltlos gedeckt zu werden, fragwürdiger geworden ist als früher, gleichwohl erzählten die Polizisten, daß auch zu Zeiten der VP die Dienststellenleiter in der Weise 'Öffentlichkeitsarbeit' betrieben haben, daß sie sog. 'Eingaben' aus der Bevölkerung, die sich gegen Polizisten oder deren Maßnahmen richteten, oftmals im Sinne der Beschwerdeführer und gegen die Polizisten behandelt haben (zumindest in deren Perspektive). Wie ich schon angedeutet habe, gehört eine kollegiale Solidarität zu den elementaren und universalen Bestandteilen von Polizeigruppen; dort, wo sich dieses Wissen verfestigt hat und/oder täglich neu beweisen kann (wie beispielsweise in Dienstgruppen von Großstadtrevieren), bedarf es nur noch in bestimmten Fällen der ausdrücklichen Explikation (z.B. bei der Aufnahme neuer Gruppenmitglieder in eine Dienstgruppe). Aus der Sicht der von mir beobachteten Polizisten stand aber viel mehr auf dem Spiele; sie erlebten in umfassendem Maße Erosion und Wegfall früherer Sicherheiten auch in ihrem unmittelbaren Umfeld. Während dieses in den alten Bundesländern relativ stabil bleibt bzw. sich nur langsam und kontinuierlich verändert, brechen in den neuen Bundesländern andauernd frühere Gewißheiten in sich zusammen und es ist ungleich viel wichtiger für die Polizisten, wenigstens in ihrer eigenen Berufsgruppe Handlungssicherheit vorzufinden, auf die sie sich ohne jeden Zweifel verlassen können. Diese spezifische Ausprägung von "Korps-Geist" ließ es auch zu, daß für die Bezeichnung 'zuverlässiger Kollege' eine frühere Tätigkeit für die Partei heute keine Ausschluß-Qualität mehr hatte, zumindest nicht kategorisch. Dagegen schienen allerdings berufsinterne Statusunterschiede für die Zuschreibung 'verlässlicher Polizist' eine erheblich wichtigere Bedeutung zu haben. Bei den Streifenpolizisten habe ich eine ausgeprägte Neigung festgestellt, ihren eigenen Status gegen den der früheren Offiziere (heutigen Angehörigen des Gehobenen oder Höheren Dienstes) deutlich abzugrenzen. Das hatte, wie ich meine, zwei Ursachen: einmal hing es mit der besonderen 'politischen' Vergangenheit einzelner Offiziere zusammen, zum anderen war es aber auch Bestandteil pauschaler

**Dichotomisierung und Hinweis auf das 'Gesellschaftsbild' der Streifenpolizisten:
"Wir hier unten und die da oben".**

7.3 Der Berater

Für den Polizei-Sektor gelten als 'Berater' Polizisten der alten Bundesländer, die vom jeweiligen Länderinnenministerium in das 'Patent-Bundesland' abgeordnet worden sind, um beim Aufbau der neuen Polizei beratend zur Seite zu stehen. Formal hatten sie keine Weisungsbefugnis, auf der informellen Ebene war deren Einfluß aber deutlich zu spüren (ein Polizist sagte: "offiziell haben sie nichts zu sagen, inoffiziell alles"). Die Berater-Funktion war keineswegs eindeutig: beraten wurden die Dienststellen- und Organisationsleiter, die Ausführungsebene nahm den Berater tendenziell als Vorgesetzten wahr; auch wenn das nicht immer expliziert wurde, so hatten die betroffenen Beamten ein deutliches Gespür dafür, daß es große Unterschiede zwischen den "offiziellen" Beraterfunktionen und "inoffiziellen" Machtbefugnissen der Berater gab. In dem von mir beobachteten Dienstbezirk spielte für die Polizisten insbesondere der Berater der Polizeiinspektion eine Rolle, der den Dienststellenleiter in organisatorischen, rechtlichen, aber auch verwaltungstechnischen Fragen unterstützen sollte. Das Verhältnis der Streifenpolizisten zu diesem Berater war mir anfangs nicht ganz klar - relativ schnell wurde aber deutlich, daß sie sich in gewisser Weise vor ihm fürchteten. Die diffuse Angst lag augenscheinlich in der Ungewißheit begründet, wie weit die Tätigkeit des Beraters die eigene beruflichen Zukunft beeinflussen konnte und speiste sich weiter aus der erkannten Doppelrolle der Berater-Rolle zur 'offizieller Beratung' und 'inoffizieller Leitung' der Dienststelle. Weisungen bekamen die Streifenpolizisten regelmäßig von ihren regulären Vorgesetzten, die meisten waren sich aber sicher, daß sich dahinter der Berater verbarg. Der Dienststellenleiter geriet in der Perzeption der Streifenpolizisten häufig in eine marionetten-ähnliche Position, was deren Selbstwertgefühl zusätzlich unterminierte, da er als Identifikationsfigur fehlte. Mit dem Berater der Polizeiinspektion konnte ich nur einmal längere Zeit sprechen (alle anderen Informationen und Bewertungen habe ich von meiner 'Referenzgruppe' und sporadischen Begegnungen mit weiteren Polizisten: insoweit sind sie stark einseitig). In dem Gespräch habe ich ihn um eine Beurteilung seines vermuteten Prestiges und seines Rollenselbstbildes gebeten. Er gab eine nüchterne

In diesem Kontext verwendet als Bezeichnung für sein soziales Ansehen, die (allgemeine) Wertschätzung, die er als Person genießt (Vgl. Fuchs et al 1978, 587).

und relativ differenzierte Einschätzung, verwies hauptsächlich auf seinen 'professionellen Vorsprung' und meinte, die Menschen hier würden anerkennen, "daß er etwas kann" und daß sie von ihm viel lernen könnten. Ansonsten sei er aber nicht sehr beliebt, das liege vor allem daran, daß er die "Marschroute" angeben müsse und als Vertreter des neu eingeführten Leistungsprinzips gelte, was nicht bei allen Bediensteten positiv ankomme. Der Berater schien die ihm entgegengebrachte Ablehnung zu spüren, die Deutung wich jedoch stark von der Meinung der Mehrheit der Polizisten ab: für ihn lag es in der Natur seiner Aufgabe, daß er nicht sehr beliebt war. Er hat mir gegenüber keine Zweifel daran geäußert, daß seine Arbeit in der Stadt richtig und gut sei; die geringe emotionale Zuwendung kompensierte er offensichtlich mit dem Argument, fachlich kompetent und darüber hinaus verantwortlich für die Organisationsentwicklung zu sein. Dagegen zweifelten viele Polizisten gerade seine Sachkompetenz an und meinten im übrigen, nicht alles, was der West-Berater neu einführe, sei auch gut für die örtliche Polizei. Konsens wiederum bestand darin, daß es zwischen Berater und Beratenen keine 'herzliche Beziehung' gab. Was für den einen jedoch als natürliche Nebenfolge seiner Beratungs- und Gestaltungsfunktion eingeschätzt wurde, war für die anderen ein Argument, Funktion und Person in Frage zu stellen. Hinsichtlich der Neudefinition eigener Berufsrollen schien die Dominanz des westlichen Beraters fast kontraproduktiv zu wirken. Die Polizisten schienen generell durchaus bereit zu sein, ihre traditionellen Handlungsmuster zu modifizieren, um andere Aufgaben bewältigen zu können, jedoch wurden sie auf die vom Berater vermittelten Vorstellungen von Polizeiarbeit festgelegt. Andere Optionen waren ihnen nicht gestattet oder nicht möglich, weil sie von ihnen nichts wußten; damit war die Entwicklung eigener Vorstellungen der Dienstgestaltung eng begrenzt.

Beispiel 15

Mein Aufenthalt fiel in eine Zeit, in der enge Zusammenarbeit und gegenseitige Unterstützung zentrales Element der Arbeitsbewältigung für die Polizisten war. Gleichzeitig deutete sich aber ein massiver Konflikt an: entgegen früherer Praxis in der VP sollten die Polizisten künftig nach ihren individuellen fachlichen Qualifikationen beurteilt werden und zwar nach einem standardisierten Beurteilungsverfahren, wie es bei der westdeutschen Polizei schon lange üblich ist. Die Einführung solcher Beurteilungsbögen löste heftige Unsicherheit aus, zu meinem Erstaunen aber fast keinen Protest. Die Polizisten wurden völlig unvorbereitet mit der Tatsache konfrontiert, daß das individuelle Leistungsprofil Vorrang vor dem des Kollektivs bekam. Dafür war die damalige Praxis der Kollegen im Umgang

miteinander kontraproduktiv. Dieser Konflikt war noch nicht ansprechbar, insofern sind diese Überlegungen lediglich Interpretationen des Erlebten und Antizipation zukünftiger Individuierung. Ohne die Dominanz der westlichen (man darf nicht vergessen: über Jahrzehnte gewachsenen) Leistungsbeurteilungen hätte sich möglicherweise ein Verfahren finden lassen, das die bisherige Betonung des Kollektivs stärker mit Möglichkeiten individueller Leistungsorientierung verbindet, ohne einen unmittelbaren Bruch im Selbstverständnis der Polizisten zu riskieren. Der Berater hielt die Bedeutung früherer Berufsrollen der Polizisten für vollständig obsolet und die Polizisten spürten die Geringschätzung gegenüber dem, was sie lange Zeit ihres Lebens für sinnvoll erachtet oder doch mindestens getan haben. Damit war auch eine Entwertung ihrer persönlichen Geschichte sowie ihrer beruflichen Identität verbunden. Nach meiner Erfahrung ließen die Polizisten in weiten Bereichen Kritik an ihrer Berufswirklichkeit in der VP zu, solange man nicht den Versuch unternahm, ihre Berufsidentität, die ich an einer Reihe von 'Polizei--Mythen' dargestellt habe, zu zerstören. Unter der Oberfläche eines bestimmten Teils ihrer Vergangenheit, die durchaus kritikfähig war, verbarg sich ein Identitätskern, der bewahrenswürdig war. Der Berater nun schien genau diese Mythen nicht ernst zu nehmen; er negierte damit einen sehr elementaren, aber auch sehr verborgenen Anteil der Identitätssicherung und machte sich selbst auf diese Weise zur 'persona non grata'. Die Aggressionen der Gruppe richteten sich dabei nicht ausschließlich gegen die Person des Beraters, sondern gegen die westliche Dominanz im allgemeinen; es gab jedoch keinen anderen Platz für diese Gefühle, außer der Wendung gegen eine greifbare Person und deren greifbare Schwächen; so könnte man die Antipathie gegenüber dem West-Berater auch als Projektion diffuser Ohnmachtsgefühle der Polizisten deuten, die mit der Übernahme fremder (bundesrepublikanischer) Arbeitsweisen im Berufsalltag entstanden sind. Diesen Komplex zusammenfassend war festzustellen, daß die Polizisten einerseits von Entmündigungs- und Kontrollpraktiken des MfS befreit schienen, andererseits aber in der Person des Beraters eine neue Überwachung ihrer Arbeit erfuhren, nun in einem Mischungsverhältnis von "Supervision" und "Überwachung". Deren zugrundeliegende Maßstäbe waren jedoch - im Unterschied zu früheren Kontrollpraktiken - nicht einzuschätzen: es wußte niemand genau, welche 'Gefahren' von dem Berater wirklich ausgingen.

8. Zum Problem der Transformation staatlicher Institutionen

8.1 Alte und neue Qualifikationen

Der deutlichste Unterschied zwischen den früheren und den heutigen Aufgaben der Schutzpolizei war an den Bemühungen der Polizisten um neue Qualifikationen zu beobachten. Die Gewöhnung an neue Formulare war nur ein äußeres (und marginales) Merkmal - viel schwerer wogen die substantiellen Bedingungen moderner Polizeiarbeit:

- Selbstverantwortlichkeit im Handeln bei vielfältigen Konfliktsituationen
- Bearbeitung komplexer und stark formalisierter Verwaltungs- und Strafverfahren
- Beachten von gesetzlich zugewiesenen Ermessensspielräumen im Verwaltungshandeln
- Erstverfolgung (ohne Ermessensspielraum) von Straftaten aller Art
- Kriminalistische Tatortarbeit
- Kommunikatives Handeln als wichtigstes hoheitliches Instrumentarium
- Deeskalierendes Einsatzverhalten u.v.a.m.

Das stellte nicht nur die Organisation vor erhebliche Probleme, es war auch für die Betroffenen schwer, sich ein neues Berufsbild anzueignen, auf das sie in keiner Weise vorbereitet wurden. Um ein Verständnis für die Unterschiede früherer und heutiger Handlungsanforderungen zu bekommen, befaßte ich mich auch mit dem Berufsbild und dem Anforderungsprofil der Volkspolizei der DDR. Vermittelt wurde mir der Zugang über einen 'Umweg', nämlich als "Bildungsproblem der Polizei". Es tauchten Polizei-Witze in meiner Erinnerung auf, die meine bislang einzige Information über die VP der DDR überhaupt darstellten: in diesen Witzen wurden die Bediensteten der VP in der Tat als 'intellektuell leicht unterbelichtet' charakterisiert (solche Witze habe ich dann erst wieder in der Dienstgruppe gehört). Zum Thema "Bildung" bzw. "Bildungsdefizite" hatte ich zunächst nur sehr einseitige Informationen.

Hinsichtlich der Personalauswahl für Berufe in den Sicherheitsorganen gab es in der DDR einen vorgegebenes "Abschöpfungsraaster", bei dem die VP am unteren Ende rangierte. Zunächst soll das MfS alle Personen, die irgendwie in Frage kamen, abgeworben haben; danach warb die Nationale Volksarmee (NVA) mit ihren Angeboten um die jungen Erwachsenen; erst dann wurde die Volkspolizei berücksichtigt. Dort war es die Verkehrspolizei, die funktional und statusbezogen am besten bewertet war. Für den Wach- und Streifendienst schließlich gab es dagegen kein attraktives Anforderungsprofil mehr. In allen Sparten der VP mußte in erster Linie der Offiziersnachwuchs sichergestellt werden (in bestimmten Zeiten gab es nach

Informationen der Beamten auf dem Revier je zur Hälfte Offiziere und Wachtmeister). Die Übernahme frühere VP-Offiziere in heutige Führungspositionen scheint für alle Beteiligte nicht unproblematisch zu sein: die Volkspolizei war eindeutig militärisch strukturiert; dementsprechend militärisch war die Ausbildung ihrer Führungskräfte. Während also Polizeiführer der VP in erster Linie Offiziere waren, erwartet die Bevölkerung der alten Bundesländer von Führungsbeamten der Polizei weit mehr Manager-Qualitäten als soldatische Tugenden; diese Qualitätszuschreibung gilt natürlich nur im Vergleich mit dem Führungspersonal der früheren DDR, denn in der Tat wird auch in der Bundesrepublik seit jeher über 'alte Zöpfe' in der Polizei sowie über deren paramilitärische Tradition diskutiert und den Reformern geht die Modernisierung der Polizei zu einem modernen Management viel zu langsam. Ich habe 'altgediente' VP-Offiziere nicht mehr selbst sprechen können (ein Brief an den früheren Dienststellenleiter, der heute als Pensionär in der Stadt lebt, in dem ich ihn um ein Interview bat, blieb unbeantwortet). Die heute amtierenden, jüngeren Führungskräfte haben nach eigenem Bekunden zum Teil nicht unerhebliche Schwierigkeiten, sich an einen neuen Stil im Umgang mit den Mitarbeitern zu gewöhnen, insbesondere, was Delegation, Transparenz, Kooperation, Demokratisierung von Verantwortung und Entscheidungen anbelangt.

Für den Streifen- und Postendienst blieben noch diejenigen, die eine weitere Karriere nicht verfolgen wollten, konnten oder durften. Hauptauswahlkriterium für beruflichem Aufstieg schien in der Tat die "politische Zuverlässigkeit" und eine "saubere Kaderakte" gewesen zu sein. Erst danach richteten sich Auswahlkriterien an fachliche Eignung oder individuelle Interessen. So war z.B. die Tatsache, daß man Verwandtschaftsbeziehungen in den Westen hatte, kategorischer Hinderungsgrund für den Aufstieg in Karrierebereiche jenseits des 'Hauptmanns' (das entspricht in etwa dem Polizeihauptkommissar). Die Abstammung aus einer Arbeiterfamilie brachte dagegen einen erheblichen Bonus bei der Bewerbung um qualifizierte Positionen. Durch den engen Konnex zwischen beruflichem Erfolg und Treue zur Partei müssen sich heute - nach der Umkehrung alter Werte - eher diejenigen Polizisten vor den Kollegen rechtfertigen, die früher eine gehobene Position erreicht hatten. Das Aufgabenspektrum des Wachtmeisters der VP schrieb dessen Unmündigkeit geradezu fest. Ich hatte den Eindruck, daß man in der DDR offensichtlich den 'wenig kreativen' und mit geringen Kompetenzen ausgestatteten Wachtmeister wollte, der ausschließlich den genau formulierten Befehl ausführte: das hatte sicher funktionale Bedeutung innerhalb eines zentralistischen Systems. Eigenverantwortlichkeit bedeutete tendenziell eine Gefahr für das "abstrichlose"

Ausführen von Befehlen; die Führungsspitze mußte sich aber auf ein enges Netz von Befehlsempfängern verlassen können, um sich zu behaupten. Tugenden wie Gehorsam oder Duldsamkeit und physische Belastbarkeit der Polizisten wurden geschätzt: noch zu meiner Beobachtungszeit waren sechs Stunden Streife fahren (früher auch laufen) normal, zehn Stunden nicht ungewöhnlich. Ein führender Polizist der Dienststelle zeigte sich in einem unserer Gespräche durchaus stolz auf diese Eigenschaften: "Wenn ich einen Mann zehn Stunden irgendwo hinstelle, dann steht der da wie eine Eins"(!).

Die zahlreichen Berichte der Polizisten, die Ausbildung in der Bereitschaftspolizei bzw. der Armee zum Gegenstand hatten, zeichneten sehr eindrucksvolle, manchmal erschütternde Bilder physischer und psychischer Repression, die sich auch entsprechend tief in die Erinnerung der Polizisten eingepägt hatten, auch die älteren erzählten noch sehr lebhaft von ihren Erfahrungen bei "der Fahne" (eine Bezeichnung für die Armee); ich habe immer wieder erfahren, daß die meisten Polizisten nicht offen über ihre Gefühle sprechen konnten, sondern nur vermittelt bestimmter 'Codes'. Ein wesentliches Merkmal solcher Codes ist die "Verkehrung ins Gegenteil" (im psychoanalytischen Vokabular als Abwehrmechanismus benannt): aus Angst wird Freude, aus Versagung Gewinn, aus Niederlage Sieg, erlittene Schläge werden zum Männlichkeitsritual, Alkoholmißbrauch zur Traditionspflege, Demütigung zur Selbstüberwindung. Hinter den rüden Erzählungen von Armee- bzw. Bereitschaftspolizei-Abenteuern kommt häufig die psychische Deformierung ungewollt zum Vorschein und man ist als Zuhörer oftmals entsetzt, was Menschen innerhalb eines entsprechenden organisatorischen Rahmens sich alles an Quälereien zufügen können.

Es war den Wachtmeistern der VP kaum möglich, sich fachlich zu profilieren oder Talente und Begabungen freizusetzen. Dafür waren Aufgaben und Kompetenzen zu stark beschnitten: sämtliche Entscheidungen wurden durch Offiziere getroffen, der

Die Ausbildungsmodalitäten waren in den beiden Organen unterschiedlich; für meinen Zusammenhang genügt jedoch der Hinweis, daß jeder Polizist und jede Polizistin eine kasernierte Ausbildungszeit nach rein militärischem Muster von mindestens zwei Jahren hinter sich hatte, gleich ob die Einheit der Armee oder der kasernierten Volkspolizei angehörte. Inhaltlich war die Formalausbildung ihrem Disziplinierungscharakter nach nahezu identisch.

Solche Praktiken sind ganz und gar nicht reserviert für bestimmte Gesellschaftsformen, sie sind m.E. essentieller Bestandteil aller Männerbünde und je nach sozialem Umfeld mehr oder weniger stark ausgeprägt.

Wachtmeister hatte praktisch keinen Ermessensspielraum, abgesehen von der Möglichkeit des Nicht-Wahrnehmens bzw. Nicht-Meldens. Der Streifendienst beschränkte sich im wesentlichen auf routinisierte Kontrollgänge bzw. -fahrten. 'Spannende Tätigkeiten' wie Verdachtschöpfung und Wahrnehmung außergewöhnlicher Situationen oder Sachverhalte fanden ihr schnelles Ende in der schriftlichen bzw. mündlichen Meldung an den zuständigen Offizier, der eine verbindliche Entscheidung traf. Je nach Tragweite des Falles geschah das erst nach Abstimmung mit dem Offizier des MfS sowie mit dem Vertreter der Kreisleitung der SED; eigenständige Ermittlungstätigkeiten in Strafsachen kamen für die Wachtmeister nicht in Frage. Aus diesem engen Zuschnitt des Aufgabenprofils ergab sich fast zwangsläufig, daß sich die Volkspolizisten ausschließlich um Aspekte der öffentlichen Ordnung oder um Bagatell-Verstöße kümmerten, was deren Berufsverständnis natürlich beeinflußt haben muß.

Beispiel 16

Während eines ereignisarmen Nachtdienstes befuhren wir die Haupt- und Ausfallstraße der Stadt. Ein Polizist erzählte, daß es vor einigen Jahren in der Stadt eine Initiative zur Stromeinsparung gegeben habe; u.a. sollte auch die öffentliche Beleuchtung reduziert werden. Ihm oblag damals die Kontrolle darüber, daß - wie mit der Stadt vereinbart - nur jede dritte Straßenlampe auf der Hauptstraße leuchtete. So lief er ca. acht Kilometer vom Zentrum bis zur Stadtgrenze hin und wieder zurück und zählte die beleuchteten Straßenlaternen. Anschließend war seine Streifentätigkeit beendet. Angeregt durch diese Erzählung, wußte auch sein Kollege aus seinem früheren Dienstalltag zu berichten; er erzählte vom Aufgabe seiner Doppelstreife, in der Nacht vor dem Fest der deutsch-sowjetischen Freundschaft, das entsprechende Monument in der Straße der DSF (Deutsch-Sowjetische Freundschaft) ununterbrochen zu bewachen, während eine weitere Doppelstreife dafür zu sorgen hatte, daß der städtische Festplatz, auf dem an diesem Tag eine Kundgebung stattfinden sollte, frei von parkenden Pkw's blieb.

Nach meiner Einschätzung ist ein wesentlicher Bearbeitungsmodus der Polizisten, daß sie solche 'Stories' konservierten und immer wieder erzählten. Hierbei ist das Verbalisieren eine Möglichkeit der Spannungsreduktion und gleichermaßen folgt es einem Bedürfnis nach Legitimation und Konformität ("das war ganz normal, wir haben es nicht als ungewöhnlich aufgefaßt.."). Für die heutige Polizei bedeutet das allerdings, daß mit einem weitgehend entmündigten Personalstamm völlig neue Aufgaben bewältigt werden müssen. Dazu bedarf es in fast allen Bereichen neuer

Qualifikationen (ein zehnstündiges Geradestehen ist sicher kein adäquates Qualifikationsmerkmal mehr). Insofern ist Lernen konstitutiv für die gesamte Organisation geworden. Die Polizeien aller neuen Bundesländer stehen vor dem Problem, eine flexible, bürgernahe Polizei aus einem Personalbestand zu formen, der in ganz andere Richtung hin geschult, oft gedrillt wurde (Gewaltmärsche, regelmäßige physische und psychische Grenzerfahrungen, Aufrechterhaltung eines ständigen Gefahrenbewußtseins durch häufige Alarmierungsübungen, militärische Ausbildung etc.).

8.2 Selbsterhaltung durch Verweigerung

Nicht wenige Beamte des heutigen Mittleren Dienstes erklärten ihre 'Aufstiegsverweigerung' bei der VP mit politischen Motiven: am häufigsten wurde angeführt, daß man zu offen Kritik am politischen System oder in dienstlichen Angelegenheiten geäußert habe und deshalb nicht befördert worden sei; andere sagten, daß sie wegen ihrer West-Verwandtschaft als nicht aufstiegswürdig eingestuft wurden. Sicher ist es nicht ratsam, solche nachträglichen öffentlichen Interpretationen des persönlichen Werdegangs unreflektiert als wahr zu übernehmen. Gleichwohl vermute ich, daß es möglich war, in der VP auch bei höherem Leistungsvermögen in unteren Dienst-rängen zu verbleiben, ohne sich dafür rechtfertigen zu müssen und ohne diese Entscheidung vor den Kollegen der nächsten Umgebung zu verheimlichen. Zugespitzt könnte man sogar von einer milden Form von 'Subversion' sprechen, in dem sich viele Menschen einer Karriere verweigerten, weil sie von dem System nicht mehr überzeugt waren (diese Vermutungen waren aber weder zu verifizieren, noch zu verwerfen, da unterschiedliche Menschen von sich sagten, mehr oder weniger aktiv Widerstand gegen die SED geleistet zu haben). Es war jedoch wichtig festzustellen, daß es solche Erklärungsversuche gab. Dabei dominierte deutlich ein Begründungsstrang, der auf die obligatorische Verknüpfung von beruflichem Aufstieg und der Unterwerfung unter das Primat der SED hinauslief. Diese Begründungsdominanz kann andere Gründe in den Hintergrund geschoben haben. Es scheint einiges für die Annahme zu sprechen, daß der Verzicht auf berufliche Ambitionen und das Verbleiben in wenig exponierten beruflichen Positionen eine gewisse Gewähr dafür geboten hat, sich dem Zugriff der Partei in bestimmtem Umfang zu entziehen. Zusätzlich schien die Übernahme einer 'Befehlsempfängermentalität' geeignet zu sein, die persönliche Verantwortung für das berufliche Handeln in überschaubaren Grenzen zu halten. Mit Befehlsempfängermentalität meine ich die wortgetreue Ausführung von Befehlen

ohne inneres Engagement und ohne inhaltliche Auseinandersetzung mit der Sache; das wurde oft als wenig befriedigend empfunden, man konnte aber von Vorgesetzten lediglich für das explizit Aufgetragene zur Verantwortung gezogen werden.

Beispiel 17

Ein Beamter, der nach eigener Darstellung "noch nie das Maul halten" konnte, berichtete davon, daß er des öfteren "auf dem roten Teppich" stand (gemeint war damit der mit einem solchen Teppich ausgestattete Platz vor dem Schreibtisch des Dienststellenleiters der VP; dort mußten die Bediensteten in der Regel stehen, wenn sie wegen irgend eines Vorfalls gemäßregelt wurden). Dies sei im Laufe der Zeit zur Routine geworden und er habe in der Gewißheit gelebt, für seinen Vorgesetzten sowieso nichts richtig machen zu können, also habe er immer "den Anschuß" über sich ergehen lassen, ohne sich innerlich davon berühren zu lassen. Die Häufigkeit der "Audienzen beim Chef" hatte durchaus ambivalente Folgen: zwar wurde er nie zur Offizierslaufbahn vorgeschlagen, doch hat ihm der Dauerkonflikt mit dem Chef erhebliche Sympathien im Kollegenkreis eingebracht, wodurch sich sein informeller Einfluß auf der Dienststelle durchaus stärkte.

Diejenigen, die den 'Grad relativer Ruhe vor dem Apparat' mit dem Verzicht auf höheres berufliches und soziales Prestige 'bezahlt' haben, wurden durch die 'Wende' in gewisser Form nachträglich in ihrer Haltung bestärkt, sich nicht vollständig von den unterschiedlichsten Funktionären vereinnahmen zu lassen. Das kann jedoch nicht über die nüchterne Gewißheit einer nicht optimal gelebten Vergangenheit hinwegtäuschen. Beim Anhören von Berichten der Lebensläufe einiger Polizisten übertrugen sich häufig Wut, Ekel, Haß, Resignation, Lähmung, aber auch Scham und Schadenfreude der Erzähler auf mich. Besonders gegenüber den Strukturen und den Machthabern, den Funktionären und Intriganten wurde die Wut immer wieder spürbar und ich wunderte mich in solchen Situationen, wie die Menschen die permanente Entmündigung, ihre Infantilisierung und Demütigung so lange Zeit aushalten konnten. Einmal fragte ich einen Beamten, ob er denn seine Lebensgeschichte nicht aufschreiben wolle, worauf er antwortete: "Warum denn, das war doch ganz normal, das ging doch mehr oder weniger allen so wie mir." Das Bewußtsein, mit seinem Schicksal nicht alleine zu sein, hat demnach Auswirkungen in mindestens zwei Richtungen: einmal kann es sich positiv auswirken, indem man sich von den anderen verstanden weiß, man hat nichts 'exotisches' oder 'aus-sätziges' an sich, man redet selbstverständlicher über das, was war, weil man den gleichen Code verwendet. Andererseits ist es aber auch nicht möglich, sich in ausreichendem Maße Gehör zu verschaffen, weil es allen anderen eben ähnlich ging.

Geht man davon aus, daß die Vergangenheit nur kommunikativ neu belebt und bearbeitet werden kann, dann wäre es wichtig, daß jetzt Gelegenheit zum Reden gegeben wird. Die Polizisten haben allerdings im Moment auf der manifesten Ebene ganz andere Sorgen: sie müssen - wie alle anderen Menschen in den Neuen Bundesländern auch - ihren Alltag organisieren und das beansprucht viel psychische Energie. Außerdem schien mir, als wolle aus dem sozialen Nahfeld der Menschen niemand mehr so recht wissen, was früher war, weil viele Geschichten schon zu oft erzählt worden sind, und es - wie gesagt - niemandem anders ergeht mit der persönlichen Vergangenheitsbewältigung. Im Gegensatz zu den Abenteuer-Geschichten aus dem Berufsleben fanden 'Biographie-Geschichten' weit weniger Aufmerksamkeit. Während sich die Polizisten also mit ihrer individuellen Vergangenheit in irgendeiner Form arrangieren müssen, haben sie gleichzeitig durch ihr berufliches Handeln Anteil an den vielfältigsten Konfliktkonstellationen der Bevölkerung. Auf diesen Aspekt will ich im folgenden näher eingehen.

8.3 Zum Verhältnis Polizei und Bevölkerung

Eine regional arbeitende Polizei kann nur so 'gut' sein, wie sie in der Bevölkerung verwurzelt ist. Anders gesagt: "Je enger die Polizei mit dem Gemeinwesen verbunden ist, desto besser kann sie ihre soziale Funktion mit wirklicher Bürgernähe im Interesse des Gemeinwohls wahrnehmen". Die Polizisten der untersuchten Stadt bewegten sich keinesfalls losgelöst und unabhängig von ihrer sozialen Umgebung, die Trennung von Polizei und Bevölkerung ist für mein Verständnis eine rein theoretische; im Bewußtsein der Polizisten waren sie genauso Teil der Bevölkerung wie alle anderen Menschen der Region auch; die meisten Beamten wohnten in unmittelbarer Nähe oder direkt in der Stadt und lokale Tagesereignisse, z.B. den Ausfall einer Lichtzeichenanlage auf der Hauptkreuzung mit dem sich daraus ergebenden Verkehrschaos, bekamen sie in ihrer Freizeit genauso mit, wie im Dienst.

8.3.1 Situationsdefinition und Situationsverlauf

Üblicherweise wird in der Diskussion um die Definitionsmacht der Polizei nicht nur deren konstitutiver Aspekt hervorgehoben (das Definieren von Verdachts-situationen), sondern auch ihr 'Gestaltungscharakter' problematisiert (d.h., die

Der ehemalige Ministerpräsident der DDR, Lothar de Maizière, in seiner Regierungserklärung am 19.4.1990, zitiert in Schwand 1990, 269

Fähigkeit, aufgrund des Machtgefälles den Verlauf sozialer Interaktion grundsätzlich zu steuern). Ich bezweifle diese 'Prädomination polizeilicher Interaktionssteuerung' erheblich und stelle dieser Annahme ein Interaktions-Modell entgegen, das insbesondere situative Dispositionen sowie die Fähigkeit der Interaktionspartner zur Rollenübernahme berücksichtigt. Es steht m.E. keinesfalls von vornherein fest, welcher Partner die Interaktion dominiert, vielmehr stellt sich das erst immer aufs neue im Verlauf des Kontakts heraus. So war es bei einigen Auseinandersetzungen nur dem ausgesprochenen Einfühlungsvermögen und sprachliche Geschick des Gesprächspartners zuzuschreiben, das die Polizisten denken ließ, ihn in einer bestimmten Situation genau zu der Handlung bewegt zu haben, die sie sich gewünscht hatten. Ich kann diese Vorstellung hier nicht in genügender Breite entfalten, zur Relation von Situationsdefinition und Verfahrenstechniken im Interaktionsverlauf an dieser Stelle nur einige Stichworte: Die Unterscheidung zwischen Definition sozialer Situationen und deren "praktischer Regelung" scheint hilfreich zu sein, insbesondere weil daran zu zeigen ist, daß mit Konflikten kreativer umgegangen werden kann, wenn zwischen den Beteiligten Konsens darüber möglich ist, daß das eine mit dem anderen nicht notwendig zusammenhängt. Mit Situationsdefinition bezeichne ich die einfache Feststellung dessen, 'was los ist': die konkrete Lebenssituation wird benannt als das, wofür die Menschen sie halten (die Polizisten sagen möglicherweise zum selben Sachverhalt "ruhestörender Lärm zur Nachtzeit", den der Verursacher als "tolle Geburtstagsfeier" definiert). Den Interaktionsverlauf bestimmt einmal diese Ausgangsdefinition, zum anderen aber Auswahl und Einigung über Verfahrenstechniken: darunter verstehe ich die Bemühungen aller an der Situation Beteiligten, die Angelegenheit so zu beenden, daß jeder damit zufrieden sein kann. Die Situationsdefinition kann dann unentschieden bleiben (d.h. beide Parteien haben 'Recht', sie können 'ihr Gesicht wahren', wer aber mehr Recht hat, wird nicht ausdiskutiert), wenn von ihr nicht der

Der Begriff wird insbesondere im symbolischen Interaktionismus verwendet; Rollenübernahme bezieht sich auf den Prozeß, bei dem ein Interaktionspartner das Verhalten seines Gegenübers vorherzusehen versucht, indem er für einen Moment so tut, als sei er der andere und zwar mit dem Ziel, dessen Verhalten zu antizipieren und darauf zu reagieren (Fuchs et al 1978, 654). Mead (1988) beschreibt es als das "sich in die Lage des anderen versetzen" (S.416) um den eigenen Kommunikationsprozeß zu lenken (S. 300). Eng konnotiert ist er mit der Fähigkeit der Interaktionspartner zur Distanzierung gegenüber der eigenen Rolle; außerdem geht man bei dieser Vorstellung davon aus, daß diese Fähigkeiten und Mechanismen situationsübergreifend wirken.

weitere Fortgang der Situation kategorisch abhängig gemacht wird, sondern die Verfahrenstechniken pragmatisch, flexibel und - vor allem - kompatibel bzw. konsensfähig sind. Als typische Interaktionskonstellationen für berufliche Kontakte zwischen Polizisten und anderen Personen lassen sich nach meinem Verständnis grundsätzlich folgende Muster denken:

1. Die Interaktionspartner erzielen Übereinstimmung in der Definition der Situation, sind aber unterschiedlicher Auffassung, wie mit ihr umgegangen werden soll (z.B. erkennt ein Kraftfahrer an, daß er zu schnell gefahren ist, er wehrt sich aber dagegen, die geforderte Strafe in der festgesetzten Höhe zu zahlen).

2. Die Situation ist nicht konsensuell zu definieren, dieser Punkt wird aber nicht weiter problematisiert, man einigt sich vielmehr auf eine Verfahrensweise, wie die Lage bereinigt werden kann (so meint ein Wohnungsbesitzer, einmal im Jahr ein lautstarkes Fest veranstalten zu dürfen, während die Polizisten sagen, daß in jedem Fall Rücksicht auf die Nachbarn zu nehmen sei; dieser Dissens bleibt bestehen, man einigt sich aber schließlich darauf, die Musik leiser zu stellen, "um die Polizei loszuwerden").

3. Für die Teilnehmer der sozialen Situation ist deren Definition entscheidend, die anschließenden Bearbeitungsformen sind dann konsensfähig (wenn beispielsweise von den Polizisten entschieden wurde, wer von zwei Bewohnern einer Wohnung das Wohnrecht hat, dann ist für alle verbindlich klar, daß der andere bei einem Streit zu gehen hat, gleich unter welchen persönlichen Umständen).

4. Die Teilnehmer an der sozialen Situation können sich weder zu einer gemeinsamen Definition, noch auf eine für alle akzeptable Verfahrensweise einigen die Diskursfähigkeit ist damit beendet, eine autoritäre Entscheidung ist, mit allen Eskalationsmöglichkeiten vorgezeichnet (diese unerfreuliche Konstellation dürfte die häufigste im Berufsleben von Schutzpolizisten sein). Ich glaube deutlich gemacht zu haben, daß der Spielraum für Aushandlungsprozesse in den ersten beiden Varianten weitaus größer ist, als in der dritten, da man stets einen von beiden Aspekten vernachlässigen kann, ohne die Situation ganz aus der Kontrolle zu verlieren (das gilt übrigens für alle Teilnehmer an der Situation in gleicher Weise). Häufig wirkt auch das Anbieten späterer Beschwerde- bzw. Einspruchsmöglichkeiten oder die Überprüfung durch eine vorgesetzte Behörde in der Weise, daß man sich nicht mehr "einigeln" und auf einer Festschreibung beharren muß. Im dritten Punkt besteht dagegen eine Abhängigkeit der Verfahrensregelung von der einer Grundsatzfeststellung; wird über sie nicht Einklang erzielt, gibt es wenig Möglichkeiten der Konfliktbearbeitung. In der Tendenz (mehr als das soll es nicht sein, denn gegenteilige Beispiele ließen sich mehr als zahlreich finden), zielt

modernes polizeiliches Konfliktverhalten in Richtung der ersten beiden Punkte, zumindest versuchen Konflikt- und Kommunikationstrainingsprogramme auf die Erweiterung der Diskutierbarkeit sozialer Situationen hinzuarbeiten, bevor 'nichts mehr geht'. Bei den Interaktionen der Polizisten in der untersuchten Stadt habe ich dagegen häufiger Formen nach der dritten und vierten Alternative beobachtet: dabei verwendeten sie viel Energie auf die Form der Belehrung: der 'Bürger' wird über die Rechtslage aufgeklärt und so, nachdem er 'weiß', in den Stand versetzt, einzusehen, daß die Polizei Recht hat und er im Unrecht ist. Das Denken in der Dichotomie von Recht und Unrecht scheint bis vor kurzer Zeit noch der einzige adäquate Konfliktmodus gewesen zu sein.

Beispiel 18

Bei einem Einsatz sollte der Konflikt zwischen zwei Personen geregelt werden, die zusammen eine kleine Wohnung bewohnten und sich gerade so hoffnungslos zerstritten hatten, daß einer der beiden die Polizei zur Hilfe rief: die Beziehungsprobleme traten jedoch beim Eintreffen der Polizisten vollständig in den Hintergrund, es ging erst einmal darum, wer von beiden das formale Recht hatte, in der Wohnung zu wohnen. Die Polizisten erfragten dazu einige Daten zum Mietverhältnis und zum Rechtsverhältnis der Konfliktparteien; sie entschieden dann unmittelbar, daß nur der Mann einen Mietvertrag besitze und dementsprechend die Frau keine Wohnrecht habe. Diese Entscheidung bedeutete im Klartext die Verschiebung des Beziehungskonflikts auf einen formal-juristischen Schiedsspruch; damit war keinem der am Streit Beteiligten geholfen, weil es hier um sehr persönliche Verletzungen ging und nicht darum, wer im Recht war. Trotzdem wurde die Entscheidung der Polizisten nicht angezweifelt, vielleicht, weil die formale Rechtslage so erdrückend schien, daß Widerspruch nicht zu helfen versprach. Im Ergebnis verließ die Frau 'freiwillig' die Wohnung und blieb buchstäblich auf der Straße. Die Polizisten waren nicht etwa zu unsensibel, um zu spüren, daß es in diesem Fall nicht um 'Recht haben' ging, sondern allenfalls um Eifersucht, sie erklärten sich aber für nicht zuständig zur Lösung "privater Konflikte". Der Aushandlungsspielraum bestand in diesem Fall lediglich darin, der Situationsdefinition der Polizisten zuzustimmen; danach verlagerten sich deren Verhandlungsbemühungen darauf, die Frau zum Verlassen der Wohnung zu bewegen, ohne dies mit körperlicher Gewalt und der drohenden Eskalation selbst vollziehen zu müssen. Beide Polizisten entwickelten außerordentliches Geschick darin, für ihre Abstinenz hinsichtlich der Konfliktregelung Verständnis zu erlangen; es bestand zuletzt bei allen Beteiligten Konsens darüber, die Polizisten nicht dazu zu 'zwingen', ein

Protokoll zu fertigen bzw. die Frau gewaltsam aus der Wohnung zu bringen. Dabei war die handlungsleitende Überlegung für die Polizisten denkbar einfach: Freiwilligkeit bedeutete informelle Lösung, d.h. kein Vorgang; Unfreiwilligkeit war verbunden mit formalen Sanktionen das bedeutete in jedem Fall Schreibarbeiten und Vorgangsfertigung. Die Polizisten taten in dieser Lage ein übriges, sie konstituierten durch ihr Handeln eine paradoxe Situation: Auf der manifesten Ebene erklärten sie sich für noch nicht zuständig zur formellen Bearbeitung des Konflikts (Anzeige, Festnahme etc.) und taten ihr Bestes, um ihn in diesem Stadium zu belassen. Unbewußt (oder mindestens unbeabsichtigt) jedoch entschieden sie den Konflikt eindeutig für eine Partei und verkürzten somit den informellen Verhandlungsspielraum zwischen beiden Kontrahenten auf nahezu Null, sie trieben ihn quasi durch die Parteinahme einer formalen Lösung zu, die sie gerade vermeiden wollten. In dem oben dargestellten Beispiel hatte ich jedoch auch den Eindruck, daß sich die Beamten nicht sehr wohl dabei fühlten, so eindeutig entscheiden zu müssen, sich aber gleichwohl dazu gedrängt fühlten, weil zwischenzeitlich beide Konfliktparteien versuchten, die Beamten für sich zu gewinnen und es ihnen nicht gelang, sich anders als durch eine schnelle Entscheidung den Vereinnahmungsversuchen zu entziehen. Die Reduktion von Verhandlungsspielraum durch eine eindeutige Parteinahme bzw. die Bindung an eine Entscheidung ist exemplarischer Bestandteil polarisierenden Konfliktdenkens und dieses war gängige Praxis der von mir beobachteten Polizisten.

8.3.2 Polarisierung versus Integration

Mit diesem Terminus schließe ich mich Ute Volmerg (1986) an; sie beschreibt m.E. treffend das Gegensatzpaar, insbesondere wenn es gilt, das Erleben und die Vorstellungen der Polizisten von Konfliktregelung den 'Wünschen' der Gesellschaft oder einiger Betroffener von einer gelungenen Form des Umgangs mit Konflikten gegenüberzustellen. Mit Integration wird "ein dynamisches Gleichgewicht (beschrieben), in dem Gegensätze harmonisch aufeinander bezogen sind und die Pole einer gemeinsamen Ganzheit bilden. Polarisierung meint eine Verhaltenstendenz, einen Pol an die Stelle der Ganzheit zu setzen".

Integration setzt die Anerkennung der Existenzberechtigung eines anderen Menschen oder einer anderen Meinung, Haltung, Einstellung voraus. Integratives Verhalten will dieses andere nicht vernichten oder verleugnen, sondern mit ihm in Verbindung treten, eine Verbindung, die nicht mit Einverleiben oder Anpassen

Volmerg 1986, 23

gleichgesetzt werden darf. Akzeptiert wird in umfassender Weise die Identität des anderen. Die Begegnung kann zu wechselseitiger Veränderung führen, was voraussetzt, das prinzipiell an eine Veränderung der eigenen Position, Haltung, Einstellung, Handlungsabsicht etc. gedacht werden kann. Das setzt Reflexionsbereitschaft und -vermögen voraus sowie die Fähigkeit, sich zu korrigieren. Ziel dieser Haltung ist nicht Verdrängung von Spannungen und Gegensätzen, sondern deren Nutzung als 'Wachstumsimpulse'.

Polarisierung ist dagegen auf die Verschärfung von Gegensätzen ausgerichtet. Es funktioniert nach dem Entweder-Oder-Prinzip und läßt eine Koexistenz von Gegensätzen nicht zu (so entstehen u.a. auch Verdrängungen und Projektionen eigener Wünsche auf andere). Der oder das andere wird als totale Infragestellung der eigenen Existenzberechtigung bewertet und entsprechend radikal bekämpft. Konflikte lösen sich unter diesen Bedingungen tendenziell erst durch den Zwang zum Rückzug, zur Aufgabe, zum 'Abtreten von der Bühne'. Deshalb kann vom Ansatz her kein konstruktives Element im Konflikt oder in einer Spannung erkannt werden, sie müssen abgeschafft oder vermieden werden. Ich habe bislang Polizisten tendenziell in der polarisierenden Haltung erlebt: sie waren in der Regel davon überzeugt, daß Konflikte von ihnen eindeutig und abschließend gelöst werden müssen. Die Vorstellung davon, daß die Polizei immer als 'Sieger' aus einem Konflikt hervorzugehen habe, hat offensichtlich den politischen Wechsel schadlos überstanden.

Die ideologische Rückbindung der VP der DDR lag in der "Durchsetzung der sozialistischen Gesetzlichkeit", wobei unterstellt wurde, daß "alle Befehle dem Gesetz entsprachen.. . Befehle mußten 'abstrichlos' - oder noch schlimmer 'bedingungslos' ausgeführt werden". Eine Verhandlungsbereitschaft unter der Bedingung, daß ihr Scheitern ultimatив mit Gewaltanwendung verbunden ist, scheint aber nicht systemspezifisch zu sein. Nahezu alle polizeilichen "Verhandlungsangebote" funktionieren nach dem "Erlkönig-Prinzip" (... "und bist du nicht willig, so brauch'ich Gewalt..."). Tendenziell sind solche Vorstellungen nicht aus dem Bewußtsein der Polizisten ausgelöscht. Heute äußern sie sich am auffälligsten in Form einer buchstabengetreuen Rechtsfixiertheit der Polizisten; diejenigen, die so denken, orientieren sich weiter nach einem Bild der obrigkeitlichen Polizei und sind zudem noch "beleidigt, daß die Leute ihnen nicht freudig gehorchen, obwohl sie doch immer im Recht sind". In meinem Untersuchungsfeld dachten in diesem

Anonymus (Ministerium des Innern), 1990, Z58

Steinert 1991, 26

Schema vor allem solche Polizisten, die nicht 'an der Basis' mit den vielfältigen Erscheinungsformen psycho-sozialer Konflikte in Berührung kamen, sondern innerhalb der Organisation Führungsfunktionen besetzten.

Die Diskrepanz von 'gesellschaftlicher Anforderung' und 'Selbstkonzept' der Polizisten zeigte sich besonders deutlich auf dem Gebiet der Regelung sozialer Konflikte. Der Bereich "Schlichtungsarbeit" unter Privatpersonen gehörte zu den ungeliebtesten Einsätzen der Polizisten, weil bei ihnen nicht juristische oder physische, sondern vornehmlich 'kommunikative Kompetenz' gefordert war. Mit ihrem rechtlichen Instrumentarium waren die Beamten schnell am Ende, es ging nämlich in der Regel um kleinere oder wirkliche "Lebenskatastrophen" aus dem sozialen Nahraum. In solchen Situationen empfanden die meisten Polizisten ihre Hilflosigkeit besonders deutlich. Hier ging es darum, extrem gespannte Situationen zu beruhigen, zu entdramatisieren, behutsam zu klären, worum es eigentlich ging, Hilfe anzubieten, damit jede Partei 'ihr Gesicht wahren' konnte und sie nach Möglichkeit die Lage anschließend selbst bearbeiten, zumindest aber miteinander weiter leben konnten. Das Interventionsziel der Polizisten bestand in erster Linie darin, eine, wenn auch nur äußere, Ruhe herzustellen und den Konflikt zu 'vertagen'; das Wort 'unterbrechen' würde wahrscheinlich besser bezeichnen, was von den Polizisten zur Konfliktbearbeitung substantiell beigetragen wurde, jedoch trifft 'vertagen' eher das, was der Intention nach geschah, denn häufig verwiesen sie tatsächlich auf Möglichkeiten der Regelung am nächsten Tag unter Inanspruchnahme institutioneller Hilfe (Sozialamt, Schiedsmann, Amtsgericht etc.), die aber gerade - weil es meistens nachts geschah - nicht zu mobilisieren war. Wenn ich auch häufig das Gefühl hatte, die dahinter steckende Motivation speise sich eher daraus, nicht noch einmal mit dieser Angelegenheit in der selben Nacht konfrontiert zu werden bzw. keinen Vorgang anfertigen zu müssen, so war es mindestens nicht-intendierte Nebenfolge, daß meistens die Konfliktunterbrechung auch zum Abkühlen der Gemüter geführt hat. Die "sozial wachen Polizisten" schafften das irgendwie und es ging auch - soweit ich das bei den relativ wenigen Einsätzen dieser Art mitbekommen habe - immer gut, aber sie hatten es nie systematisch gelernt, weil kommunikative Kompetenz weder in der VP noch in den neuen Polizeischulen gelehrt, geschweige denn trainiert wurde bzw. wird. Stattdessen liegt der Schwerpunkt auf dem Auswendiglernen einer Menge strafrechtlicher Gesetze und Nebenge-

Vgl. Hanak/Stehr/Steinert (1989).

Steinert 1991, 25

setze, die jedoch alle nicht darauf ausgerichtet sind, den Polizisten in ihrer Funktion als 'Problembewältiger' zu helfen, geschweige denn Menschen in die Lage zu versetzen, sich ein Bewußtsein von ihren Problemen zu schaffen und sie autonom zu bearbeiten. Recht bietet 'dichotome Lösungen' an, z.B. in der Festschreibung von Täter-Opfer-Positionen. Wenn das "Strafrecht verlangt, daß die Probleme und Konflikte so stilisiert werden, daß es einen (schuldigen) 'Täter' und ein (unschuldiges) 'Opfer' gibt", so erweist es sich faktisch für die Bewältigung der Alltags-Arbeit der Polizisten als untauglich, wohl aber suggeriert es ihnen die (juristische) Handhabbarkeit sozialer Konflikte.

Das Recht ist bei der Behandlung von sozialen Konflikten unter Privatleuten eine Ressource, die erst dann eingesetzt wurde, wenn informelle oder dem Recht vorgelagerte Verfahrensweisen keine Abhilfe schaffen oder von vornherein keine Lösung anzubieten schienen. Für Streitende war der Rückgriff auf das Recht im Zustand des Konflikts identisch mit dem Anfordern der Polizei. Für die Polizisten bestand der Zugriff auf das Recht darin, einen Tatbestand für das zu finden, was sie bei den Streitenden erlebten. Ein zentrales Problem bei der polizeilichen Regelung sozialer Konflikte scheint mir zu sein, daß die Polizisten zu wenige der Möglichkeiten informeller, kommunikativer, integrativer oder sonst in irgendeiner Weise dem Recht 'vorgelagerter' Verfahrensweisen kennen und sich subjektiv zu stark eingebunden fühlen in ein starres Korsett von Strafverfolgungs-, Sach- oder anderen Zwängen, so daß sie oft schon relativ schnell zum rechtlichen Instrumentarium Zuflucht suchten. Nach den Erfahrungen im Forschungsfeld habe ich die These entwickelt, daß Bevölkerung und Polizei in den neuen Bundesländern gleichzeitig und langsam lernen werden, Konflikte in kommunikativen Aushandlungsprozessen zu bearbeiten, statt in den bislang gewohnten Formen von Sieg und Niederlage. Die alleinige Übernahme von Konflikttrainingsprogrammen der Polizeien aus den alten Bundesländern ist dafür jedoch weitestgehend ungeeignet, ja kontraproduktiv (indem sie neue Konflikte bei den Benutzern erzeugen), weil diese Programme eine Form der 'Konfliktkultur' voraussetzen, die ihre Tradition in einer offenen

Steinert 1991, 26 verwendet dafür den Begriff der "autoritären Lösung", die darin besteht, "das Recht" durchzusetzen.

Pilgram/ Steinert 1991, 31

Übrigens war die Tatsache, daß die Polizei noch relativ wenig bei privaten Konflikten angefordert wurde auch auf den sehr profanen Umstand zurückzuführen, daß es in der Stadt in den meisten privaten Haushalten noch keinen Telefonanschluß gab.

Gesellschaft hat. Solche Wurzeln gibt es in den neuen Bundesländern nicht. Wichtiger ist dagegen die Entfaltung eigener Formen von Konfliktbearbeitung, die die regionalen Besonderheiten ausreichend berücksichtigen. Eher als 'forschungspraktische Randbemerkung' möchte ich noch hinzufügen, daß es im oben genannten Beispiel zu Beginn der Auseinandersetzung eine für mein Empfinden 'brenzlige' Situation gegeben hat, in der die Polizisten die zwei streitenden Personen ihrerseits ziemlich laut und rauh aufforderten, endlich Ruhe zu geben; in diesem Moment war für mich völlig klar, daß es in allernächster Zeit zu einem Schlagabtausch kommen würde, und ich begann mich unauffällig nach einer 'Deckung' umzusehen. Gleichzeitig registrierte ich, daß die Polizisten noch keinerlei Anstalten machten, sich aktiv oder passiv auf einen Angriff vorzubereiten. Irgendwoher mußten sie die Gewißheit genommen haben, daß diese Art der Auseinandersetzung 'normal' ist (es handelte sich bei den Polizisten durchaus um erfahrene und taktisch geschickte Beamte); so hart die verbale Auseinandersetzung auch geführt wurde, blieb die körperliche Konfrontation tatsächlich aus (eine weitere Bestätigung dafür, daß sozial integrierte Polizisten wichtiger sind als westdeutsche Konflikttrainingsprogramme - und überängstliche West-Forscher).

9. Abschließende Thesen

Statt einer Zusammenfassung will ich thesenartig noch einmal vorstellen, wie sich aus meiner Perspektive der gesellschaftliche Umbruch auf die Polizisten auswirkt und welche Konsequenzen sich daraus ergeben. Dazu skizziere ich drei Erlebnisbereiche aus dem Berufsfeld der Polizei:

- psychische Organisation
- Beziehung zur Bevölkerung
- institutionelle Belange

9.1 Psychische Organisation

Der Wechsel von der Volkspolizei zur Landespolizei vollzog sich nur äußerlich einigermaßen kontinuierlich. Unter der Maske eines universellen Kerns im polizeilichen Selbstverständnis verbergen sich tiefe Brüche und Fragen an die eigene Geschichte, über die man jedoch nicht unchiffriert sprechen kann. Einen 'Code' für die Herstellung oder Beibehaltung einer Berufsidentität stellen Polizei-Mythen dar.

Sie beziehen sich auf essentielle Bereiche beruflichen Handelns und sind in der Regel frei von komplexen historisch-politischen Zusammenhängen.

- Die Polizisten verdrängen dabei ihre Vergangenheit nicht vollständig ins Unbewußte, sie wird häufig in der Gruppe kommunikativ bearbeitet. Hierbei dominieren 'Moral-Geschichten', die episodenhaften Charakter haben und dem Erzähler eine Möglichkeit zur Präsentation und Explikation seiner Haltungen und Einstellungen bieten.

- Unabhängig von eigenen Dispositionen sind die Polizisten auch wegen ihrer 'Uniformgebundenheit' weniger als andere in der Lage, sich aus ihrer Vergangenheit 'wegzustehlen'. Eine Auseinandersetzung mit ehemaligen und aktuellen Berufsrollen bedeutet auch Arbeit an der eigenen Identität. Je eher die Vergangenheit als historisch-biographische Realität angenommen werden kann, desto größer ist die Chance, daß die Polizisten die Wandlungsprozesse der Gegenwart als handelnde Subjekte erleben, als zwar verletzte, aber nicht als haltlose, entwurzelte, von der eigenen Geschichte abgeschnittene Menschen.

- Zusätzliche Belastungen entstehen vor allem dadurch, daß Reflexionsprozesse weitgehend in einem Rahmen stattfinden müssen, in dem über persönliches Scheitern nicht offen gesprochen werden kann.

- Der Verlust früherer Handlungssicherheiten in privater wie auch in beruflicher Hinsicht macht für die Beamten umfassendes Lernen notwendig, um neue Handlungssicherheiten zu erwerben. Dazu sind die Polizisten generell bereit, es entstehen aber Ängste, "den Anschluß" an gesellschaftliche Modernisierung zu verlieren bzw. erst gar nicht mitzuvollziehen.

- Subjektiv wahrgenommene Statusunsicherheit führt gegenüber der Organisationsleitung tendenziell zu hoher Anpassungsbereitschaft.

- Die Wirklichkeitsperzeption der Beamten ist, trotz vorhandener Routinen und Stereotypen, in der Regel flexibel und pragmatisch orientiert; sie ist insoweit offen für Modifikation und Neu-Konstitution. Die für den Dienst in der Schutzpolizei typische Alltagswahrnehmung erleichtert das geforderte berufliche Lernen und die Anpassungsbereitschaft an neue gesellschaftliche Bedingungen.

9.2 Beziehungen zur Bevölkerung

- Der Umgang mit der Bevölkerung scheint grundsätzlich problematisch geworden zu sein. Auffällig war das Fehlen von proaktiven Maßnahmen. Berührung mit der Bevölkerung hatten die Beamten in der Regel erst bei entsprechender Nachfrage. Die Anerkennung der Polizisten als kompetente und autorisierte, vor allem aber als integre Vertreter ihres Berufsstandes hatte für die Betroffenen eine deutlich günstigere Behandlung zur Folge als Ablehnung der Polizisten oder spürbare Distanzierung. Als Anerkennung wurde von den Beamten empfunden, wenn sich ein 'Bürger' ihren Belehrungen gegenüber einsichtig zeigte und ihre Autorität nicht in Frage stellte. Eventuell vorhandener Ermessensspielraum wurde in solchen Fällen extensiver gestaltet.

- In Interaktionsbeziehungen neigten die Polizisten dazu, lediglich ihre Definition der Situation anzuerkennen. Verfahrensregelungen (d.h., die Art und Weise, wie mit der Situation umzugehen sei), setzten beim Betroffenen die Anerkennung dieser Definition voraus. Die kommunikative Aushandlungskompetenz der Polizisten war begrenzt. Häufig konstituierten die Beamten durch ihr Handeln eine paradoxe Situation, in der ein allseitiger Wunsch nach informeller Regelung mit stilisierender Sachverhalts- oder Situationsfestschreibung in Konflikt geriet. Bei der Regelung psycho-sozialer Konflikte zeigten die Polizisten häufig ein hohes Maß an 'praktischer Sensibilität'.

- Die Polizisten definierten tendenziell solche Situationen als 'normal' bzw. unproblematisch, die sie mit ihren früheren Berufsqualifikationen bewältigen konnten (z.B. Verkehrsunfallaufnahme, Kommunikation mit Einwohnern der Stadt im Alltagshandeln). Dagegen erlebten sie soziale Situationen oder Sachverhalte, die neuer Qualifikationen bedürfen oder neue Erlebnisdimensionen darstellen, schneller als außergewöhnlich und fühlten sich durch sie stärker emotional belastet. Solche Belastungen wurden häufig kommunikativ, durch das Erzählen von Abenteuer-Geschichten in der Dienstgruppe bearbeitet (z.B. neue Formen der Kriminalität, Umgang mit dem Berater, neue Rechtsvorschriften).

- Die Bearbeitung sozialer Konflikte geschah grundsätzlich im Rahmen polarisierender Handlungsmuster; es bestand eine gewisse Neigung zum 'abstrafen', wenig Verständnis dagegen wurde für 'lange Diskussionen' aufgebracht. Persönliche Konflikte ergaben sich für die Beamten vor allem dann, wenn sie mit ihrer Ver-

gangenheit als Volkspolizisten konfrontiert wurden. Möglichkeiten zur Konfliktbegrenzung durch Rollendistanz wurden in der Regel nicht genutzt, Konflikte trafen stets 'die ganze Person'.

- Über das Bedürfnis hinaus, klare Verhältnisse bei Interaktionen mit der Bevölkerung zu schaffen, war eine Neigung zu antidemokratischem Handeln nicht festzustellen. Mit aller Vorsicht, die vor allem durch die gewählte Methode indiziert war, ließ sich bei den Polizisten der untersuchten Stadt ein hohes Maß an Autoritätsgebundenheit feststellen (nach meinem Eindruck liegt dieses Maß deutlich über dem von durchschnittlichen Polizisten der alten Bundesländer, hierzu fehlt jedoch im Moment eine empirische Absicherung).

- Die Polizisten lernen zeitgleich mit der Bevölkerung die bislang internalisierten Konfliktregelungsressourcen um neue, integrierende Bearbeitungsmöglichkeiten zu erweitern.

- Im Alltagshandeln der Polizisten gab es Widersprüche zwischen der Art und Weise, wie sie die Wirklichkeit sprachlich deuteten und wie sie sie anschließend praktisch bearbeiteten. Für die Widersprüche schienen insbesondere Statusunsicherheiten bedeutsam zu sein, die eine Verlagerung von konkreten Handlungsoptionen auf die Sprach- bzw. Phantasieebene erklären.

- Die Polizisten waren in das soziale Leben der Stadt integriert und wurden von der Bevölkerung grundsätzlich anerkannt. Polemisierung gegen Polizisten war auf Einzelfälle beschränkt und stand im engen Zusammenhang mit negativer Sanktionierung.

9.3 Die Institution Polizei

- Das Tragen der (alten VP-) Uniform wurde größtenteils nicht problematisiert; unbewußt schienen die Polizisten aber über die Thematisierung von Uniformproblemen Frustrations- und Versagungserlebnisse auszudagieren, die sonst keinen Raum in der Behörde hatten.

- Bei der Bewältigung der Alltagsarbeit war der enge Kontakt mit dem sozialen Nahraum (statusnahe Kollegen) von zentraler Bedeutung. Durch Überbewertung eigenen Rollenhandelns und eigener Statusdefinition kam es in einigen Fällen zu

einer dichotomen Bewertung des Berufsstandes, aber auch der gesamten Gesellschaft ("wir-hier-unten", "die-da-oben"-Denken).

- Die Wirkung von 'Beratung' durch Polizisten aus den alten Bundesländern machte es den Beratenen oft schwer, den Kern ihrer eigenen Berufstradition und ihre berufliche Identität zu bewahren, gegebenenfalls sie zu modifizieren; viele hatten das Gefühl, durch die Dominanz der Berater von ihrer Berufsidentität abgeschnitten worden zu sein, ohne selbst die Möglichkeit der Vergangenheitsbearbeitung gehabt zu haben.

- Von Seiten der Organisationsleitung wurden keinerlei Möglichkeiten bereitgestellt, persönliche Konflikte und Belastungen zu besprechen oder sonst zu bearbeiten.

9.4 Anforderungen an Organisationsentwicklung

Natürlich ist es nicht unproblematisch, am Ende einer in weiten Teilen deskriptiven Arbeit nunmehr normative Kategorien für eine systematische Organisationsentwicklung zu entfalten, ohne den Anspruch einer handlungstheoretischen Sozialforschung aufzugeben. Ich füge dennoch einige Überlegungen in diese Richtung an, weil ich denke, daß aus meiner Option für die handelnden Polizisten auch etwas annähernd Konkretes in die Struktur von Organisationen einmünden sollte. Unter dem Begriff "Organisationsentwicklung" werden im allgemeinen systematische Bemühungen zu Effektivitätssteigerung, aber auch Maßnahmen zur Humanisierung des Arbeitsplatzes verstanden, wie fragwürdig auch immer diese Bemühungen in der Praxis aussehen mögen. Von den üblicherweise fokussierten Bezugsgrößen "Mitglieder", "Struktur" und "Kultur" beschränke ich mich auf Überlegungen, wie die psychischen und sozialen Belastungen, welchen die Mitglieder der untersuchten Polizeiorganisationen nach meiner Einschätzung ausgesetzt sind, im Rahmen der Organisationsentwicklung zur Kenntnis genommen und bearbeitet werden könnten, wobei ich implizit voraussetze, daß sie überhaupt ernst genommen werden.

- Die Organisation Polizei wird gut beraten sein, ihren MitarbeiterInnen einen sozialen Rahmen anzubieten, in dem es möglich ist, über Ängste, Erwartungen, Identitätsprobleme und Verunsicherungen zu reden. Während bislang, und mögli-

Fuchs et al 1978, 550

cherweise noch eine gewisse Zeit in der Zukunft, der weitaus größte Teil psychischer Energie dazu verwendet wird, den Alltag in irgendeiner Form zu bewältigen und hierzu vor allem praxisorientierte Handlungsmöglichkeiten bevorzugt werden, wird bei vielen Polizisten sehr bald ein Bedürfnis bestehen, ihre beruflichen und persönlichen Belastungen 'uncodiert' zu besprechen. Sie werden sich dabei an die Organisation wenden, die solche Belastungen durch ihren dienstlichen Auftrag mit verursacht. Die Forderung nach einem 'sozialen Raum', in dem Mitarbeiter betreut werden können, folgt direkt aus den Organisationsaufgaben, von denen einige durchaus "traumatisierend" wirken. Daraus entsteht m.E. für die Polizeiorganisation eine Verantwortung zur Bearbeitung psychischer Konflikte und zwar dort, wo sie entstehen und nicht etwa durch "Pathologisierung" und Verschiebung in den Zuständigkeitsbereich von Haus- oder Amtsarzt.

- Vornehmliches Ziel aller Fort- und Weiterbildungsmaßnahmen zur Bearbeitung sozialer Konflikte durch die Polizei sollte es sein, die kommunikative Kompetenz der Mitarbeiter zu erhöhen und formale Lösungsmöglichkeiten auf ein Minimum zu reduzieren. Ich prognostiziere für die Arbeit der Schutzpolizisten in der von mir beobachteten Stadt (diese Annahme ist aber m.E. durchaus übertragbar für alle neuen Bundesländer) einen ganz massiven Zuwachs an Konfliktregelungsarbeit unter der Bevölkerung im Rahmen der sog. "domestic violence". Das dürfte mit Freisetzungseffekten, Langzeitarbeitslosigkeit, fehlende bauliche Möglichkeiten zum individuellen Rückzug u.v.a.m. zu tun haben. Bislang wird die Polizei weitestgehend aus solchen Konflikten herausgehalten; spätestens eine telekommunikative Erweiterung von Möglichkeiten, die Polizei zu informieren, wird aber zu einem Anstieg im Bereich der 'privaten Konfliktschlichtung' beitragen. Aber nicht nur das - auch das Vertrauen in Problemlösungskompetenzen der Polizei wird bis dahin wahrscheinlich ebenfalls gewachsen sein. Auf eine professionelle Bearbeitung sozialer Konflikte sind die Polizisten und ist die Polizei heute noch in keiner Weise vorbereitet.

9.5 Implikationen einer Modernisierung der Polizei

Die eigentliche Funktion der Polizei besteht m.E. nicht darin, konkretes individuelles 'Fehlverhalten' (was immer darunter auch zu verstehen ist) zu ahnden oder zu verhindern, auch nicht in der konkreten Gefahrenprävention oder -beseitigung, obwohl ihr genau das immer wieder angetragen bzw. vorgeworfen wird. In ihrem Berufsalltag handeln die Polizisten viel häufiger 'symbolisch', d.h., sie repräsen-

tieren geradezu die 'Idee der Legalität staatlicher Gewaltsamkeit'. In einer Vielzahl diffuser Konfliktkonstellationen regulieren die Polizisten, statt (unter Berufung auf formales Recht) zu befehlen, wobei hier die 'normative Kraft des Faktischen' den subjektiven Vorstellungen vieler Polizisten einen Streich zu spielen scheint, denn die meisten sind in einem Bewußtsein erzogen worden, daß das Recht in der Lage sei, Konflikte zu lösen, man müsse es den Leuten nur deutlich genug sagen. Im Bereich der Bearbeitung sozialer Konflikte haben Polizisten häufig relativ breiten Definitionsspielraum (nämlich die Situationen als Bagatelle, als polizeilich relevant, als Vergehen oder Verbrechen einzustufen). Innerhalb der Diskussion um die "Definitionsmacht der Polizei" ist für einen weiten Bereich polizeilicher Tätigkeit, nämlich die Bearbeitung von sozialen Konflikten unter Privatmenschen, folgender, bislang vielleicht zu wenig berücksichtigter Aspekt hinzuzufügen: Von 'Definitionsmacht' (bei der Konfliktregelung) ist nur zu sprechen, soweit damit die Organisation bzw. Institution Polizei gemeint ist. Aus der Perspektive der handelnden Akteure ist für die polizeiliche Alltagsarbeit in einer Vielzahl von Situationen nicht ihre Definitionsmacht, sondern der an sie herangetragene Definitionswunsch, der durch den fremdinitiierten Regelungsbedarf entsteht, handlungsbestimmend. Über die Anforderung, in relativ kurzer Zeit 'klare Verhältnisse' zu schaffen, sind die Polizisten wenig glücklich, weil sie intuitiv die Grenzen ihres professionellen Handlungsspielraums erkennen. Bessere Helfer stehen aber in der Regel nicht zur Verfügung und sie, die zur Verfügung stehen, haben nicht gelernt, soziale Konflikte professionell zu bearbeiten. Die Beteiligten (oder Nachbarn, Geschädigte, Versicherungen, die Öffentlichkeit oder wie immer die im Hintergrund Stehenden benannt werden mögen), erwarten aber genau das von den Polizisten. Vor diesem Hintergrund definieren Polizisten soziale Situationen, jedoch - so meine These - nicht aus eigener Machtfülle und 'Etikettierungswut', sondern im Kontext einer Vielzahl von Interessenfigurationen, die ihr Handeln beeinflussen. Modernisierung der Polizei und Professionalisierung von polizeilicher Arbeit sowie deren dahinterliegenden Vorstellung von Gesellschaft stellt sich jedoch nur im Spannungsbogen gesellschaftlicher Modernisierung her. Im beständigen Weiterentwickeln von polizeilichem Selbstverständnis haben sich die Problemlösungskompetenzen der Polizisten wie auch die der Polizeiorganisationen in den alten Bundesländern über einen Zeitraum von fast vier Jahrzehnten sukzes-

Insbesondere Feest/ Lautmann (1971) und Blankenburg/ Feest (1973), aber auch alle Arbeiten, die mehr oder weniger explizit den Labeling-Theorien zuzurechnen sind, betonen die Definitionsmacht der Polizei.

sive erhöht. Diese Problemlösungskompetenz wird von Teilen der bundesrepublikanischen Gesellschaft immer noch als defizitär empfunden. Im Vergleich zur Situation der Polizei in den neuen Bundesländern scheint der 'Vorsprung' jedoch so groß zu sein, daß einige Vertreter von Polizeibehörden der Altbundesländer der Verführung erliegen, den Polizei- und Gesellschaftsstrukturen der neuen Bundesländer neben der logistischen, technischen und anderen formalen Hilfe auch ihre eigenen Vorstellungen von Konfliktregelung zukommen zu lassen, ohne die vielen speziellen Rahmenbedingungen der regionalen Polizeiarbeit zu kennen.

9.6 Schluß

Viele der oben skizzierten Thesen warten auf empirische Evaluierung; diese Aufgabe konnte qualitative Sozialforschung in meinem Zuschnitt nicht leisten. Hierzu bedarf es modifizierter Forschungsmethoden und weiterer Arbeit. Einige der Beobachtung scheinen sich nicht signifikant von der sozialen Realität von Schutzpolizisten in den alten Bundesländern zu unterscheiden. Das weist auf einen universalen Problemzusammenhang hin und ist dem propagierten Prozeß des Zusammenwachsens nur förderlich. Die Polizisten, die ich erlebt habe, wollen vor allem und in erster Linie "einen guten Job" machen. Daß sie dabei die Vergangenheit der Volkspolizei partiell ausblenden, ist verständlich, wenn auch nicht übersehen werden kann, daß die Reduktion des Berufsverständnisses auf rein 'sekundäre Tugenden' politisch gefährlich, ethisch fragwürdig und sozial unerwünscht ist. Daran müssen aber die Menschen selbst arbeiten und es steht anderen (die aus einem Teil Deutschlands kommen, in dem vor einigen Jahren sehr ähnliches zu beobachten war) m. E. wenig gut an, den moralischen Zeigefinger zu heben und missionarischen Eifer in Sachen 'Berufsethik' zu entfalten.

Im übrigen sind die Polizeiorganisationen der Altbundesländer keineswegs über Irrtümer und Verstrickungen mit politischen Machtinteressen erhaben. Diejenigen, die als "Berater" Aufbauarbeit leisten, sollten über das "Machen" und das "Organisieren" hinaus nicht das Zuhören vergessen. An dieser Fähigkeit und dem Vermögen, sich in die Vorstellungswelt und das Wertesystem anderer Menschen hineinzusetzen erkennt man m.E. sowohl den guten "Manager", als auch den guten Führungsbeamten. Bei all diesen und weiteren Defiziten, die noch zu beheben sind, muß deutlich bleiben, daß es die Menschen aus der eigenen Region sind, die mit den sozialen, emotionalen, psychologischen, kommunalen, traditionellen, geographischen, und allen anderen Besonderheiten kompetent umgehen können.

Diese Kompetenz kann nicht durch fremde Programme, sondern - wenn überhaupt - nur durch sensible Begleitung fortentwickelt werden. Schließlich ist noch einmal auf den Punkt zu bringen, was die politischen Konsequenzen dieser Arbeit sein könnten. Ohne dezidierte Ideologiekritik zu üben scheint doch folgendes evident zu sein: Polizisten definieren sich in ihrem Berufsverständnis nicht in erster Linie über die verfassungsbezogene Verankerung ihrer Eingriffsrechte; auch sind ideologische Rahmenbedingungen auf das berufliche Selbstverständnis "aufgesetzt" und eher äußerer Rahmen, nicht aber Kern beruflicher Identität. Die Berufsethik von Polizisten scheint sich vielmehr zusammzusetzen aus einem Geflecht von eigenen und kollektiven Erfahrungen im Dienstalltag, von verbindlichen und tradierten Werten, die mit anderen Polizisten geteilt werden sowie aus dem Ergebnis eines universellen Ordnungszusammenhangs ("Jeder Staat braucht eine Polizei"). Insofern ist die Annahme einer demokratischen Selbstkontrolle bzw. eines demokratischen Selbstverständnisses der Polizei nicht signifikant im Alltagserleben der Streifenpolizisten repräsentiert. Eine demokratische Kontrolle der Polizei wird notwendigerweise immer - zumindest immer auch - außerhalb der Institution Polizei angesiedelt sein müssen. Der Grad der Verwurzelung einer Polizei in der Bevölkerung hängt in modernen Gesellschaften m.E. genuin zusammen mit dem Grad der Wirksamkeit ihrer demokratischen Kontrolle sowie der Mitgestaltungsmöglichkeit von Polizeiarbeit durch Mitglieder der Gemeinde. Und diese Aussage steht nicht im Gegensatz zu der Überzeugung, daß die meisten Polizisten und Polizistinnen von sich aus demokratisches Bewußtsein haben.

An Stelle eines Nachwortes

Nun lebe ich seit einiger Zeit in einem der Neubundesländer und bekomme weitere Eindrücke vom Alltag der Polizisten, einige Zeit nach der "Wende". Zwei Phänomene fallen im Umgang mit ihnen besonders auf:

- 1. die ausgesprochen weit verbreitete "Verlierer-Mentalität"**
- 2. die Wiederherstellung neuen Selbstwertgefühls bei gleichzeitiger Distanzierung gegenüber den "Wessies" (ein Phänomen, das in der Zeitschrift "Neue Kriminalpolitik" 1/93 zutreffend mit der Frage "Die Wende nach der Wende?" bearbeitet wird).**

Während eines Seminars sagte ein junger Polizei-Student: "Wenn wir gewonnen hätten, würden Sie jetzt hier sitzen und ich würde Ihnen was erzählen". Das

Auffällige war nicht nur der Fatalismus, der aus diesen Worten durchschien oder die Überzeugung der absoluten Austauschbarkeit von Werten und Systemen; vielmehr noch erstaunte mich das "wir" und die Kriegssprache, mit der die Vergangenheit bearbeitet wird. Dieses "Wir" steht für die DDR-Gesellschaft, es steht für die vielen verlorengegangenen Annehmlichkeiten, die die Menschen heute vermissen. Die krude Sprache gibt relativ authentisch die psychische Disposition vieler Polizisten wieder. In dieser Sprache gibt es Kampf und Niederlage, Sieger und Verlierer, Besatzer und Besetzte, Eroberung und Unterwerfung. Sie sagt etwas über den Grad der Fremdheit und des Mißtrauens gegenüber dem neuen Gesellschaftstypus und sie sagt etwas über das Maß an Internalisierung eines "real existierenden Sozialismus". Unsicherheit, Angst und die vielfältigen Narben eines durchgängig autoritären Systems sind die Elemente einer Hypothek, die auf viele Menschen in den neuen Bundesländern lastet. Die "Vertreibung aus dem sozialistischen Versorgungs-Paradies" hat tiefere Spuren hinterlassen, als das (mindestens von vielen Westdeutschen) vermutet worden ist. Angst macht "hart" - und emotional verhärtete Menschen gibt es hier wahrlich genug. Die heutigen Beamten des Landespolizei gehörten früher sicher nicht zur "oppositionellen Avantgarde". Man kann durchaus vermuten, daß die meisten Bediensteten der VP ideologisch mindestens Mitläufer waren und sozio-ökonomisch in der Regel zu den Benefiziären des Sozialismus gehörten. Von den meisten, denen ich bislang begegnet bin, kann angenommen werden, daß sie sich in der DDR nicht in der "inneren Emigration" befunden haben; mindestens einige befinden sich heute nach meiner Einschätzung sehr wohl in ihr. Zentrale Wahrnehmungskategorie ist nach wie vor ein wie auch immer definiertes Ausmaß an "Kriminalität". Dabei beschränken sich die Beamten ganz auf diejenigen Formen abweichenden Verhaltens, die amtlich als Kriminalität beschrieben werden. Diese Fähigkeit zur Reduktion erweist sich als hilfreicher Anpassungsmechanismus, immerhin gelingt es damit, polizeiliche Aufgaben als rein funktionale Elemente der Herrschaftssicherung und des Hoheitshandelns zu begreifen. So (und nur so) können die 'Hüter der alten Ordnung' auch die 'Hüter der neuen Ordnung' sein. Die Wahrnehmung der Realität ist für Polizisten eng mit der Wahrnehmung von Devianz verbunden. Darüber geht ihnen oft der unvoreingenommene Blick auf die Welt verloren. Den Polizisten in den neuen Bundesländern fällt es m.E. noch schwerer als ihren 'westlichen' Kollegen, sich daran zu gewöhnen, daß eine Gesellschaft mit 'Kriminalität' leben muß und leben kann. Das Berufsverständnis war und ist offensichtlich stark von dem Bestreben geprägt, jede als Kriminalität definierte Abweichung tendenziell auszurotten. Folgt man diesem Verständnis, dann haben DDR-Polizisten sicher Grund gehabt, ihre

damalige Arbeit als im Vergleich zur heutigen "erfolgreicher" zu beschreiben. Der Kontrolldruck war in einigen Bereichen offensichtlich so hoch, daß eine relativ hohe Aufklärungsquote für bestimmte Erscheinungsformen von Kriminalität (besonders hervorzuheben ist hier für die Arbeit der Kriminalpolizei die Eigentumskriminalität) gelang. Bekanntgewordene Straftaten wurden mit einem im Vergleich zu den Altbundesländern enorm hohen Personal-, Material- und Zeitaufwand ermittelt (man hatte offensichtlich genügend Ressourcen).

Dagegen haben heute viele Polizisten resigniert und stellen verbittert fest, daß sie Straftaten lediglich noch 'verwalten'. Die Sachbearbeiter 'ersticken' in Vorgängen, die Aufklärungsquoten sind dramatisch gesunken. Für viele ist die Polizeiarbeit im Vergleich zu früher unattraktiv geworden. Ein Kriminalbeamter faßt die Stimmung so zusammen: "Wenn wir früher jemanden festgenommen hatten und wir ihm beispielsweise mehrere Einbrüche nachweisen konnten, dann war der erst mal weg vom Fenster. Der ist eingesperrt worden und wir hatten eine ganze Weile Ruhe. Wenn wir heute den selben Täter festnehmen, dann läuft der morgen wieder frei rum. Wo ist da noch der Sinn meiner Arbeit?" In der Tat: wer seinen beruflichen Erfolg in erster Linie daran orientiert hat, wie viele Leute er für wie lange Zeit wegsperrern kann, für den brechen heute einige Erfolgserlebnisse weg.

"Wende nach der Wende" erlebe ich hier nicht nur als Besinnung auf frühere Werte, sondern auch ein Hinweis auf Grenzen kollektiven Lernens. Neben der Rückbesinnung auf das Leben in der DDR-Gesellschaft (nicht nur die Brötchen sollen besser gewesen sein, auch viele 'soziale Einrichtungen') stellt sich, quasi als Erscheinungsform der "Verlierer-Haltung", auch die Wahrnehmung und Anerkennung eigener Verletzungen ein. Mit dem Heilungsprozeß sind Schmerzen verbunden, die ausgehalten werden müssen. Die Schmerzen werden zur Wut, wenn sich andere (in der Regel die "Besserwessies") über diese Vergangenheit lustig machen oder in falsch verstandenem Mitleid ("jetzt ist ja alles vorbei...") die Identität der Menschen einfach abschneiden wollen. Wenn ich es richtig beobachte, dann entsteht schon seit einiger Zeit bei vielen Menschen in den neuen Bundesländern ein neues Selbstbewußtsein, das sich in wachsendem Maße auch als Mißtrauen gegen die "Westimporte" (ob in Waren- oder Personenform) manifestiert. Es speist sich aus vielfältigen Negativ-Erfahrungen und mündet in der zunehmenden Ablehnung eines Gesellschaftstypus', der so viele 'hinterlistige' und unverständliche, vor allem aber hochkomplexe Regulierungsmechanismen aufweist, daß man sich sehr schnell ziemlich ohnmächtig und partizipationsunfähig fühlt. "Wir hatten es doch früher auch ganz gut..", sind Reflexionen, die schon lange nicht mehr nur

vereinzelt angestellt werden. Als Folge einer Vielzahl von Ohnmachtserfahrung schärft sich der Blick für die 'Kehrseiten' offener Gesellschaften: Arbeitslosigkeit, Wegfall staatlicher 'Bekümmerung', offene soziale Ungleichheit, Verkümmern von Sozialbeziehungen und Leben in einer Konkurrenz- und sog. 'Ellenbogengesellschaft'. Wenn Menschen in den Altbundesländern etwas lässiger über individuelle Chancen und Risiken im Modernisierungsprozeß reden, dann deshalb, weil sie kontinuierlich den Umgang individueller Lebensentwürfe einüben konnten. Hier in den neuen Bundesländern nehmen viele Menschen Individuation in erster Linie als furchterregende Aufforderung zu reinem Egoismus wahr (wobei nicht zu übersehen ist, daß die oft gerühmte frühere "Solidarität" in der Regel ebenfalls dem Gesetz der Reziprozität folgte). Auch heute noch erlebe ich die hiesigen Polizisten als ziemlich stark autoritätsorientiert. Persönlichkeitsmerkmale wie emotionale Verhärtung, Suche nach Eindeutigkeit und Kompromißlosigkeit, geringe Ambiguitätstoleranz, der ausgeprägte Wunsch nach Polarisierung sind relativ stark ausgeprägt. Das Zusammenwirken von Unsicherheit, Status-Angst und rigiden Denkmustern führt zu einer Verengung des Blickwinkels auf eine "Außer- Kontrolle-geratenden" Gesellschaft. Ein Student meinte: " Wissen Sie, uns ändern Sie nicht mehr mit diesem Studium. Wir hören uns das jetzt an, aber wir machen später so weiter, wie bisher. Vielleicht können Sie was bei den nächsten Jahrgängen ausrichten." Auf meine Nachfrage bemerkte der junge Mann: " Ich habe bei der VP gelernt, wie ich aus Verdächtigen Geständnisse rauskriege, darin waren wir von der "K" ziemlich erfolgreich. Ich seh' überhaupt nicht ein, warum ich diese Techniken aufgeben soll." Das Argument, daß im Grundgesetz Abwehrrechte formuliert sind, deren Schutz auch Aufgabe der Polizei sei, wischte er mit der Bemerkung weg: "Glauben Sie mir, ich weiß schon, was ich machen muß, um nicht aufzulaufen." Diese Haltung ist sicher nicht prototypisch für alle Polizisten, sie ist aber dessen ungeachtet bezeichnend für das Ausmaß an Verunsicherung, das innerhalb der Polizei herrscht. Gewohntes, Vergangenes wird auch hier höher geschätzt als Neues, Unbekanntes. Ausbildung kann nach meiner Einschätzung bis auf weiteres allenfalls "Schlimmeres verhindern", nicht aber Optimales erreichen. Bislang besteht die (durchaus nicht befriedigende) Zielstellung der Ausbildung von Polizisten an der FHÖV in dem Versuch, sie davon zu überzeugen, daß sich die Rahmenbedingungen ihrer Berufsausübung fundamental geändert haben, auch wenn es einige "technische" Gemeinsamkeiten oder Parallelen geben mag. Während man (ein wenig euphemistisch) davon sprechen kann, daß in den Altbundesländern die Polizei zunehmend als "Integrationsagentur" von staatlichem Gewaltanspruch und individuellen Entfaltungs- und Abwehrrechten in Anspruch genommen wird, stehen

für die ehemaligen Volkspolizisten die Interessen von 'Staat' und 'Bürger' nach wie vor fast antagonistisch zueinander. Hier ist umfassender Ausbau der Dialogfähigkeit erforderlich. Modernisierung der Polizei und Professionalisierung ihrer Arbeit steht - wie bereits erwähnt - im Zusammenhang gesellschaftlicher Modernisierung. Insoweit sind alle Konflikte, die in diesem Prozeß gesamtgesellschaftlich zu beobachten sind, auch innerhalb der Organisation zu bemerken. Nach meiner Einschätzung wird Modernisierung der Polizeien in den neuen Bundesländern substantiell erst mit der folgenden PolizistInnen-Generation einsetzen. Warum das? Von den derzeit etwa 5500 Vollzugspolizisten im gesamten Bundesland Mecklenburg-Vorpommern sind zum Stand 1.12.1992 gerade 350 BeamtInnen ohne jede berufliche Vergangenheit in der VP. Wie lange es dauern wird, bis einige dieser 350 in Führungspositionen gelangen, vermag jeder einzuschätzen, dem Beförderungskriterien im Öffentlichen Dienst bekannt sind: für BeamtInnen, die nicht als AbiturientInnen eingestellt wurden, ist eine Annahme von 12-15 Jahren bis zum Ablegen der III. Laufbahnprüfung (Eingangsamt Höherer Dienst) wahrscheinlich. Bis dahin werden Spitzenpositionen in der Polizei entweder von "importierten West-Beamten" besetzt sein oder aber von ehemaligen Offizieren der VP, die in mehrmonatigen "Crash-Kursen" vierzig Jahre westdeutsche Polizei-Tradition nachgeholt haben.

Die Auswahl der Eliten in der Polizei verlief in zweierlei Hinsicht sicherlich ähnlich. Erstens: beide Systeme verlangten Loyalität und Identifikation mit den jeweiligen gesellschaftlichen Regulierungsgrundsätzen; als Voraussetzung dazu wird man für Polizisten in beiden Teilen Deutschlands zweitens annehmen können, daß sie ein hohes Maß an Anpassungsbereitschaft und psychischer Mobilität besitzen mußten. Ein entscheidender Unterschied in der Elitenauswahl "Ost" und "West" kann allerdings darin gesehen werden, daß bei DDR- Führungspolizisten die Leistungskriterien im Verhältnis zu den "politischen Anforderungen" (Klassenstandpunkt, Kaderakte, Mitgliedschaft in der SED) subsidiär waren, während die formellen und informellen Auswahlkriterien der westdeutschen Polizeien in der Regel das Leistungsbild der Kandidaten in den Mittelpunkt rückten. Die Systemtreue wurde in der DDR möglicherweise in stärkerem Maße explizit eingefordert (positives Auswahlkriterium), während sie in der Bundesrepublik zunächst unterstellt wurde und nur im Einzelfall als Entscheidungskriterium diente (Negativauslese).

Während die Spitzenbeamten qua Funktion eher zum Interessenausgleich neigen dürften und in starkem Maße eingeschworen werden auf die jeweilige politisch wünschenswerte bzw. machbare Polizeipolitik, haben die Stellvertreter-Positionen

traditionsgemäß den Kontakt zwischen "Unten" und "Oben" zu halten, sie sind damit näher an der Organisationsbasis. Dort spricht man eine deutliche Sprache, insbesondere in Sachen Sicherheitspolitik, aber auch zum Einfluß der "West-Führung". Innerorganisationelle Konflikte zwischen "Ost" und "West" bzw. zwischen "Einheimischen" und "Zugereisten" scheinen mir unausweichlich zu sein. Derzeit ist nicht abzusehen, wie sich diese Spannungen entfalten werden und wie sie bearbeitet werden können, es kann aber sicher angenommen werden, daß die "Führungsbeamten-Ost" in Zukunft auf diesen Konflikt wesentlichen Einfluß haben werden. Die heute noch dominierende "West-Orientierung" scheint sich zu einer landesspezifischen Neu- Orientierung zu transformieren. Allerdings steht dabei auch die Rückkehr zu autoritären Führungs- und Entscheidungsmustern im Raum. Man wird gespannt sein dürfen, in welche Richtung sich die Polizei-Politik in den Neuen Bundesländern entwickelt.

Literatur

Albrecht, Günther/ Brusten, Manfred: Soziale Probleme und soziale Kontrolle, Opladen 1982

Albrecht, Peter-Alexis/ Backes, Otto: Verdeckte Gewalt. Frankfurt, 1990

Alex, M.: Konflikte zwischen Polizei und Bevölkerung im Rollenverständnis von angehenden Polizeibeamten, in: Kriminologisches Journal 4/80: 257-270

Anonymus: Der Versuch einer kritischen Selbstdarstellung und Bewertung des Verhaltens der Volkspolizei im Herbst 1989 in: Die Polizei, 10/1990: 257-262

Arbeitsgruppe Bielefelder Soziologen (Hrsg.): Alltagswissen, Interaktion und gesellschaftliche Wirklichkeit, Bd. 1 u.2 Opladen 1981

Arbeitskreis Junger Kriminologen (Hrsg.): Die Polizei eine Institution öffentlicher Gewalt, Neuwied/ Darmstadt 1975

Beck, Ulrich: Risikogesellschaft. Auf dem Weg in eine andere Moderne, Frankfurt/M. 1986

Becker, Sophinette/ Becker Hans: Die Wiedervereinigung der Schuld, in: psychosozial I/1991

Behr, Rafael: Polizeiforschung: Eine Chance für die Polizei (?) Gedanken zum IO. Int. Kongreß für Kriminologie in: Die Polizei. 3/1990

Behr, Rafael: Polizeiforschung ohne Beteiligung der Polizei? in: Deutsches Polizeiblatt 2/89

Behr, Rafael: "Wenn wir gewonnen hätten..." zur Situation der Polizei in den neuen Bundesländern, zwei Jahre nach der "Wende", in: Neue Kriminalpolitik, 1/1993: 32-36

Berger, P. L./ Luckmann, T.: Die gesellschaftliche Konstruktion der Wirklichkeit. Eine Theorie der Wissenssoziologie Frankfurt/M. 1980

Bialas, Wolfgang: Abschied von der DDR, in: psychosozial I/1991: 76-83

Blankenburg, E./ Feest, J.: Die Definitionsmacht der Polizei, Düsseldorf 1972

Blau, Peter M.: Konsultation unter Kollegen, in: Conrad/ Streeck (1976)

Blumer H.: Methodologische Prinzipien empirischer Wissenschaft, in: Gerdes, K. (Hrsg.): Explorative Sozialforschung: einführende Beiträge aus "Natural Sociology" und Feldforschung in den USA, Stuttgart 1979. S. 41-62

Bosse, Hans: Zugänge zur verborgenen Kultur der Jugendlichen. Ethnoanalyse in Papua Neuguinea und ethnohermeneutische Textinterpretation, unveröffentlichtes Manuskript, Frankfurt 1990

Brusten, Manfred: Eine politisch neutrale Polizei? in: Kriminologisches Journal 3/85: 203-219

Brusten, Manfred: Neue Wege zur demokratischen Kontrolle der Polizei? in: Kaiser et al (1988)

Brusten, Manfred/ Malinowski, Peter: Die Vernehmungsmethoden der Polizei und ihre Funktion

für die gesellschaftliche Verteilung des Etiketts "kriminell", in: Stigmatisierung, Bd.2, Neuwied 1975

Buchholz, E./ Hartmann, R./ Lekschas, J./ Stiller, G.: Sozialistische Kriminologie. Ihre theoretische und methodologische Grundlegung. Staatsverlag der DDR, Berlin (Ost) 1971

Büchner, Britta: Deutsche Sehnsucht. Einige sozial-psychologische Gedanken zur "Neuen Rechten" in: psychosozial 1/1990

Bundeszentrale für politische Bildung (Hrsg.): Informationen zur Politischen Bildung Nr. 231/1991 "Geschichte der DDR", Bonn 1991

Bürgerrechte & Polizei - CILIP Informationsdienst -Nr. 25, S. 5: Eine "alternative" Polizei? - Alternativen zur Polizei?

Busch,H./ Funk,A./ Kauß,U./ Narr,W.-D./ Werkentin,F.: Die Polizei in der Bundesrepublik, Frankfurt 1988

Büschges, Günter (Hrsg.): Organisation und Herrschaft, Reinbek bei Hamburg 1976

Büttner, Christian: Werte- und Entscheidungskonflikte junger Polizisten - Zur Integrationsfähigkeit gesellschaftlicher Institutionen am Beispiel Bereitschaftspolizei, HSFK-Forschungsbericht 1/1986, Frankfurt 1986

Conrad, W./ Streeck, W.: Elementare Soziologie, Reinbek bei Hamburg 1976

Dechmann, Manfred: Teilnahme und Beobachtung als soziologisches Basisverhalten, Bern/Stuttgart 1978

Diestel, Peter-Michael: Volkspolizist zu sein - trotzdem ein traditionsreicher Beruf, in: Die Polizei 10/1990: 263-268

Dölling, D.: Determinanten und Struktur polizeilicher Ermittlungstätigkeit, in: Kaiser (1988)

Ebeling, Wolfgang: Polizeikultur - auch für die Volkspolizei der DDR, in: Deutsche Polizei 1/91:18-22

Ebers, Mark: Organisationskultur: Ein neues Forschungsprogramm? Wiesbaden 1985

Elias, Norbert: Über den Prozeß der Zivilisation. Bd.1: Wandlungen des Verhaltens in den weltlichen Oberschichten des Abendlandes, Frankfurt 1988

Elias, Norbert: über den Prozeß der Zivilisation. Bd.2: Wandlungen der Gesellschaft; Entwurf einer zu einer Theorie der Zivilisation. 1988 b

Erikson, Erik H.: Identität und Lebenszyklus, Frankfurt/M. 1991

Fabritius, Georg: Die Umwandlung der Volkspolizei zu einer rechtsstaatlich-demokratischen Polizei, in: Die Polizei, 4/91: 96-99

Feest, J./ Lautmann, R. (Hrsg.): Die Polizei. Soziologische Studien und Forschungsberichte, Opladen 1971

Feltes, Thomas: Polizeiliches Alltagshandeln. Konsequenzen für eine "neue Polizei" aus einer Analyse von Notrufen und Funkstreifen-Einsatzanlässen in der Bundesrepublik Deutschland, in: Kaiser et al (1988)

Feltes, Thomas/ Rebscher, Erich (Hrsg.): Polizei und Bevölkerung. Beiträge zum Verhältnis zwischen Polizei und Bevölkerung und zur gemeindebezogenen Polizeiarbeit ("Community Policing"), Holzkirchen 1990

Feltes, Thomas: Die Polizei - Alternativen gesucht, in: Neue Kriminalpolitik 1/91

Festl, Lothar: Für mich ist das Alltag. Innenansichten der Polizei, Bonn 1989

Foucault, Michel: Überwachen und Strafen - die Geburt des Gefängnisses, Frankfurt/M. 1976

Freehse, Detlev: Zur Abweichung der Angepaßten, in: Kriminologisches Journal 1/91: 25-45

Freud, Sigmund: Massenpsychologie und Ich-Analyse, Frankfurt 1960

Freud, Sigmund: Totem und Tabu, Frankfurt 1956

Friedrichs, Jürgen: Methoden empirischer Sozialforschung, Opladen 1985

Friedrichs, Jürgen: Teilnehmende Beobachtung abweichenden Verhaltens, Stuttgart 1973

Friedrichs, J./ Lüdtke, H.: Teilnehmende Beobachtung. Einführung in die sozialwissenschaftliche Feldforschung, Weinheim/ Basel 1973a

Fuchs, W./ Klima, R./ Lautmann, R./ Rammstedt, O./Wienold, H.: Lexikon zur Soziologie, Opladen 1978

Funk, Albrecht: Polizeiforschung in der Bundesrepublik. Versuch einer Bilanz, in: Kriminologisches Journal 2/1990

Funke, Edmund: Soziale Leitbilder polizeilichen Handelns. Eine empirische Studie zur Einstellung von Polizeibeamten, Holzkirchen 1990

Girtler, Roland: Methoden der qualitativen Sozialforschung. Anleitung zur Feldarbeit, Wien u.a. 1988

Girtler, Roland: Polizei-Alltag: Strategien, Ziele und Strukturen polizeilichen Handelns, Opladen 1980

Goffman, Erving: Asyl. Über die soziale Situation psychiatrischer Patienten und anderer Insassen, Frankfurt/M. 1971

Goffman, Erving: Stigma. Über Techniken der Bewältigung beschädigter Identität, Frankfurt/M. 1967

Goffman, Erving: Verhalten in sozialen Situationen. Strukturen und Regeln der Kommunikation im öffentlichen Raum, Gütersloh 1971

Göppinger, Hans: Kriminologie, München 1971

- Habermas, Jürgen: Moralbewußtsein und kommunikatives Handeln, Frankfurt 1983**
Habermas, Jürgen: Theorie kommunikativen Handelns. Frankfurt 1988
- Haferkamp, Hans: Soziologie als Handlungstheorie, Opladen, 1976**
- Hamann, W./ Strohmeyer, K.: Die Mentalitätsdifferenz zwischen Ost- und Westdeutschen oder: zwei verschiedene Identitätsmerkmale, in: psychosozial I/1991**
- Hanak, Gerhard: Polizei und Konfliktverarbeitung im Alltag, in: Bürgerrechte & Polizei Nr. 25:26-39**
- Hanak, G./ Stehr, J./ Steinert, H.: Ärgernisse und Lebenskatastrophen. Über den alltäglichen Umgang mit Kriminalität, Bielefeld 1989**
- Harnischmacher, Robert: Das Polizei-Sicherheits-System in der DDR (1945 - 1990) - der Versuch einer Standortbestimmung, in: Die Polizei IO/1990: 272-283**
- Harris, Thomas A.: Ich bin o.k. - Du bist o. k. Eine Einführung in die Transaktionsanalyse, Reinbek b. Hamburg 1973**
- Hartfiel, G./ Hillmann, K.-H.: Wörterbuch der Soziologie, Stuttgart 1982**
- Hinz, L.: Soziale Determinante des "polizeilichen Betriebs", in: Arbeitskreis Junger Kriminologen (1975: 135-176)**
- Hondrich, Karl Otto: Das Recht des Erfolgreichen, in: Berliner Tagesspiegel vom 22.9.1991**
- Hondrich, Karl Otto: Demokratisierung und Leistungsgesellschaft, Stuttgart, 1972**
- Hondrich, Karl Otto: Oberwelten und Unterwelten der Sozialität, in: Lampe, E.-J. (Hrsg.) Persönlichkeit, Familie Eigentum. Grundrechte aus der Sicht der Sozial- und Verhaltenswissenschaften, Sonderdruck Westdeutscher Verlag. Opladen 1987**
- Hopf, Christel/ Weingarten, Elmar (Hrsg.): Qualitative Sozialforschung, Stuttgart 1979**
- Horkheimer, Max: Egoismus und Freiheitsbewegung (Zur Anthropologie des bürgerlichen Zeitalters), in: Zeitschrift für Soziologie, Köln 5/1936**
- Institut für Marxismus-Leninismus beim ZK der SED (Hrsg.): Geschichte der sozialistischen Einheitspartei Deutschlands, Berlin (Ost) 1978**
- Jäger, Herbert: Makrokriminalität. Studien zur Kriminologie kollektiver Gewalt, Frankfurt/M. 1989**
- Jäger, Joachim: Gewalt und Polizei, Pfaffenweiler 1988**
- Kaiser, G./ Kerner, H.-J./ Sack, F./ Schellhoss, H. (Hrsg.): Kleines Kriminologisches Wörterbuch, Heidelberg 1985**
- Kaiser, G./ Kury, H./ Albrecht, H.-J.: Kriminologische Forschung in den 80er Jahren. Projektberichte aus der Bundesrepublik Deutschland, Bd. 35/2, Freiburg 1988**

- Kirch, F.: Der Einfluß der Konfliktpartner auf die polizeilichen Mittel zur Lösung privater Streitigkeiten, in: Arbeitskreis Junger Kriminologen, 1975: 113-134**
- König, René (Hrsg.): Beobachtung und Experiment in der Sozialforschung, Köln 1972**
- König, René (Hrsg.): Handbuch der empirischen Sozialforschung, Band 1, Stuttgart 1967**
- Kuhn, Thomas: Die Struktur wissenschaftlicher Revolutionen, Frankfurt/M. 1967**
- Kutter, Peter: Moderne Psychoanalyse. Eine Einführung in die Psychologie unbewußter Prozesse, München - Wien 1989**
- Lamnek, Siegfried: Qualitative Sozialforschung, Bd.2: Methoden und Techniken. München 1989**
- Laplanche, J., Pontalis, J.-B.: Das Vokabular der Psychoanalyse, Frankfurt 1989**
- Lay, Rupert: Die Macht der Moral - Unternehmenserfolg durch ethisches Management, Düsseldorf 1990**
- Leithäuser, Th./ Volmerg B. et al.: Entwurf zu einer Empirie des Alltagsbewußtseins, Frankfurt/M. 1981**
- Leithäuser, Th./ Volmerg, B.: Anleitung zur empirischen Hermeneutik. Psychoanalytische Textinterpretation als sozialwissenschaftliches Verfahren, Frankfurt 1979**
- Leithäuser, Th./ Volmerg, B.: Pschoanalyse in der Sozialforschung, Opladen 1988**
- Löschper, Gabi/ Lehne, Werner: Staatliche Reaktion auf sozialen Protest in: Kriminologisches Journal 4/89**
- Luhmann, Nicklas: Funktionen und Folgen formaler Organisationen, Berlin 1964**
- Luhmann, Nicklas: Legitimation durch Verfahren, Frankfurt 1989**
- Luhmann, Nicklas, Soziale Systeme. Grundriß einer allgemeinen Theorie, Frankfurt 1988**
- Maaz, Hans-Joachim: Die Psychologischen Folgen der "Wende" in der DDR, in: psychosozial I/1991**
- Maaz, Hans-Joachim: Das gestürzten Volk - Die unglückliche Einheit, Berlin 1991**
- Maaz, Hans-Joachim: Der Gefühlsstau - Ein Psychogramm der DDR, Berlin 1990**
- Maaz, Hans-Joachim: Die Entrüstung, Berlin 1992**
- Mannheim, Karl: Ideologie und Utopie, 3. Aufl., Frankfurt 1952**
- Mayring, Philipp: Einführung in die qualitative Sozialforschung. Eine Anleitung zu qualitativem Denken, München 1990**
- Mead, George M.: Geist, Identität und Gesellschaft, Frankfurt 1988**
- Meininger, H./ Fechter, B./ Heyse, D.: Volkspolizei und freiwillige Helfer, Berlin (Ost) 1988**

- Mentzos, Stavros: **Neurotische Konfliktverarbeitung**, Frankfurt/M. 1984
- Merton, Robert K.: **Sozialstruktur und Anomie**, in: Sack, F./ König, R. (1979: 283-313)
- Metkemeyer, Jürgen: **Wende ohne Zukunft? Zur Situation in den neuen Bundesländern**, in: *Neue Kriminalpolitik* 2/ 1991
- Ministerium des Innern der Deutschen Demokratischen Republik (Hrsg.): **Geschichte der Deutschen Volkspolizei, Bd. 1 und 2**, Berlin (Ost) 1987
- Ministerium des Innern der Deutschen Demokratischen Republik (Hrsg.): **Gesetz über die Aufgaben der Volkspolizei vom 11.Juni 1968**, ohne Ort und Jahr
- Ministerium für Innere Angelegenheiten der Deutschen Demokratischen Republik: **Das Ministerium für Innere Angelegenheiten in der gesellschaftlichen Erneuerung. Bestandsaufnahme und Schlußfolgerungen**, Berlin im Februar 1990
- Misselwitz, Irene: **Zur Identität der DDR-Bürger - eine erste Gedankensammlung**, in: *psychosozial* I/1991
- Murck, Manfred: **Demokratisierung in Organisationen**, München 1976
- Murck, Manfred: **Soziologie der öffentlichen Sicherheit**, Frankfurt 1980
- Popitz, H./ Bahrdt, P./ Jüres, E.A./ Kesting, H.: **Das Gesellschaftsbild des Arbeiters. Soziologische Untersuchungen in der Hüttenindustrie**. Tübingen 1967
- Popitz, Heinrich: **Die Präventivwirkung des Nichtwissens**, Tübingen 1968
- Reuband, Karl-Heinz: **Veränderungen im Sanktionsverhalten der Bundesbürger seit 1970**, in: *Kriminologisches Journal* 4/1990
- Sack, F./ König, R.: **Kriminalsoziologie**, Wiesbaden 1979
- Schneekloth, H.-D., **Polizeilicher Jugendschutz**, Darmstadt 1986
- Schwandt, Bernhard: **Gedanken zum Polizeiverständnis und Polizeitaktik in der DDR (aus der Sicht eines Volkspolizisten)**. in: *Die Polizei* 10/1990: 269-271
- Stehr, Johannes: **Konfliktverarbeitung im Alltag**, in: *Kriminologisches Journal* 3/88 Steinert, Heinz: **Der Polizist & die Polizei**, in: *Neue Kriminalpolitik*, 1/1991
- Steinert, Heinz: **Die Strategien sozialen Handelns. Zur Soziologie der Persönlichkeit und der Sozialisation**, München 1972
- Steinert, Heinz (Hrsg.): **Symbolische Interaktion**, Stuttgart 1973
- Treiber, Hubert/ Steinert, Heinz: **Die Fabrikation des zuverlässigen Menschen. Über die Verwandtschaft zwischen Kloster und Fabrikdisziplin**, München 1980
- Volmerg, Ute: **Zwischen den Fronten - Bereitschaftspolizisten in der Krise: Eine politisch-psychologische Untersuchung**, HSFK-Report 2/1986, Frankfurt 1986

Wanderer, Lothar/ Thieme, Reiner: Ergebnisse einer soziologischen Untersuchung im Dienstzweig Schutzpolizei, Umfrage der Hochschule des Ministeriums des Innern (Polizeihochschule Berlin--Biesdorf), Art der Veröffentlichung nicht bekannt (bezogen über Polizei Dresden bzw. Landeskriminalamt Hamburg), Berlin 1990

Weber, Max: Wirtschaft und Gesellschaft, Tübingen, 1972 (Studienausgabe: 1985)

Whyte, W.F.: Street Corner Society. The Social Structure of an Italian Slum, Chicago 1986

Wisswede, Günther: Soziologie abweichenden Verhaltens, Stuttgart 1979

Witzel, Andreas: Verfahren der qualitativen Sozialforschung, Frankfurt 1982

